

**NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE
ZUR ÖKOSOZIALEN FINANZREFORM**

GREEN BUDGET GERMANY

FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT (FÖS) E.V.*

Chefredakteur und Vorsitzender: Dr. Anselm Görres
FÖS-Vorstand: Kai Schlegelmilch, Florian Prange, Edgar Endrukaitis, Johannes Lackmann, Bettina Meyer
FÖS-Team: Jacqueline Cottrell, Damian Ludewig, Sebastian Schmidt

Landsbergerstr. 191 D-80687 München www.foes.de und www.eco-tax.info
Fon +49-89-520113-13 Fax +49-89-520113-14 e-Mail: foes@foes.de

Wir sind auf Spenden unserer Leser dringend angewiesen. Unser Spendenkonto:

GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto 804 371 3000, IBAN DE87430609678043713000.
ISSN 1611-4035

Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL	2
2.	FÖS-KONFERENZEN	3
3.	FÖS IN DEN MEDIEN	6
4.	ÖKOSTEUER.....	9
5.	BIODIVERSITÄT UND MARKTWIRTSCHAFT	15
6.	ERNEUERBARE ENERGIEN	20
7.	EMISSIONSHANDEL.....	25
8.	KLIMASCHUTZ.....	32
9.	VERKEHR	36
10.	ENERGIE- UND UMWELTPOLITIK.....	38
11.	LINKS, PUBLIKATIONEN UND STUDIEN	41
12.	TERMINE	42
13.	JOBANGEBOTE	43

Gedicht von Herrn Prof. Dr. Nutzinger zu Herrn Prof. Dr. Bonus:

"Über Schattenpreise von Umweltressourcen"

Zum Schutz vor der Verschmutzung
empfiehlt sich die Benutzung
von kühlen Schattenpreisen
die optimal beweisen:
Der Markt als ein Computer
ist stets ein Umwelthüter.
So sprach mit sanftem Tonus
aus Bonn der Meister Bonus.
Drum sieh: Erleuchtung kam da
mithilfe μ und λ .

(Von Hans Nutzinger im Juli 1972 verfasst anlässlich eines Bewerbungsvortrags des damaligen PD Dr. Holger Bonus in Heidelberg mit dem Titel: "Über Schattenpreise von Umweltressourcen". Die erwähnten μ und λ waren die Lagrange-Multiplikatoren seines Optimierungsmodells (Erneut vorgetragen auf der Konferenz von BUND/FÖS in Hofgeismar am 30.5.-1.06.2008 anlässlich dortigen erneuten Zusammentreffens beider Professoren).

1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

Jahrestagung erfolgreich, neuer Vereinsname von MV beschlossen und Adam-Smith-Preis an Dr. Barbara Hendricks und Dr. Reinhard Loske verliehen

Liebe Leserinnen und Leser,
diese Ausgabe des FÖS-Newsletters erreicht Sie mit etwas Verspätung, was vor allem daran liegt, dass wir mit zahlreichen Projekten beschäftigt sind und die Organisation verschiedener Konferenzen die Geschäftsstelle voll in Anspruch nimmt. Der Newsletter fällt daher auch etwas umfangreicher aus, denn seit der letzten Ausgabe hat sich einiges getan:

Das FÖS hat im Auftrag des DNR eine Studie zu umweltschädlichen Subventionen verfasst.

Es hat kurzfristig im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zwei Kurzexpertisen zur Fortentwicklung der Ökologischen Industriepolitik erstellt.

Bettina Meyer hat in enger Abstimmung mit dem Vorstand das aktuelle Konzept des FÖS mit konkreten Vorschläge weiterentwickelt und publiziert:

http://www.foes.de/de/downloads/diskussionspapiere/GBGDisPap2008-05_Thesen_Bausteine_%D6FR.pdf

Im Auftrag der gtz haben Jacqueline Cortrell und Kai Schlegelmilch eine Mastercopy mit Präsentationen und Trainingsmaterialien erstellt, um die Ansätze einer Ökologischen Finanzreform weltweit in den Entwicklungs- und Schwellenländern zu vermarkten und ein erstes entsprechendes internes Testtraining absolviert.

Die Mitgliederversammlung hat im Anschluss an unsere Jahrestagung in der Evangelischen Akademie Hofgeismar die Änderung unseres Vereinsnamens und andere weniger schwerwiegende Satzungsänderungen beschlossen.

Die Verleihung des Adam-Smith-Preises an Dr. Barbara Hendricks und Dr. Reinhard Loske hat stattgefunden.

Unser Vorstandsmitglied Bettina Meyer ist im Mai Mutter geworden. Dazu gratulieren wir ihr herzlich und wünschen ihrer Familie alles Gute für die Zukunft.

In Hofgeismar hat denn auch Hans Nutzinger, Mitveranstalter unserer Jahrestagung, sein o.g. Gedicht über Holger Bonus aus dem Jahr 1972 verlesen. Holger Bonus – früher Dozent von Hans Nutzinger - hatten wir als Referenten für die Jahrestagung gewonnen. Mehr Informationen zur Jahrestagung, zur Verleihung des Adam-Smith-Preises und zur Mitgliederversammlung finden Sie unter Rubrik 2: „FÖS-Konferenzen“.

Besonders hinweisen wollen wir Sie außerdem noch einmal auf unsere

GreenBudgetEurope-Gründungskonferenz am 25. September in Brüssel.

Viel Spaß bei der Lektüre

Ihr FÖS-Redaktionsteam

2. FÖS-KONFERENZEN

FÖS-Jahrestagung 2008

Auf der Tagung, die vom 30. Mai bis 1. Juni 2008 in der Evangelischen Akademie Hofgeismar stattfand, stellten Experten aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft ihre **Prognosen für das Fortschreiten der Klimaerwärmung** vor. Es wurde die **große Diskrepanz zwischen den realen Problemen und ambitionierten politischen Zielen einerseits und den dazu bisher ergriffenen Maßnahmen andererseits** kritisch betrachtet und diskutiert. Dabei wurde offensichtlich, dass es ohne den massiv verstärkten Einsatz umweltpolitischer Steuerungsinstrumente auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu extrem hohen Folgekosten für alle Volkswirtschaften weltweit kommen wird. Leider sind wir weit davon entfernt, wie von Sir Nicholas Stern vorgeschlagen, ein Prozent des Weltbruttosozialproduktes für Vermeidungsstrategien gegenüber dem Klimawandel zu investieren. **Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen und die Staaten der Welt mit der wirksamen Regulierung und Umstrukturierung ihrer Energiesektoren und Fiskalsysteme scheitern, wird dies die Welt wie wir sie kennen in absehbarer Zeit in ökologische, ökonomische und sicherheitspolitische Krisen von bisher nicht gekanntem Ausmaß führen.** Von der Tagung ging also nicht nur das Signal aus, dass marktwirtschaftliche Umweltpolitik ein Teil unserer menschlichen Überlebensstrategie sein wird. Sie müssen außerdem einerseits klug mit den anderen Instrumenten kombiniert werden und andererseits ist es die Aufgabe der zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Akteure, die Herausforderungen in der Öffentlichkeit zu verbreiten und Druck auf politische Akteure auszuüben, sich den Problemen mit Taten zu stellen. Dies erfordert die Umsetzung deutlich verschärfter Maßnahmen.

1. FÖS-Namensänderung

Auf der Mitgliederversammlung, die am Sonntag den 1. Juni stattfand, wurde eine Namensänderung des Vereins beschlossen. Da sich unser inhaltlicher Fokus in den letzten Jahren deutlich erweitert hat und die Ökologische Steuerreform nicht mehr das einzige Instrument ist, das wir in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen, erschien eine entsprechende Anpassung des Vereinsnamens den

Mitgliedern und dem Vorstand angemessen. Um den Vereinszweck und seine Ziele deutlicher im Vereinsnamen abzubilden, **wurde der neue Name „Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft“** gewählt. Neben Ökosteuer, Emissionshandel und dem Abbau umweltschädlicher Subventionen, setzen wir uns zur Erreichung dieses Ziels auch für ordnungspolitische und weitere Maßnahmen ein, wo dies aus vernünftigen Gründen ratsam erscheint.

2. Verleihung des Adam-Smith-Preises 2008

Das FÖS hat dieses Jahr zwei Persönlichkeiten gewürdigt, die unsere öffentliche Würdigung schon lange verdient haben.

Wie Sie wissen, hat der Förderverein Ökologische Steuerreform **2004** den Adam-Smith-Preis für Ökologische Marktwirtschaft (ASP) ins Leben gerufen. Dieses Jahr ist somit schon das fünfte Jahr, in dem der FÖS den ASP verleiht.

2004 bekam ihn **Prof. Hans Christoph Binswanger**. Für viele gilt er als Wiedererfinder der Ökosteuer. 60 Jahre nach Pigou hat er schon 1983 in seinem Buch „Arbeit ohne Umweltzerstörung“ mit Frisch und Nutzinger einen Vorschlag gemacht hat, den die Rot-Grüne Koalition 16 Jahre später – 1999 – ziemlich punktgenau umgesetzt hat.

2005 ging der Preis an **Dr. Dieter Ewringmann** vom Fifo (Kölner Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut). In der Öffentlichkeit ist er wohl nicht so bekannt wie Binswanger. Aber jeder Insider weiß, dass er sich jahrzehntelang mit großem Sachkenntnis und Engagement mit der Ökosteuer befasst und im Hintergrund wichtige Beiträge geleistet hat.

2006 ging der Preis zum ersten Mal nicht an einen Wissenschaftler, sondern an einen Umweltpolitiker, nämlich an **Jürgen Trittin**. Er war von 1998 bis 2005 **einer der besten Umweltminister, die Deutschland je hatte.**

2007 ging der Preis an **Prof. Dr. Klaus Töpfer**, langjährigen Umweltminister in Deutschland und langjährigen Leiter des Umweltprogramms der Vereinten Nationen UNEP. Seinem Einsatz für den globalen Umweltschutz und seiner Unterstützung für marktwirtschaftliche Steuerungsinstrumente ist es mit zu verdanken, dass das Bewusstsein für den Problemdruck im Bereich des Klimawandels so schnell gewachsen ist.

Den diesjährigen **Adam-Smith-Preis für marktwirtschaftliche Umweltpolitik** des Fördervereins Ökologische Steuerreform e.V. (FÖS) erhielten die Politiker **Dr. Barbara Hendricks** (SPD) und **Dr. Reinhard Loske** (Bündnis 90/ Die Grünen).

Der Förderverein Ökologische Steuerreform **würdigt damit die umweltpolitischen Leistungen** von Barbara Hendricks als Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium und von Reinhard Loske als Umweltpolitischer Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion.

„Barbara Hendricks und Reinhard Loske waren maßgeblich an der Einführung und Umsetzung der Ökologischen Steuerreform in Deutschland beteiligt“, so der FÖS-Vorsitzende Dr. Anselm Görres. „Auch angesichts heftigen Gegenwindes hielten sie an der Ökosteuer fest. Sie waren überzeugt, damit gleichzeitig **besseren Umweltschutz und mehr Beschäftigung sichern zu können**. Heute ist offenkundig, dass sie richtig lagen.“

Eine breite wissenschaftliche Untersuchung in sechs europäischen Ländern hat seither eindeutig ergeben, dass Länder, die konsequente Ökosteuerreformen durchführten, mehr Wachstum und Beschäftigung erzielten, als dies ohne entsprechende Reformen möglich gewesen wäre. Gleichzeitig konnten sie die CO₂-Emissionen nachweisbar reduzieren.¹

„Als Vorkämpfer für die Ökologische Steuerreform wurden Leute wie Loske und Hendricks damals von vielen als Träumer oder Idealisten betrachtet. Heute sind die Senkung der Sozialversicherungsabgaben und der Rückgang des Benzinverbrauchs im Zuge der Ökosteuer-Einführung harte, auch vom politischen Gegner kaum mehr in Frage gestellte Realität geworden“, würdigt Dr. Görres die Preisträger. „Spätestens seit dem Stern-Bericht ist klar, wie dringend ihr weitsichtiger Einsatz für den Klimaschutz war. **Damit hat sich gezeigt, dass man Klimaschutzpolitik besser Realisten als Ideologen überlässt**.“

Dank der ökologischen Steuerreform liegen die Rentenversicherungsbeiträge heute 1,7% niedriger, als dies ohne die Einnahmen aus den Ökosteuern der Fall wäre. Die so erreichte Entlastung

des Faktors Arbeit hat zu Schaffung von bis zu 250.000 neuen Stellen geführt. Durch die maßvolle und vorausschaubare Verteuerung des Benzins gingen im Verkehrsbereich die CO₂-Emissionen in den Jahren 2000-2003 erstmals um 6-7% zurück. Durch die Ökologische Steuerreform können CO₂-Emissionen von jährlich 20-25 Mio. Tonnen vermieden werden.

„Die steigenden Weltmarktpreise für Rohöl machen erneut deutlich, dass es auch volkswirtschaftlich sinnvoll war und bleibt, der Wirtschaft deutliche Marktsignale zu geben, durch Effizienzsteigerungen den Verbrauch und damit die Abhängigkeit von importierten Energien einzuschränken“, so Dr. Görres.

Mit dem Adam-Smith-Preis für marktwirtschaftliche Umweltpolitik würdigt das FÖS jährlich besondere Verdienste für die Entwicklung oder Umsetzung marktorientierter Umweltinstrumente.

„**Der am Samstag beschlossene Weg zur Bahnprivatisierung dürfte auch im Sinne von Adam Smith die rechte Balance zwischen marktwirtschaftlicher Dynamik und vernünftiger öffentlicher Rahmensetzung treffen**“, so der erste Vorsitzende Dr. Görres. „Mit einer in Zukunft sicherlich ausbaubaren Beteiligung privater Investoren an den operativen Bahngesellschaften kann mehr privatwirtschaftliche Innovationsfähigkeit und Effizienz bei der Bahn Eingang finden. Zugleich wird aber sichergestellt, dass das Netz selbst im Besitz des Staates bleibt und gerade damit eine gute Grundlage für den Ausbau des Wettbewerbs auf der Schiene gelegt. Als Klimaschützer müssen wir alle dafür eintreten, dass die Bahn im Wettbewerb gegenüber Luft und Straße gestärkt wird.“

Der langen Laudatio kurzer Sinn ist ganz einfach. **Wir brauchen viel Adam Smith, aber angereichert mit einer ordentlichen Prise von Marx:**

Wir brauchen nicht den aggressiven Kapitalismus à la USA, sondern das europäische Modell einer sozialen Marktwirtschaft, das im Ansatz zwar ökologische Aspekte berücksichtigt, aber noch wesentlich stärkere ökologische Leitplanken benötigt.

Wir brauchen eine vernünftige Synthese von Marktoptimismus und Vertrauen auf Freiheit und Vernunft der handelnden Personen, aber auch die Einsicht in die Notwendigkeit staatlicher Lenkung.

Wir brauchen nicht nur die unsichtbare Hand des Marktes, wir brauchen ebenso die sichtbare Hand

¹ Andersen, M.S. et al, 2007: Competitiveness Effects of Environmental Tax Reforms (COMETR): http://www.dmu.dk/Pub/COMETR_Final_Report.pdf

des Staates. Unter den sichtbaren Händen der deutschen Umweltpolitik waren und sind neben den bereits gekürten Preisträgern auch Frau Dr. Hendricks und Herr Dr. Loske zu nennen. Beide stehen auch stellvertretend für Finanz- und Umweltpolitiker, die bei der Ökologisch-Sozialen Steuer- und Finanzreform in idealtypischer Weise zusammenarbeiteten.

3. Die sozialen Aspekte der Ökologischen Finanzreform standen im Vordergrund

[Kai Schlegelmilch, stellvertretender Vorsitzender des FÖS, Juni 2007] Insbesondere am zweiten Tag standen, angeregt durch einen hervorragenden Beitrag von Sven Giegold, attac, die sozialen Aspekte der Elemente einer Ökologischen Finanzreform im Vordergrund. Die folgenden Schlussfolgerungen können daraus für den FÖS gezogen werden:

Wir sollten soziale Aspekte noch expliziter berücksichtigen, daher primär auf der Aufkommenseite bereits Instrumente umsetzen, die verteilungspolitisch neutral oder noch besser progressiv wirken (z.B. Ticketabgabe/Flugzeugsteuer/Dienstwagenbesteuerung/Umstellung der Abzugsfähigkeit der Pendlerpauschale von der Einkommensteuerschuld statt vom zu versteuernden Einkommen).

Wir sollten auch bei der Verwendungsseite soziale Aspekte berücksichtigen (z.B. Ökobonus – oder besser Klimabonus), und zwar idealerweise zugleich mit einer Einkommensbeschränkung für dessen Bezugsberechtigung, um noch mehr Verteilungsmasse zu haben und noch progressiver zu wirken.

Das „richtige“ Verwenden des Aufkommens ist eine schwierige Entscheidung, die Zielkonflikte mit sich bringt. Ein Ökobonus ist sozial progressiv, eine Lohnnebenkostensenkung schafft dagegen Arbeitsplätze, was auch einen wichtigen sozialen Aspekt darstellt, der aber eben nicht allen zugute kommt.

Möglicherweise ist es angemessener, die Erlöse aus der Auktionierung des Emissionshandels nicht (nur) für eine Verteilung via Bonus an die privaten Haushalte zu nutzen, denn es sollte möglichst jeweils an die davon betroffenen Sektoren rückverteilt werden.

Wir sollten aber nicht so weit gehen, dass wir darüber hinaus aktiv versuchen, soziale Missstände, die ggf. auch nichts mit dem Umweltschutz zu tun haben, zu beseitigen. Dieser Anspruch wäre zu

weitgehend und würde uns überfordern, da wir sonst daran gemessen werden (so können wir mit einem Ökobonus nicht die immens ungerechte Nettovermögensverteilung bekämpfen – 99,9% des Nettovermögens entfällt auf die oberen 50% der Haushalte).

Wir dürfen uns nicht dauernd in die Defensive drängen lassen und nicht alles sozial ausgleichen wollen oder uns dazu verpflichtet fühlen, nur weil es ökologisch richtig ist. Dazu ist grundsätzlich ja auch die Sozialpolitik zuständig (auch wenn man dieses Argument nicht überstrapazieren darf angesichts des niedrigeren Sozialniveaus durch Hartz IV gegenüber früher).

Ganz wichtig ist es, nicht wieder die falsche Begrifflichkeit zu wählen: Ökobonus hat zwar „Bonus“ im Wort, aber eben auch „Öko“ und das löst mitunter tendenziell Aversionen aus. Vorschlag ist daher, künftig von z.B. „Klimabonus“ zu sprechen.

Soziale Gerechtigkeit ist eine Voraussetzung für Akzeptanz von Ökosteuern. Zustimmung zum Steuersystem ist empirisch in nordeuropäischen Staaten am höchsten. Dies liegt vermutlich daran, dass die hohen öffentlichen Leistungen honoriert werden, auch wenn sie durch insgesamt hohe Steuern erkaufte wurden. Aber sie sorgen für soziale Gerechtigkeit. Vor diesem Hintergrund ist daher auch die Zustimmung zu Ökosteuern gemäß Eurobarometer (EU-Umfragen) in diesen Staaten wesentlich höher als in D.

Ob man daraus die Schlussfolgerungen ziehen sollte, dass man die Erb- und Schenkungsteuer progressiver ausgestalten sollte, oder gar an die Wiedereinführung einer Vermögensteuer, wurde nicht diskutiert. Ggf. sollte man m.E. zumindest darüber nachdenken eine deutlich stärker am Verkehrswert orientierte Bemessungsgrundlage bei Immobilien einzuführen.

Ist ein Klimabonus wirklich attraktiv genug? Sollte man das nicht mit anderen Umweltmaßnahmen koppeln (Verbote von Energiefressern, ganz allgemein gesprochen, um Mindeststandards zu haben – dies ist jedoch oftmals bereits jetzt der Fall)?

Es ist – so die Erfahrung aus der Schweiz – nicht zu erwarten, dass das untere Drittel, das am meisten vom Ökobonus profitiert, sich dankbar, oder befürwortend für die Ökosteuermaßnahmen zeigt. Es ist allenfalls ein Stillhalten dieser Gruppe zu erwarten.

Und grundsätzlich wurde philosophiert über Fragen wie: Was denn sozial sei unter den Bedingun-

gen ökologischer Krise? oder Thesen wie: Je egalitärer, desto weniger Wachstumserfordernis!!!

Wenn FÖS, wie auch in seinem neuesten Konzept unter Federführung von Bettina Meyer erstellt, für eine Erhöhung der Besteuerung von leichtem Heizöl eintritt, dann sollte dies mit einer Aussage zur sozial ausgerichteten Rückverteilung verbunden werden, sonst sei dies sozial nicht akzeptabel.

FÖS-Konferenz: Biodiversität und Marktwirtschaftliche Anreize Freitag, 20. Juni 2008 in Berlin

Marktwirtschaftliche Anreize spielen eine große Rolle beim Erhalt bzw. bei der Vernichtung von Biodiversität. Weltweit werden jährlich bis zu 1,5 Billionen Euro umweltschädliche Subventionen gezahlt, sei es im Verkehrsbereich für den Ausbau von Infrastruktur, sei es für landwirtschaftliche Monokulturen oder das Leerfischen der Meere. Das FÖS veranstaltete zu diesem brandaktuellen Thema eine Tagung am Freitag, den 20. Juni 2008 von 10-18 Uhr in der Katholischen Akademie in Berlin.

Die Veranstaltungsdokumentation finden Sie hier: <http://foes.de/de/Biodiversitaetskonferenz.php>

Gründungskonferenz von GREEN BUDGET EUROPE Donnerstag, 25. September 2008 in Brüssel, Maison des Associations Internationales

Unsere Erfahrungen als FÖS in Deutschland und die enorme Resonanz und Anerkennung, die uns bei der GCET 2007 in München (<http://www.worlddecotax.org/>) zuteil wurde, haben uns dazu ermutigt, als nächsten Schritt mit den Vorbereitungen zur Bildung einer europäischen Plattform, die sich für die Ökologische Finanzreform und den Einsatz von marktwirtschaftlichen Instrumenten einsetzt, zu beginnen. Diese neue Organisation wird – zumindest in den ersten Jahren – als FÖS-internes Projekt beschaffen sein und soll als Kompetenzzentrum und Diskussionsplattform dienen, wobei v. a. Insider wie die Europäische Kommission, nationale Regierungen, NGOs, Industrieverbände und Experten angesprochen werden sollen.

Wir hoffen Mitglieder aus allen europäischen Ländern (aber nicht ausschließlich aus EU-Ländern!) für dieses Forum rekrutieren zu können und verschiedene Sponsoren dafür zu gewinnen.

Wenn Sie sich für eine wie auch immer geartete Mitwirkung an diesem Projekt interessieren – sei es durch Ihre Expertise oder durch einen Beitrag zur finanziellen Förderung, welche sowohl für die Einführung des Projektes, als auch für die Organisation der Konferenz im Herbst 2008 dringend benötigt wird – bitten wir Sie mit uns Kontakt aufzunehmen (mailto:foes@foes.de). Es wird hierbei ein kooperatives Verhältnis zum European Environmental Bureau (EEB) angestrebt. Die Lobbyarbeit bei den europäischen Institutionen bezüglich der Implementierung von marktbasiereten Instrumenten (MBI) soll mithilfe der neuen Plattform verstärkt fortgeführt werden.

Weitere Informationen stehen zur Verfügung unter:

http://www.foes.de/en/GBE_Launching_Conference.html

Für dieses Projekt marktwirtschaftlicher Umweltinstrumente auf europäischer Ebene bitten wir Sie um Ihre Mithilfe. Auch kleinere Beiträge helfen unserer Arbeit enorm:

3. FÖS IN DEN MEDIEN

Heilige für Ökosteuer

[hna.de vom 1.6.2008] Der Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS) hat sich zwei neue Schutzpatrone zugelegt: Die langjährige Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium und neue Bundesschatzmeisterin der SPD, Dr. Barbara Hendricks, sowie der frühere umweltpolitische Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion und jetzige Bremer Umweltsenator Dr. Reinhard Loske erhielten am Samstag in Hofgeismar den Adam-Smith-Preis für marktwirtschaftliche Umweltpolitik.

Der nach dem vor fast 300 Jahren geborenen Begründer der Volkswirtschaftslehre benannte Ehrenpreis (den vorher schon Jürgen Trittin und Dr. Klaus Töpfer erhielten) soll die Zahl der Unterstützer des FÖS weiter vergrößern. Der vom Münchener Manager und Unternehmensberater Dr. Anselm Görres geleitete Verein, dessen Beirat viele prominente Politiker und Wissenschaftler angehören, kämpft für eine Umweltpolitik, die zwar auch mit ordnungspolitischen, aber vor allem mit effektiveren marktwirtschaftlichen Instrumenten arbeitet. Ein wichtiger Baustein sei die Verteuerung der Energie, um Verbraucher und

Wirtschaft zu sparsameren Verhalten und Techniken zu bewegen.

Steuer wäre heute unmöglich

Ein Grund für die Auszeichnung Hendricks und Loskes war deren frühes und beharrliches Eintreten für die Ökosteuer (siehe Hintergrund). Dr. Loske bezeichnete den Abbau umweltzerstörerischer Subventionen und einen freien Wettbewerb im Emissionshandel als unverzichtbar. Dr. Hendricks nannte die frühe Ökosteureinführung als richtig, weil sie heute nicht mehr durchzusetzen wäre. Der Rohölpreis habe sich seit 1999 verdreizehnfacht.

Dr. Görres warb auch für ein - wenn auch langsames - Vorantreiben der Bioenergie, die derzeit in "verlogenen Diskussionen" verteufelt werde, aber eine unvermeidbare Schlüsseltechnologie sei. Wichtig sei der Kampf gegen wirtschaftlichen Lobbyismus und für eine längst überfällige Kfz-Steuerreform.

http://www.hna.de/hofgeismarstart/00_20080601203311_Heilige_fuer_Oekosteuer.html

Umweltpreis für SPD-Schatzmeisterin

[Kai Doering, vorwaerts.de vom 10.05.2008] SPD-Schatzmeisterin Barbara Hendricks und Bremens Umweltsenator Reinhard Loske werden mit dem diesjährigen Adam-Smith-Preis für marktwirtschaftliche Umweltpolitik ausgezeichnet. Der Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS) würdigt damit die umweltpolitische Leistung der beiden Politiker. „Barbara Hendricks und Reinhard Loske waren maßgeblich an der Einführung und Umsetzung der ökologischen Steuerreform in Deutschland beteiligt“, begründete der FÖS-Vorsitzende Anselm Görres die Entscheidung seines Vereins. Als damalige Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium bzw. als umweltpolitischer Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion hätten Hendricks und Loske „auch angesichts heftigen Gegenwindes“ an der Ökosteuer festgehalten. „Heute ist offenkundig, dass sie richtig lagen“, so Görres.

Mit dem Adam-Smith-Preis für marktwirtschaftliche Umweltpolitik würdigt das FÖS jährlich besonders Verdienste für die Entwicklung oder Umsetzung marktorientierter Umweltinstrumente. Letzter Preisträger war der ehemalige Umweltminister Klaus Töpfer. Die diesjährige Preisverleihung findet am 31. Mai in der katholischen Akademie Hofgeismar im Rahmen der Konferenz „Der Markt im Klimaschutz“ statt.

<http://www.vorwaerts.de/magazin/artikel.php?artikel=7155&type=&menuid=358&topmenu=358>

Loske: Champions League

[taz.de vom 13.05.2008] Adam Smith und Reinhard Loske? Passt das zusammen? Der schottische Aufklärer Smith gilt manchen als euphorischer Prophet des entregelten Wirtschaftsliberalismus. Schließlich hat er im "Wohlstand der Nationen" 1776 die Theorie aufgestellt, dass durchs Eigeninteresse angetriebenes kaufmännisches Handeln letztlich - durch eine "unsichtbare Hand" - das Gemeinwohl voranbringe.

"Frequently" schreibt Smith allerdings im Original, häufig. Keinesfalls aber: immer. Weil ja das artikulierte Interesse der Kaufleute dem öffentlichen Wohl gelegentlich entgegenstehe. Weil die zu wenig Einsicht in die Konsequenzen ihres Handelns haben. Und gar nicht bemerken, dass sie sich selbst letztlich schaden würden. Dann bedarf es auch nach Smith einer sichtbar regulierenden Hand. Zum Beispiel der von Umweltsenator Reinhard Loske.

Der erhält als Nachfolger von Klaus Toepfer und gemeinsam mit SPD-Politikerin Barbara Hendricks den diesjährigen Adam-Smith-Preis. Ausgezeichnet werden sie für ihre Verdienste um die ökologische Steuerreform. Beide seien, so der Vorsitzende des Fördervereins Ökologische Steuerreform, Anselm Görres, maßgeblich an deren Einführung beteiligt gewesen. Und beide hätten "auch angesichts heftigen Gegenwindes" an der Ökosteuer festgehalten. Weil besserer Umweltschutz eben auch mehr Beschäftigung sichern kann. "Heute", so Görres, "ist offenkundig, dass sie richtig lagen." Loske ist der erste Lokalpolitiker, der sich mit diesem Preis schmücken darf.

<http://www.taz.de/regional/nord/bremen/artikel/?dig=2008%2F05%2F13%2Fa0183&src=UA&cHash=b22d22f6c0>

Wie Subventionen der Umwelt schaden

[Stefanie Reiffert, focus.de vom 21.05.08] Die Abholzung tropischer Regenwälder, Überfischung der Meere und Flächenverbrauch: Das alles ist umweltschädlich – und wird subventioniert, besagt die vom Naturschutzring (DNR) beim Förderverein ökologische Steuerreform (FÖS) im Auftrag gegebene Studie „Schädliche Subventionen gegen die biologische Vielfalt“.

Das FÖS hat darin Fachliteratur zu diesem Thema ausgewertet. So beziffert etwa das UN-

Umweltprogramm (UNEP) die umweltschädlichen Subventionen auf 500 Milliarden bis 1,5 Billionen US-Dollar jährlich. Die größten Anteile der umweltschädlichen Fördermittel, die im Englischen „perverse subsidies“ (perverse Subventionen) genannt werden, fallen auf die Bereiche Landwirtschaft, Verkehr, Energie, Fischerei, Wälder und Gewässer.

Geld für die Rodung des Regenwalds

Besonders das Fischgewerbe steht am Pranger. So sieht die Studie einen klaren Zusammenhang zwischen den Subventionen und der Entleerung der Meere. Denn nur durch die finanzielle Förderung lohne sich die Überfischung überhaupt. Die UNEP geht davon aus, dass die Fördermittel etwa die Hälfte des Gesamtumsatzes der Fischwirtschaft ausmachen. Auch die Tiefseefischerei, die als besonders schädlich für die Artenvielfalt gilt, wird mit 152 Millionen Euro subventioniert. Der größte Teil davon sind Kraftstoffsubventionen für 1,1 Milliarden Liter Schiffsdiesel im Jahr.

Die grüne Lunge der Erde, der Regenwald, wurde ebenfalls mithilfe von Subventionen dezimiert. Zwischen 1979 und 1984 gewährte die brasilianische Regierung Investoren, die die Rodungen vorantrieben, bedeutende Steuerbefreiung. Sie wollte damit die Erschließung landwirtschaftlicher Nutzflächen für die Viehzucht vorantreiben. Indirekt führte die Verbilligung des Fleischkonsums in Europa zur Zerstörung des Regenwalds. Die Nachfrage nach Soja als Futtermittel stieg, für den Anbau in Brasilien und Argentinien wurden mehr Flächen benötigt.

Anreize gegen den Klimaschutz

Auch in Deutschland kann ein Drittel der Subventionen als umweltschädlich eingestuft werden, schrieb die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrem Umweltprüfungsbericht 2001. Etwa 34 Milliarden Euro bilden dabei Anreize gegen den Klimaschutz. Das sind Ausnahmen von der Ökosteuer (acht Milliarden Euro), die geringere Besteuerung von Diesel (sechs Milliarden Euro), die Pendlerpauschale (1,5 Milliarden Euro) und das Dienstwagenprivileg.

http://www.focus.de/wissen/wissenschaft/tid-9999/biodiversitaet-wie-subventionen-der-umwelt-schaden_aid_302179.html

Link zu Studie:

<http://www.foes.de/de/downloads/studien/subventionsstudie.pdf>

Link zum englischsprachigen Summary:

<http://www.foes.de/en/downloads/Events/bodiversitysummaryen.pdf>

Artenvernichtung mit Steuergeld

[Dieter Nürnberger, dradio.de vom 30.04.2008]

Das Ergebnis der Studie ist da recht eindeutig: Es seien Milliarden an Subventionen weltweit, die die Umwelt negativ beeinflussen und somit auch die ökologische Vielfalt auf unserem Planeten zerstören. Und ein recht anschauliches Beispiel dafür ist etwa der immer noch anhaltende Flächenverbrauch in Deutschland. Jeden Tag würden rund 100 Hektar Fläche verloren gehen, es entstehen dann Siedlungen, Verkehrswege oder auch wirtschaftlich genutzte Flächen. Und keine Straße werde heutzutage ohne staatliche Gelder gebaut, kein Flughafen ohne sie erweitert - allerdings eben mit den Folgen, dass natürliche Lebensgrundlagen zerstört würden.

Die Studie wurde unter anderem von Christian Meyer vom Förderverein ökologische Steuerreform erarbeitet. Und die Liste an Subventionen mit negativer Umweltbilanz lässt sich aus seiner Sicht mit tausenden Beispielen belegen. Er nennt die subventionierte Fleischproduktion in den reichen Ländern des Nordens als weiteres Beispiel:

"Das führt international dazu, dass etwa in Regenwald-Ländern wie Brasilien oder Indonesien der Wald abgeholzt wird, um Soja anzubauen. Das ist das Futter für das Fleisch, was dann im Norden - in Europa und den USA - erzeugt wird. Und die Subventionen, die wir hier in Europa für die Fleischproduktion geben, führen konkret dazu, dass im Süden Regenwälder zerstört werden. Das ist ein Anreiz zur Umweltzerstörung."

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung der Studie ist natürlich nicht zufällig gewählt, in Bonn findet ja in drei Wochen die große internationale Konferenz zur Artenvielfalt statt - und in der EU stehen derzeit ja auch die Agrar-Fördergelder mal wieder auf dem Prüfstand. Weltweit, so schätzen die Autoren der Studie, würden jährlich Gelder in Höhe zwischen 500 Milliarden bis zu 1,5 Billionen Dollar an umweltschädlichen Subventionen gezahlt.

Und dieses Ergebnis hat auch Helmut Röscheisen vom Deutschen Naturschutzring als Auftraggeber der Untersuchung überrascht:

"Insbesondere auch bei Fischerei: Dort ist es völlig klar, dass diese nahezu zu 100 Prozent subventioniert ist. Die weltweite Überfischung der Meere

wäre ohne diese Gelder nicht möglich. Im Agrarbereich ist es so, dass wir das schon länger wissen. 40 Prozent des gesamten Budgets fließen in Europa in diesen Sektor. Weltweit sind es sogar 220 Milliarden Dollar - das ist eine riesige Summe."

Es sei nun Zeit, das Geld der Volkswirtschaften verantwortungsbewusster einzusetzen, sagt der Generalsekretär des Deutschen Naturschutzrings. Wobei man natürlich auch weiß, dass dies nur sehr schwierig durchzusetzen sein wird. Aber, so Christian Meyer, der Autor der Studie, es gebe Beispiele, dass solche Subventionen schon zurückgefahren wurden:

"Wir brauchen sicherlich eine Reduzierung bei der Höhe der Zahlungen. Die Fischerei etwa wird zu massiv subventioniert. Wir müssen auch umsteuern, die Gelder müssen mehr nach ökologischen Kriterien ausgerichtet werden. Das kann man auch wirklich machen - in Deutschland wurde beispielsweise der Wegfall der Eigenheimzulage beschlossen oder auch die Reduzierung der Pendlerpauschale. Solche Schritte sind aus ökologischer Sicht sehr zu begrüßen. Die Zerschneidung der Lebensräume wird dadurch weniger."

Und die Studie nennt auch weitere Beispiele. Neuseeland habe seit den 80er Jahren die dortigen Agrarsubventionen fast komplett abgeschafft, und heute gebe es dort sogar mehr Landwirte als vor dem Zeitpunkt des Subventionsabbaus. Der Deutsche Naturschutzring will nun vor allem auf der Bonner Konferenz für das Thema sensibilisieren. Helmut Röscheisen:

"Eine unserer Forderungen ist, dass alle Subventionen hinsichtlich der Umweltauswirkungen auf den Prüfstand müssen. Es gilt also, Transparenz zu schaffen. Aber im Agrarsektor wissen wir auch schon länger, dass rund drei Viertel der Gelder umweltschädliche Auswirkungen haben. Hinzu kommt ja auch noch die Situation der Nahrungsknappheit auf der Erde. Es ist auch generell nicht einzusehen, warum der Steuerzahler durch die Verwendung von Subventionen falsche Entwicklungen letztlich noch finanzieren soll."

Und vieles sei da noch möglich: So haben asiatische Staaten etwa die Schädlichkeit von Nitratdüngern erkannt und dementsprechende Subventionen von rund 600 Millionen Dollar inzwischen abgebaut. Es sei ein langwieriger und schwieriger Prozess, aber es gebe eben auch jene Erfolgsschichten, so die Verfasser der Studie.

<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/778542/>

4. ÖKOSTEUER

Neues FÖS-Diskussionspapier: Thesen und Bausteine zur Weiterentwicklung der Ökologischen Finanzreform, Bettina Meyer, Mai 2008

Dieses Diskussionspapier basiert auf einer Aktualisierung des Kurzfristkonzepts 2006 und des Memorandums 2004 des Fördervereins Ökologische Steuerreform (FÖS; www.foes.de). Es enthält auf S. 1-9 eine Zusammenfassung einschließlich einer tabellarischen Übersicht über die Handlungsoptionen einer ökologischen Finanzreform. Das auf S. 10-15 folgende Inhaltsverzeichnis ermöglicht eine Übersicht über die Thesen und Bausteine und ein abschnittsweises Lesen der Langfassung ab S. 16.

http://www.foes.de/de/downloads/diskussionspapier/GBGDisPap2008-05_Thesen_Bausteine_%D6FR.pdf

Westerwelle fordert niedrigere Mehrwertsteuer auf Energie

[*spiegel.de vom 26.03.2008*] FDP-Parteichef Guido Westerwelle will die Menschen bei den Kosten für Energie entlasten: Bezahlbare Energie sei ein Grundbedürfnis - die Energiekosten seien der "Brotpreis des 21. Jahrhunderts", sagte Westerwelle der "Bild"-Zeitung. Deshalb sollte für Energie, wie für Lebensmittel, nur noch der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent gelten. "Fahren und Heizen, ob mit Öl, Strom oder Gas, darf kein Luxus werden."

Zur Begründung sagte der FDP-Chef, dass der Staat mit Steuern Energie unnötig teuer mache. Beim Benzin seien zwei Drittel des Preises Steuern. Auch beim Strompreis seien zwei Drittel der Kosten durch Steuern, Abgaben und Gebühren vom Staat gemacht.

Um die Finanzen der Bürger wird auch in der Union diskutiert: Der CSU-Vorsitzende Erwin Huber erhält für seine Forderung nach einer Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale Unterstützung von CDU-Arbeitnehmer- und Mittelstands-

politikern.

"Ich kann diesen Vorstoß nur begrüßen", sagte der Chef der Arbeitnehmergruppe der Unionsfraktion, Gerald Weiß, der "Passauer Neuen Presse". Die Fahrtkosten zum Arbeitsplatz seien klassische Werbungskosten. "Es wäre richtig, zur alten Pauschale zurückzukehren - am besten noch, bevor das Verfassungsgericht die aktuelle Regelung für verfassungswidrig erklärt", sagte Weiß.

Zustimmung für Huber kam auch vom Vorsitzenden der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Union, Josef Schlarmann (CDU): "Wir dürfen jemanden, der bereit ist, aus beruflichen Gründen weite Wege in Kauf zu nehmen, nicht bestrafen." Der Wegfall der Pauschale nur für die ersten 20 Kilometer sei ein "Systembruch" gewesen, wird Schlarmann zitiert.

Dagegen sprach sich der Chef des Parlamentskreises Mittelstand, Michael Fuchs (CDU), für einen kompletten Wegfall der Subvention aus. "Die Pendlerpauschale und andere Pauschalen weg, die Steuersätze runter - das ist das gerechteste, was es gibt", sagte er der "Passauer Neuen Presse".

Der finanzpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Bartholomäus Kalb, wies dem Blatt zufolge den Vorwurf zurück, die Rückkehr zur alten Pendlerpauschale sei nicht finanzierbar. Allein durch den Spritpreis-Anstieg nehme der Staat jährlich rund drei Milliarden Euro mehr Steuern ein als 2005 - auch ohne Berücksichtigung der Mehrwertsteuer-Erhöhung auf 19 Prozent.

CSU-Chef Huber verlangt die alte Pauschale von 30 Cent ab dem ersten Kilometer Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsort zurück. Seit dem 1. Januar 2007 wird die Kilometerpauschale erst vom 21. Entfernungskilometer an gezahlt.

Nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums würde die Wiedereinführung der Pendlerpauschale vom ersten Kilometer an zu Steuerausfällen in Höhe von 2,5 Milliarden Euro führen. Die Große Koalition hatte die Pendlerpauschale Anfang 2007 eingeschränkt. Fahrtkosten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz können seither nur noch ab dem 21. Kilometer mit 30 Cent je Kilometer steuerlich abgesetzt werden.

Am Dienstag hatte sich die Bundesregierung unnachgiebig gezeigt und erklärt, die Kürzung der Steuervergünstigung werde nicht zurückgenommen. Das letzte Wort habe aber das Bundesverfassungsgericht, das noch in diesem Jahr entscheiden will. Der Bundesfinanzhof hatte die neue Pendler-

pauschale für unvereinbar mit dem Grundgesetz erklärt und sie den Verfassungsrichtern zur Prüfung vorgelegt.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,543410,00.html>

NABU kritisiert ADAC wegen Aussetzung der Ökosteuern

[glocalist.com vom 28.04.08] Der ADAC fordert eine sofortige Aussetzung der Ökosteuern. Der NABU kritisiert die erneute Forderung des ADAC-Präsidenten Peter Meyer nach einer sofortigen Aussetzung der Ökosteuern. Das Aussetzen der Ökosteuern kann laut NABU die steigenden Spritpreise nicht stoppen.

Eine Erhöhung der Kfz-Steuer für ältere Fahrzeuge im Rahmen der Einführung der geplanten CO₂-Steuer lehnt der ADAC ab. Die Steuerersparnis für Fahrzeuge, die wenig verbrauchen, würde dann durch höhere Beträge bei den „Schluckspechten“ ausgeglichen.

Eine zusätzliche Besteuerung vieler Millionen älterer Fahrzeuge mit der Abgasnorm Euro 2 und Euro 3 lehnt Klaus Becker, ADAC-Vizepräsident für Verkehr, auch aus einem anderen Grund ab: „Hier werden ohne Not diejenigen bestraft, die sich aus wirtschaftlichen Gründen keine neuen Autos leisten können. Angesichts der ständig steigenden Kostenbelastung für die Autofahrer müssen solche Überlegungen als ein inakzeptabler Versuch gewertet werden, dem Autofahrer erneut in die Tasche zu greifen.“

Die Äußerungen lenken laut NABU von den tatsächlichen Problemen ab, denn für die hohen Spritpreise seien knapper werdende Ölressourcen bei weltweit steigender Nachfrage verantwortlich. Innerhalb eines Jahres hat sich der Rohölpreis auf fast 120 US-Dollar je Barrel verdoppelt. Eine weitere Verdopplung wird schon innerhalb der nächsten zehn Jahre vorausgesagt.

„Der ADAC betreibt kurzfristigen Populismus mit den hohen Kraftstoffpreisen. Die Preissprünge an den Tankstellen waren allein im April höher als alle Ökosteuern in fünf Jahren. Nur Autos mit deutlich geringerem Verbrauch und eine spritsparende Fahrweise können weitere Preissteigerungen bei Benzin und Diesel abfedern“, so NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller.

Deutschland importiere für das Betanken von Autos jährlich Öl im Wert von 20 Milliarden Euro, vorwiegend aus politisch instabilen Ländern.

„Auch volkswirtschaftlich ist es ein Gebot der Vernunft, sich durch Energieeinsparung vom Öl abzukoppeln. Eine Abschaffung der Ökosteuer, die gerade den vernünftigeren Umgang mit Energie fördert, ist genau das falsche Signal“, betonte Miller. [...]

http://www.glocalist.com/index.php?id=20&tx_ttnews%5Btt_news%5D=3270&tx_ttnews%5Bcat%5D=5&cHash=2eea3ed70f

Grüne setzen auf Ökobonus

[Hannes Koch, taz.de vom 04.04.2008] Die Grünen brüten das Ei des Kolumbus aus. Sie wollen den Verbrauch von Energie mit höheren Steuern zusätzlich verteuern, ohne Bürger mit niedrigerem Einkommen dabei besonders zu belasten. "Ökobonus" nennt die Partei ein neues Konzept, das beim Länderrat, dem kleinen Parteitag der Grünen, am Samstag in Berlin erstmals breit, aber auch kontrovers diskutiert wird. "Der Ökobonus kann gleichzeitig ein Baustein für mehr Klimaschutz und für mehr soziale Gerechtigkeit sein", sagt Gerhard Schick, einer der Urheber des Konzepts.

Auf konkrete Zahlen mag Schick sich noch nicht festlegen. Gedacht wird aber daran, den Verbrauch von Strom im Haushalt oder Benzin im Auto um einige Cent oder Zehntelcent zu verteuern. Der Staat könnte auf diese Art 10 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich einnehmen. Das Geld würde allerdings nicht für irgendwelche Zwecke ausgegeben, sondern den Bürgern in voller Höhe zurückerstattet. Jeder bekäme beispielsweise vom Finanzamt eine jährliche Auszahlung von 100 Euro, ähnlich dem Kindergeld. Der Effekt: Menschen mit geringem Energieverbrauch erhalten mehr zurück, als sie an zusätzlicher Ökosteuer bezahlt haben, Großverbraucher zahlen drauf. Die heutige Ökosteuer bringt dem Staat 20 Milliarden Euro. Der größte Teil davon fließt in die Sozialversicherung, um die Rentenbeiträge der Beschäftigten und Unternehmen zu reduzieren.

"Die Betonung beim Ökobonus liegt dagegen darauf, dass das Geld vollständig an alle Bürger zurückfließt", sagt Parteichef Reinhard Bütikofer. Auch Fraktionsvorsitzende Renate Künast denkt, "die Idee ist richtig". Allerdings beginne jetzt erst die Diskussion darüber. Es brauche - über die ohnehin steigenden Energiepreise hinaus - Anreize, den Energieverbrauch weiter zu senken. Um das Klima zu schützen, dürfe in einigen Jahrzehnten jeder Erdenbürger nur noch 2 Tonnen Kohlend-

oxid pro Jahr verursachen; in Deutschland sind es heute 10 Tonnen. "Wir müssen unser persönliches Verhalten ändern", so Künast.

Aber nicht alle prominenten Grünen unterstützen die Idee. "Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass es sich um Abzocke handelt", sagte Fraktionsvize Christine Scheel. Auch die wirtschaftspolitische Sprecherin Kerstin Andreae und Fraktionschef Fritz Kuhn beurteilen die Idee mit gewisser Skepsis.

"Meine Begeisterung ist gering", sagt auch Hubertus Bardt, Energieexperte des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln. Aufgrund der Energiepreissteigerungen bestehe ohnehin schon ein hoher Anreiz für die Verbraucher, sparsam mit Energie umzugehen. Weil sie sich kein modernes, sparsames Auto leisten können, würden zudem gerade ärmere Leute Fahrzeuge mit hohem Spritverbrauch fahren. "Diese Bürger würden mit dem Ökobonus nicht entlastet, sondern noch zusätzlich belastet", argumentiert Bardt.

Die Befürworter bei den Grünen wollen mit ihrem Konzept den Markenkern der Grünen stärken. Gerhard Schick betont die Verbindung der sozialen mit der ökologischen Frage. Kann sich die Partei auf den Ökobonus einigen, zieht sie damit in den Bundestagswahlkampf 2009. Wie die anderen Parteien stehen auch die Grünen vor der schwierigen Aufgabe, einerseits ihre Identität unter Beweis stellen, andererseits flexibel sein zu müssen für Koalitionen in alle Richtungen.

<http://www.taz.de/1/zukunft/wirtschaft/artikel/1/gruene-setzen-auf-oekobonus/?src=SE&cHash=b61e35e77d>

Nullsummenspiel mit Gewinn

[Bernward Janzing, taz.de vom 08.05.08] Warum so zögerlich? Eigentlich müssten die Grünen den Ökobonus mit Begeisterung in ihr Wahlprogramm schreiben. Denn er verbindet eine ökologische Lenkungswirkung mit sozialen Wohltaten. Das ist grün, weil es der Umwelt hilft. Das ist links, weil es umverteilt von oben nach unten. Und das ist sogar marktliberal, weil man jedem Bürger die individuelle Entscheidungsfreiheit über sein Konsumverhalten belässt. Zudem ist es gerecht, wenn man als Maßstab für Gerechtigkeit das Verursacherprinzip heranzieht - wer Umwelt verbraucht, soll auch dafür zahlen. Kurz: Der Ökobonus ist grüne Politik, wie sie im Buche steht.

Bernward Janzing ist studierter Geowissenschaft-

ler und arbeitet als freier Journalist in Freiburg. Der Klimawandel und die effiziente - und Kosten sparende - Nutzung von Energie zählen seit Jahren zu den Schwerpunkten seiner Arbeit.

Zur Erinnerung: Der Ökobonus, wie er derzeit diskutiert wird, ist eine Fortschreibung der Ökosteuer mit einem entscheidenden Zusatz. Das eingenommene Geld verschwindet nicht im Staatshaushalt oder in den Rentenkassen, sondern es wird komplett wieder ausgeschüttet, und zwar pro Kopf.

Sinnvoll ist zwar auch die Ökosteuer immer gewesen, doch sie hat seit je ein Imageproblem. Das kommt, weil die Ausgaben für die Bürger transparent sind - beim Kauf von Heizöl oder Erdgas, auf der Stromrechnung und beim Tanken wird immer wieder klar: hier wird Ökosteuer bezahlt. Der Rückfluss des Geldes an die Bürger hingegen ist recht diffus, man bemerkt ihn kaum, denn das Geld aus der Ökosteuer fließt größtenteils in die Rentenkasse. Gleichwohl wurden die Rentenbeiträge nicht gesenkt, sondern es wurde lediglich ein Anstieg des Beitragssatzes verhindert. Um fast 2 Prozentpunkte läge der Beitrag heute höher, wenn es die Ökosteuer nicht gäbe. Doch das ist weniger gut zu kommunizieren als der Aufschlag auf den Benzinpreis.

So ist der Gedanke, die Einnahmen einer Ökoabgabe an die Bürger zurückzuzahlen, nur folgerichtig. Plötzlich werden Millionen Bürger erkennen, dass sie ökonomisch gesehen Profiteure des Umweltschutzes sind - dann nämlich, wenn die Gutschrift zum Jahresende höher ist als die Summe, die sie per Ökoabgabe während des Jahres bezahlen mussten. Jeder, der weniger Energie verbraucht als der Durchschnittsbürger, gehört zu den Gewinnern, und das macht den Ökobonus zu einem faszinierenden Instrument. Er macht ökologische Fortschritte greifbar, von denen heute noch niemand zu träumen wagt.

Natürlich müssen viele praktische Fragen geklärt werden, doch häufig sind die Antworten einfach. Ist das Projekt finanzierbar? Klar. Schließlich legt der Gesetzgeber nicht vorab den Betrag fest, der ausgezahlt wird. Sondern man erhebt einfach die Ökoabgabe und schüttet das Geld anschließend in voller Höhe aus, gleichmäßig verteilt auf alle Bundesbürger. Wie viel dann jeder kriegt, hängt von den Einnahmen ab; für die öffentlichen Haushalte bleibt das ein Nullsummenspiel.

Dass dieses Verfahren praktikierbar ist, beweist schon seit neun Jahren der Schweizer Kanton Ba-

sel-Stadt. Als so genannte Lenkungsabgabe wurde dort im April 1999 die Steuer auf Strom erhöht, und im Gegenzug bekommt jeder Bürger, egal wie alt, jährlich einen Betrag ausbezahlt, der sich aus der Höhe der Einnahmen ergibt. Für 2007 sind das 60 Schweizer Franken, umgerechnet knapp 40 Euro. Und auch für die Basler Betriebe gibt es Geld, weil die von den Unternehmen erhobene Lenkungsabgabe auch an diese wieder ausgeschüttet wird. Hier bemisst sich der Bonusbetrag an der Lohnsumme eines jeden Betriebs; auch dabei gewinnt, wer sparsam mit Strom umgeht.

Die Transaktionskosten des Projektes werden in Basel durch die Zinserträge finanziert: Weil der Kanton das Geld während des Jahres stetig einsammelt, es aber erst nachträglich ausschüttet, erzielt er Zinsgewinne, die sogar höher sind als die Verwaltungskosten. Zinsüberschüsse werden im Folgejahr mit ausgeschüttet.

Damit ist auch die zweite Frage zum Ökobonus, nämlich wie aufwendig dessen Verwaltung ist, fast schon beantwortet. In Deutschland dürfte die Erhebung der Abgaben sogar noch weniger Mühe bereiten, weil es die Ökosteuer ja bereits gibt. Eine schlichte Erhöhung der Sätze würde - von der einmaligen Umstellung abgesehen - keinen Mehraufwand bringen.

Auch die Ausschüttung kann elegant gelöst werden - über die Steuererklärung. Dann gibt es mit dem Steuerbescheid den Bonus. Wer keine Steuererklärung abgeben muss, kann den Bonus separat beantragen, am besten ebenfalls beim Finanzamt. Auch im Hinblick auf die Kinder ist das Verfahren einfach: Da die Steuererklärung ohnehin eine "Anlage Kind" hat, die über die Familiensituation des Steuerpflichtigen aufklärt, ist die Zahl der Bonusberechtigten ohne Zusatzaufwand festzustellen.

Bleibt schließlich die Frage, wie es um die soziale Komponente steht. Und auch diese Frage ist schnell beantwortet: Es profitiert nach mathematischer Logik jeder, der weniger Energie verbraucht als der Durchschnittsbürger. Es zahlt zugleich drauf, wer in überdurchschnittlichem Maße natürliche Ressourcen verbraucht. Wer also arm ist, wird kaum einen überdurchschnittlich verschwenderischen Lebensstil pflegen - muss also durch das Konzept zwangsläufig gewinnen. Und Familien profitieren, weil der Ökobonus pro Kopf ausgezahlt wird. Nebenbei bemerkt: Der sozialpolitische Gewinn lässt sich durch die Abgabenstruktur sogar noch verstärken - eine Abgabe auf Flugrei-

sen zum Beispiel tangiert die Armen nicht, bringt aber eine erhöhte Ausschüttung.

Die Verlierer des Systems werden zwei Gruppen sein. Das sind zum einen jene Bürger, die einen großspurigen Lebensstil pflegen, der hohen Energie- und Umweltverbrauch hervorruft - doch ihnen gebührt sozialpolitisch gesehen wirklich kein Mitleid. Und es sind jene, die Energie vergeuden durch unüberlegtes Handeln. Doch auch sie haben es in der Hand, durch umsichtiges Wirtschaften künftig zu sparen. Das ist ja das Schöne am Ökobonus: Wer sich Mühe gibt, sein Leben umweltgerecht zu gestalten, kann selbst dafür sorgen, dass er am Ende zu den ökonomischen Gewinnern gehört. Und die Umwelt profitiert zudem.

In einer Zeit, wo Klimawandel und Artensterben längst sichtbar sind, wo zugleich alle Welt über Lösungen redet, aber die Politik kaum etwas tut, bietet der Ökobonus den Grünen die Chance, wieder eigenes Profil zu zeigen. Das Projekt hat das Zeug, international so wegweisend zu werden, wie es das Erneuerbare-Energien-Gesetz zugunsten des Ökostroms inzwischen geworden ist.

Für die Grünen ist die Ökobonus-Idee ein Geschenk des Himmels. Sie können sich mit dieser neuen Idee absetzen gegen die Linke, die viele grüne Themen übernommen hat. Und sie können sich damit auch von der SPD abgrenzen, nachdem man sich in den Berliner Regierungsjahren doch oft sehr nahe gerückt ist.

Um mit der Idee einerseits Erfolg in der Sache, andererseits aber auch bei den Wählern zu haben, müssen die Grünen den Ökobonus geschlossen vorantreiben. Zaudern hilft weder der Umwelt noch der Partei.

<http://www.taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/nullsummenspiel-mit-gewinn/?src=SE&cHash=da8ffaf95f>

Europäisches Parlament gegen EU-Mindeststeuer auf Kohlendioxid

[*emission-business.com vom 25.04.2008*] Das Europäische Parlament hat sich in einer Entschließung für "ökologische Steuerreformen" und die Bestrafung übermäßigen Ressourcenverbrauchs ausgesprochen, um die Klimaschutz- und Umweltziele zu erreichen. Eine EU-Mindeststeuer auf Kohlendioxid lehnten die Abgeordneten aber ab. Der federführende Umweltausschuss hatte eine solche Steuer vorgeschlagen.

EU-Marktwirtschaftliche Instrumente seien eines

der wirksamsten Mittel, um umweltpolitische Ziele kostengünstig zu erreichen, heißt es in der Entschließung, mit der das Parlament Stellung zu einem Strategiepapier der EU-Kommission vom März 2007 bezieht. Steuern müssten aber beispielsweise durch Energieeffizienznormen oder Emissionsziele ergänzt werden.

Außerdem dürften sie nicht in erster Linie der Erhöhung der Staatseinnahmen dienen, sondern die Lenkungswirkung müsse im Vordergrund stehen, heißt es in der Resolution weiter.

Die Abgeordneten fordern zum Ausgleich für Umwelt- und Energiesteuern die Senkung von Steuern auf "positive Faktoren" wie Arbeit. Weiterhin wollen sie die sozialen Folgen von Ökosteuern durch Sondervergünstigungen wie Preisobergrenzen, Preissenkungen oder Subventionen für einkommensschwache Haushalte abfedern.

Die Entschließung des Parlaments hat zwar keine rechtsverbindlichen Folgen, die Meinung der Volksvertreter wird in der Kommission bei Legislativvorschlägen aber in der Regel durchaus beachtet.

Die Kommission hat in ihrem Grünbuch zum Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente für umweltpolitische Ziele angeregt, zukünftig stärker auf Energiesteuern zu setzen. Die Höhe solcher Steuern solle davon abhängen, wie stark der entsprechende Energieträger die Umwelt belastet. Die Kommission brachte eine entsprechende Überarbeitung der seit 2004 geltenden Energiesteuer-Richtlinie ins Gespräch. Diese gibt Mindestsätze vor und war von den EU-Staaten erst nach jahrelangen Verhandlungen beschlossen worden. Steuerfragen können in der Union nur einstimmig von den Mitgliedstaaten entschieden werden.

http://emission-business.com/article185_8573.html

Der Text der Entschließung:

<http://www.europarl.europa.eu/search/ta/perform.do?language=EN&startValue=10#>

Niederlande: Ecotax für Passagiere ab Juli

[*spiegel.de vom 14. März 2008*] Ab dem 1. Juli 2008 will die niederländische Regierung alle Abflüge von niederländischen Flughäfen mit einer Ecotax belegen. Diese Steuer wird von den holländischen Behörden zur Reduktion von Umweltschäden erhoben. Fluggäste, die z.B. mit KLM oder Martinair ab Deutschland über Amsterdam

reisen, sind von der niederländischen Fluggast-Steuer nicht betroffen.

Die so genannte Ecotax oder Fluggast-Steuer betrifft Passagiere, die vom Flughafen Amsterdam-Schiphol oder von regionalen Flughäfen wie Eindhoven oder Rotterdam abfliegen. Erhoben wird eine Steuer von 11,25 Euro für Flüge innerhalb Europas und für Strecken bis zu 2.500 km, sowie von 45 Euro für längere Strecken.

Kinder unter 2 Jahren sind von der Steuer ausgenommen. Auch Transferpassagiere sind von dieser Regelung nicht betroffen, wenn die Flugverbindung im Ausland beginnt und eine Flugunterbrechung in den Niederlanden unter 24 Stunden beträgt.

Nach einer Auskunft des niederländischen Flughafens Schiphol wurde durch einen Zusammenschluss des Flughafens, einiger Airlines und Reiseveranstalter Einspruch gegen diese Gebühr erhoben, weil sie in ihren Augen unter anderem gegen EU Recht verstößt. Am 14. März 2008 hätte eine erste Entscheidung dazu fallen sollen.

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,541578,00.html>

Österreich: Neuauflage für Grünes Ökosteu-Modell

[*kurier.at vom 25.04.2008*] Wie vor zehn Jahren fordern die Grünen eine Pkw-Maut und höhere Energiesteuern. Damit soll ein "Ökobonus" finanziert werden.

Die Grünen haben ihr zehn Jahre altes Ökosteu-Modell neu aufgelegt. Sie fordern höhere Energiesteuern und drängen auf die schrittweise Einführung einer PKW-Maut auf allen Straßen. Mit den Einnahmen von sieben Milliarden Euro wollen die Grünen die Lohnnebenkosten senken und einen "Ökobonus" für alle Österreicher finanzieren, sagten Vizechefin Eva Glawischnig und Budgetsprecher Bruno Rossmann bei einer Pressekonferenz am Donnerstag. Wesentlicher Unterschied zu 1998: Damals wollten die Grünen noch deutlich mehr Geld umverteilen.

Das Grundprinzip: Wer viel Energie verbraucht und oft mit dem Auto fährt, soll höhere Steuern zahlen. Dafür sollen die Lohnnebenkosten sinken und die Steuerzahler entlastet werden. In drei Etappen wollen die Grünen daher ab 2009 die Energiesteuern (auf Strom und CO₂-Verbrauch) anheben - auf 3,6 Milliarden Euro im Jahr 2015. Autofahrer, Frächter und Flugreisende will die Partei

mit weiteren 3,4 Milliarden Euro zur Kasse bitten. Unter anderem über eine kilometerabhängige PKW-Maut (2,8 Cent pro Kilometer), über eine jährlich valorisierte LKW-Maut sowie eine Flugticket-Abgabe.

Steuerzahler entlasten

Im Gegenzug wollen die Grünen die Wirtschaft und die Steuerzahler entlasten: Erstere durch niedrigere Lohnnebenkosten (2,45 Milliarden Euro), zweitere durch einen "Ökobonus". Konkret sollen an jeden Erwachsenen 520 Euro pro Jahr ausbezahlt werden, für jedes Kind 260 Euro. Finanziert würden die nötigen 3,85 Milliarden Euro aus der Anhebung der Energie- und Verkehrsabgaben. Weitere 700 Millionen Euro sollen in den Klimafonds fließen.

CO₂-Abgabe

Im Grunde ist dieses Konzept der Grünen schon zehn Jahre alt, neu ist laut Glawischnig aber die CO₂-Abgabe. Außerdem wollten die Grünen bei ihrer 1998 präsentierten Ökosteu-er deutlich mehr Geld umverteilen, nämlich 130 Milliarden Schilling (nach heutiger Kaufkraft über 11 Milliarden Euro). Die Differenz erklärt Glawischnig mit seither schon erfolgten Ökosteu-Anhebungen. Rossmann verwies darauf, dass auch die nun geforderten sieben Milliarden Euro eine Verdoppelung des Ökosteu-Volumens bedeuten würden.

Standortnachteile für die Wirtschaft befürchtet Rossmann nicht und betont, dass man das Konzept mit Experten durchgerechnet habe. Demnach würde es zu mehr Wirtschaftswachstum und bis zu 100.000 neuen Arbeitsplätzen führen.

<http://www.kurier.at/geldundwirtschaft/151485.php>

Link zum Originalkonzept:
http://www.gruene.at/energiewende2020/oekosozi-ale_steuerreform/

Paris: OECD empfiehlt Ökosteuern und will Wettbewerb und Klimaschutz verbinden

[*co2-handel.de, 28.04.2008*] Die Herausforderungen des Klima- und Umweltschutzes sind nach Einschätzung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) finanziell zu meistern, wenn Industrie- und Schwellenländer zusammenarbeiten.

Die Kosten ließen sich auf 0,03 Prozent Wirtschaftswachstum pro Jahr beschränken. Untätig-

keit komme dagegen teuer, schreibt die OECD in ihrem Umweltausblick 2030, der Ende April in Paris einer OECD-Konferenz mit Umweltministern und Vertretern aus rund 40 Staaten vorgelegt wurde. Die Minister wollten bis Dienstag beraten, wie man Wettbewerb, Wachstum und Klimaschutz verbinden kann.

Dringenden Handlungsbedarf sieht die OECD bei Treibhausgasen, Artenverlust, Grundwasser- und Luftqualität, Chemikalien in Produkten und Abfallentsorgung. Entwarnung gibt sie für die Wälder in den OECD-Staaten. Eine übertriebene Angst vor Verlust der Wettbewerbsfähigkeit hemme derzeit die Umweltpolitik, hieß es. Bei Untätigkeit würde der Ausstoß von Treibhausgasen bis 2030 um 37 Prozent zunehmen, während sich die weltweite Wirtschaftsleistung verdoppelt. Die Agrarflächen würden bis 2030 um zehn Prozent ausgeweitet und zahlreiche Tier- und Pflanzenarten ausgerottet. Vor allem in den Schwellenländern wären dann 3,9 Milliarden Menschen ohne gute Wasserversorgung.

Es gäbe Ressourcenengpässe und in den Entwicklungsländern eine Zuspitzung der Gesundheitslage und der Wirtschaftskrisen. Die Globalisierung kann laut OECD «Markt und Politikversagen verstärken und Umweltbelastungen intensivieren». Doch die Liberalisierung von Handel und Investitionen könne verbunden mit Grundlagenforschung auch zu besserem Ressourceneinsatz und Umweltinnovationen genutzt werden. Umwelt- und Ressourcenverbrauch müssten sich in den Preisen niederschlagen.

Die OECD empfiehlt Öko-Steuern und handelbare Emissionsrechte sowie eine Konzentration der Politik auf die Schlüsselbranchen Energie, Verkehr, Agrar und Fischerei. Der Aufwand ließe sich auf ein Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung im Jahre 2030 (oder 0,03 Prozent Wachstum pro Jahr) beschränken. Allerdings seien die Kosten nicht gleich verteilt. Die OECD-Staaten sollten eine Führungsrolle übernehmen und Ländern wie Russland, China und Indonesien helfen, die Umweltziele zu erreichen.

http://www.co2-handel.de/article185_8583.html

Siehe auch:
http://www.oecd.org/document/20/0,3343,en_2649_37465_39676628_1_1_1_37465,00.html

5. BIODIVERSITÄT UND MARKTWIRTSCHAFT

Studie bemisst Wert der Natur

[Claudia Ehrenstein, welt.de, 30.05.2008] Eigentlich leitet Pavan Sukhdev die Abteilung Globale Märkte bei der Deutschen Bank in Bombay. An diesem Morgen spricht er zu den Delegierten der UN-Artenschutzkonferenz in Bonn. Darin liegt kein Widerspruch. Sukhdev arbeitet im Auftrag von Bundesregierung und Europäischer Union an einer Studie über "Die wirtschaftlichen Kosten der Naturzerstörung". Allein durch den rapiden Verlust der Wälder droht das globale Bruttoinlandsprodukt bis 2050 um sechs Prozent zu sinken - das wären zwei Billionen Euro, warnt Sukhdev.

Ziel der Studie ist es, erstmals den Wert der Natur zu bemessen und die finanziellen Folgen der Zerstörung zu ermitteln. Vorbild ist der Report des britischen Ökonomen Nicholas Stern zu den wirtschaftlichen Kosten des Klimawandels. "Wir müssen unseren ökonomischen Kompass neu ausrichten", fordert Sukhdev. In der Karibik zum Beispiel sind in den vergangenen 30 Jahren rund 80 Prozent der Korallenriffe zerstört worden. Die Einnahmen aus dem Tourismus in der Region sind seither um 300 Millionen Dollar im Jahr gesunken. Aber diese Folgen der Naturzerstörung werden von Ökonomen bislang nicht bilanziert, sagt Sukhdev.

Noch ist es daher lukrativer, die Natur für einen schnellen Profit zu zerstören, statt sie zu schützen. Bis 2050 sind weitere 750 Millionen Hektar Natur bedroht. Allein die EU-Staaten müssten jährlich sechs Milliarden Euro investieren, um wie geplant auf 18 Prozent der Fläche ein Netzwerk von Schutzgebieten aufzubauen. Global müssten in den kommenden 30 Jahren mindestens 28 Milliarden Dollar jährlich in den Naturschutz investiert werden, um die Artenvielfalt vor der Vernichtung zu bewahren, heißt es in der Studie.

Jeder investierte Dollar zahlt sich dabei 100-fach aus, rechnet Sukhdev vor. Intakte Natur liefert sauberes Wasser, frische Luft und bietet auch einen Lebensraum für sehr nützliche Pflanzen und Tiere. Etwa die Hälfte aller Medikamente basieren auf natürlichen Wirkstoffen. Allein in China werden von 30 000 Pflanzenarten rund 5000 für medizinische Anwendungen genutzt. Wenn bis 2030 jährlich nur ein Prozent des globalen Bruttoin-

landsprodukts in den Naturschutz investiert würde, könnten die für den Menschen so überlebenswichtigen Funktionen der Natur deutlich verbessert werden. Naturschutz sei aber schwierig, wenn vor Ort die Übernutzung oder Zerstörung der Natur für die Menschen die einzige Möglichkeit ist, zu überleben, sagt Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD). Rund eine Milliarde Menschen weltweit sind derzeit auf die Fischerei angewiesen, um ausreichend mit Proteinen versorgt zu werden. Doch schon jetzt sind die Meere überfischt, viele Fischarten stehen am Rande der Ausrottung. Wenn die weltweiten Fangflotten so weitermachen wie bisher, ist die Fischerei in spätestens 40 Jahren nicht mehr möglich. Dass es sich durchaus rechnen kann, in Naturschutz zu investieren, zeigt der Masoala-Nationalpark in Madagaskar. Dort wachsen Pflanzen mit bereits bekannten medizinischen Wirkstoffen im Wert von mehr als 1,5 Millionen Dollar. Der Regenwald verhindert Erosion und schützt so Reisfelder und die für die Fischerei besonders wichtigen Küstenregionen vor unnatürlich starken Sedimentablagerungen. Den Wert dieser Naturleistung beziffert die Studie auf mehr als 380 000 Dollar. Der Tourismus bringt den Menschen vor Ort noch einmal 1,5 Millionen Dollar im Jahr. Von einer intakten Natur im Süden profitieren aber auch die Länder des Nordens, zeigt die Studie. Allein in London werden jedes Jahr 1,3 Milliarden Tassen Kaffee getrunken. Damit es überhaupt Kaffeebohnen geben kann, müssen die Blüten der Kaffeepflanze bestäubt werden. Wildbienen aus den tropischen Regenwäldern helfen dabei. Von den 72 000 Tonnen Fisch, die jedes Jahr in London verzehrt werden, stammt ein Teil auch aus den fischreichen Küstenregionen des Pazifiks. Nur wenn die Leistungen der Natur einen Preis erhalten, lassen sich auch die finanziellen Folgen der Naturzerstörung bemessen. Das zwingt dann zu einem schonenden Umgang mit der Natur, sagt Gabriel. Ohne den privaten Sektor ist dieses Ziel jedoch nicht zu erreichen. Daher hat das Bundesumweltministerium jetzt die Initiative "Business und Biodiversität" gestartet. Bislang 34 Unternehmen aus aller Welt beteiligen sich - vom brasilianischen Kosmetikonzern Natura bis zum japanischen Finanzdienstleister Sumitomo Trust.

Das ist viel mehr als ein grünes Lippenbekenntnis, wie Günter Damme, Umweltbeauftragter von Volkswagen, versichert. Die Unternehmen verpflichten sich, konkrete Maßnahmen zum Schutz der Artenvielfalt in ihr Umweltmanagement mit

aufzunehmen. Bergbau zum Beispiel bleibt nicht ohne Folgen für die Natur. Und Randal Williams, Chef von Miramonte Mining, will das Schürfen nach Gold umweltfreundlicher machen. Schon auf der nächsten UN-Artenschutzkonferenz in zwei Jahren im japanischen Nagoya will er einen Erfolgsbericht vorlegen.

http://www.welt.de/welt_print/article2048883.html

Link zur Studie:

http://www.bmu.de/naturschutz_biologische_vielfalt/un-konferenz_2008/dokumente/doc/41607.php

Siehe auch die unter „3. FÖS in den Medien“ stehenden Artikel zu Subventionen und Biodiversität.

Zerstörerische Subvention

[Jost Maurin, taz.de vom 30.04.2008] Energiehungrige Schneekanonen, Straßen durch Naturschutzgebiete, pestizidintensive Agrarfabriken - in umweltschädliche Projekte wie diese fließen laut UN-Berechnungen weltweit pro Jahr bis zu 1,5 Billionen Dollar Subventionen. Für den Dachverband der deutschen Umwelt- und Naturschutzorganisationen DNR ist das ein Skandal. "Subventionen müssen streng an ökologische und soziale Kriterien geknüpft werden", forderte Generalsekretär Helmut Röscheisen deshalb am Mittwoch in Berlin.

"Diese Beihilfen gefährden auch die biologische Vielfalt", klagt der Umweltschützer. Denn wenn für staatlich finanzierte Autobahnen Wiesen zuzuschuldet werden, zerstört das auch den Lebensraum von Pflanzen und Tieren. Allein in Deutschland gingen unter anderem wegen des Straßenbaus pro Tag rund 100 Hektar naturnaher Flächen verloren. Dabei sind sich die 190 Unterzeichnerstaaten der Konvention über die biologische Vielfalt einig, dass sie die Lebensgrundlagen erhalten und die Biodiversität schützen wollten. "Gleichzeitig investieren sie Milliarden Euro, die die Vielfalt zerstören", kritisiert der DNR-Funktionär. Das Thema Subventionen gehöre deshalb bei der Konferenz über die Biodiversität im Mai in Bonn ganz oben auf die Tagesordnung.

Das Langzeit-Ziel der Umweltschützer ist klar: Mindestens die Hälfte aller Subventionen muss gestoppt werden, in einigen Bereichen wie dem Agrarsektor sogar weit mehr. Der DNR empfiehlt als einen der ersten Schritte, Subventionen zu befristen. Dann könnte der Staat regelmäßig über-

prüfen, ob die geförderten Projekte noch mit der Umwelt im Einklang stehen. Außerdem verlangt der Verband von den Regierungen mehr Transparenz: "Sie müssen den Einfluss ihrer Subventionen auf die natürliche Vielfalt publizieren."

Nicht, dass die Umweltschützer alle Beihilfen ablehnen. "Es gibt natürlich auch sinnvolle Subventionen: zum Beispiel für den Ökolandbau oder innovative Techniken für den Umweltschutz", sagt Röscheisen. Allerdings ist die Grenze zur Schädlichkeit fließend: Die Förderung erneuerbarer Energien etwa unterstützt der DNR. "Aber", meint der Naturschützer, "wir dürfen nicht die letzten naturnahen Gewässer aufstauen, um kleine Wasserkraftwerke zu bauen."

<http://www.taz.de/1/zukunft/umwelt/artikel/1/zers-toererische-subvention/?src=SE&cHash=7ef0083617>

Naturschutz & Biodiversität

[Kai Schlegelmilch und Christian Meyer, FÖS, *umwelt aktuell Ausgabe 06.08*] Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) definiert umweltschädliche Subventionen als "alle Arten finanzieller Unterstützung und regulativer Instrumente, die eingesetzt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit bestimmter Produkte, Prozesse oder Regionen zu erhöhen, und die, zusammen mit dem geltenden Steuersystem, (unbeabsichtigt) umweltschonendes Verhalten benachteiligen."⁽¹⁾ Ein weit gefasster Subventionsbegriff bezieht indirekte finanzielle Vorteile sowie nicht internalisierte externe Umweltkosten ein. Umweltschädliche Subventionen und falsche Geldströme sind eine wesentliche Ursache für den weltweiten Verlust von Biodiversität. Ohne umweltschädliche Subventionen wäre Naturzerstörung oftmals nicht wirtschaftlich.

Das Problem ist seit Langem bekannt. Bereits auf der Rio-Konferenz 1992 wurde vereinbart:

- Die Abschaffung oder Reduzierung aller Subventionen, die nicht mit den Nachhaltigkeitszielen vereinbar sind.
- Die Reform existierender ökonomischer und finanzieller Anreize zur Erfüllung der Umwelt- und Entwicklungsziele.
- Die Produktpreise sollen im Einklang mit den Umwelt- und Entwicklungszielen stehen.

Seitdem ist wenig passiert, obwohl der menschengemachte Artenverlust heute tausendmal höher ist als die natürliche Verlustrate. Auch der Verlust

von Lebensräumen ist heute so hoch wie nie. Wenn dieser Trend nicht gestoppt wird, droht in den nächsten 25 Jahren global die Ausrottung von 1,5 Millionen Tier- und Pflanzenarten. Damit geht auch ein enormer wirtschaftlicher Verlust einher. Die EU-Kommission schätzt den Wert der Güter und Dienste, die das Ökosystem weltweit pro Jahr bereitstellt, auf 26 Billionen Euro.

Die Höhe der gesamten umweltschädlichen Subventionen ist nicht genau bekannt und wird oft verschleiert. Während das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) von der großen Spannweite von 0,5 bis 1,5 Billionen Dollar jährlich ausgeht, schätzen Kjellingbro und Skotte (2) die Zahl auf 485 bis 677 Milliarden Dollar (siehe Kasten).

Billiges Essen und zerstörte Natur durch Agrar- und Fischereisubventionen

Größter Subventionsposten gegen die Biodiversität ist die Landwirtschaft. Hier spielen vor allem die EU und die USA eine unrühmliche Rolle. Sie verzerren mit Exportsubventionen nicht nur den internationalen Wettbewerb und gefährden die Entwicklung der Länder des Südens, sie fördern auch besonders die umweltschädigende Agrar Großindustrie. Die OECD schätzt, dass nur knapp vier Prozent der Agrarsubventionen umweltpolitisch positiv wirken. Mehr als zwei Drittel sind dagegen eindeutig schädlich – besonders für die Biodiversität.

Die EU-Agrarsubventionen tragen auch in den Entwicklungsländern zur Zerstörung von Biodiversität bei. Die künstliche Verbilligung des Fleischkonsums in Europa führte zu einer massiven Ausweitung des Anbaus von Soja in Brasilien und Argentinien als Futtermittel für Rinder. Auch bei den relativ neuen EU-Subventionen für Agrokraftstoffe gibt es mit der indirekten Förderung des Ölpalmenanbaus in den Regenwaldgebieten Südostasiens und Südamerikas erhebliche ökologische Schäden. Eine Umorientierung der Agrarpolitik auf Nachhaltigkeitskriterien erfolgt viel zu langsam – so wird der Biodiversitätsverlust etwa durch Überdüngung der Ostsee weiter subventioniert.

Weltweit diskutiert werden auch die Fischfangsubventionen. Ihre Gesamtsumme ist mit rund 20 Milliarden Euro zwar relativ gering, der Schaden jedoch beträchtlich: 74 Prozent der Weltmeere gelten als überfischte. Keine andere Branche wird von nationalen Subventionen so stark gestützt wie die Fischerei. UNEP geht davon aus, dass die

Subventionen heute etwa die Hälfte des Gesamtumsatzes der Fischwirtschaft ausmachen. Selbst die eigentlich unrentable, aber für die Biodiversität besonders schädliche Tiefseefischerei wird mit rund 152 Millionen Euro subventioniert.

Vernichtung ganzer Landstriche

Wald-Lebensräume sind besonders artenreich. Es gibt aber viele Finanzregelungen, die direkt oder indirekt die Abholzung fördern. Diese reichen von Subventionen für in- und ausländische Holzfirmen und Sägewerke bis hin zur Erschließung des Regenwaldes für die Brandrodung durch gigantische Straßenbaumaßnahmen.

Auch der Bau von Staudämmen kann durch die Flutung ganzer Landstriche erhebliche Einschnitte bedeuten und wird dennoch durch nationale Subventionen wie auch durch Exportsubventionen aus dem Ausland gefördert. Hier wären in eine ökologisch-ökonomische Gesamtbilanz nicht nur die CO₂-freie Stromproduktion, sondern alle ökologischen Folgekosten vom Hochwasserschutz bis hin zur Methanbildung in den Staubecken einzubeziehen.

Verkehrspolitik in der Sackgasse

Von weltweit über 600 Milliarden US-Dollar Subventionen profitiert jährlich der Verkehrssektor. Mehr als zwei Drittel dieser Subventionen werden von KritikerInnen als "pervers" eingestuft. In Europa betragen nach einer Studie der Europäischen Umweltagentur die Subventionen für den Straßen-, Bahn-, Luft- und Schiffsverkehr 269 bis 293 Milliarden Euro jährlich. Dabei fließt mehr als die Hälfte in den klimaschädlichen und durch Flächenverbrauch und sonstige Wirkungen besonders fatalen Ausbau der Infrastruktur. Rechnet man auch die externen Umwelt- und Klimaschäden von 650 Milliarden Euro durch den Verkehr hinzu, kommt man auf 919 bis 949 Milliarden Euro schädliche finanzielle Anreize. Die Einnahmen aus dem Sektor betragen dagegen nur 200 Milliarden. Der Großteil der Verkehrssubventionen wird von der Allgemeinheit finanziert.

Negativbeispiel Deutschland

Auch die deutschen Energie- und Verkehrssubventionen einschließlich des Baus von Infrastruktur sind weiterhin zu hoch. Umweltverbände schätzten für 2006 allein die klimaschädlichen Subventionen und Steuervorteile auf 32 Milliarden Euro. Auch die Entfernungspauschale und die nicht am Flächenverbrauch orientierte Grundsteuer fördern weiter die Zersiedelung und Segmentierung der ökologischen Lebensräume. Immer wie-

der werden für einzelne Wirtschaftsprojekte enorme Summen ausgegeben. Die Zerstörung des letzten großen Süßwasserwatts in Hamburg ist dafür nur ein besonders trauriges Beispiel. Hier ließen sich Bund und Land die Zerstörung des Mühlenberger Lochs zur Ausweitung des Airbus-Werkes über 2,3 Milliarden Euro kosten. Auch der Ausbau von Elbe, Saale und Havel soll in den nächsten Jahren mit bis zu 4,6 Milliarden Euro subventioniert werden. Schneekanonen im Nationalpark Harz fördert das Land Niedersachsen mit 1,4 Millionen Euro.

Die OECD kam in ihrem Umweltprüfbericht 2001 bereits zu dem Schluss, dass 35 Prozent der Subventionen in Deutschland als umweltschädlich eingestuft werden müssen.

Die ersten Regierungen wachen auf

Dabei wäre nur ein Bruchteil der Subventionsmittel nötig, um für den Biodiversitätsschutz viel zu erreichen. Im Vorfeld des Weltgipfels von Johannesburg 2002 ermittelte ein internationales Wissenschaftlerteam ein Nutzen-Kosten-Verhältnis von Naturschutz und wirtschaftlicher Nutzung von 115 : 1. Das bedeutet: Ein globales Schutzprogramm für Land und Wasser, das jährlich etwa 45 Milliarden US-Dollar kostet, würde einen Nutzen von bis zu 5.200 Milliarden US-Dollar erbringen.

Die Zeichen für einen allgemeinen Abbau umweltschädlicher Subventionen stehen günstig. Die Landwirtschaftserträge sind gestiegen, das allgemeine Bewusstsein für eine ökologische Wende ist gewachsen; bei der Fischereipolitik zwingen sinkende Erträge zu einem Umdenken. Der wirtschaftliche Wert von Wäldern, Feuchtgebieten und Mooren für den Klimaschutz und die weltweite Biodiversität geraten zunehmend in den Blick. Und es gibt gute Beispiele für den Abbau umweltschädlicher Subventionen:

- Neuseeland hat seine Agrarsubventionen seit den 1980er-Jahren fast komplett abgeschafft. Heute gibt es hier mehr Bauern als zum Zeitpunkt des Beginns des Subventionsabbaus.

- Russland hat seine Subventionen für fossile Energien von 29 Milliarden US-Dollar auf etwa neun Milliarden gesenkt, China von 25 auf zehn Milliarden.

- Indonesien hat die Düngemittelsubventionen von 732 Millionen US-Dollar auf 96 Millionen Dollar gesenkt, Pakistan von 178 Millionen auf zwei Millionen.

Das zeigt: Reformen sind machbar. Sie müssen

aber auch von den Umweltverbänden verstärkt eingefordert werden. Der Präsident des Umweltbundesamtes Andreas Troge sagte einmal: "Solange die Wirkungen umweltschädlicher Subventionen auf die Umwelt nicht korrigiert sind, wird der Umweltschutz auf finanzielle Forderungen zurückgreifen müssen."

<http://www.dnr.de/publikationen/umak/artikel.php?id=31>

Hausaufgaben für Deutschland

[Claudia Ehrenstein, welt.de vom 30. Mai 2008]
Zu viel Flächenverbrauch, zu wenig Naturschutzgebiete - Natur- und Umweltverbände haben Deutschland ein verheerendes Zeugnis ihrer Naturschutzpolitik ausgestellt. Einen Monat vor dem UN-Weltgipfel zur biologischen Vielfalt legten sie einen Zehn-Punkte-Katalog mit Forderungen vor, um den Gastgeber auf den richtigen Pfad zu bringen.

Bei der UN-Konferenz beraten Mitte Mai in Bonn rund 170 Länder darüber, wie sie das weltweite Artensterben bis 2010 deutlich bremsen wollen. Derzeit sterben täglich etwa 150 Arten aus. Der Verlust ihrer Lebensräume schädigt oft auch das Klima und verursacht Armut der örtlichen Bevölkerung. "Auch Deutschland hat einen großen Nachholbedarf bei der Erhaltung der biologischen Vielfalt im eigenen Lande", sagte DNR-Präsident Hubert Weinzierl. Um ihre Konsumbedürfnisse zu decken, nähmen die Deutschen eine Fläche von der doppelten Größe der Bundesrepublik in Anspruch. Sie importierten zum Beispiel Biomasse aus Palmöl für Agrosprit. Weinzierl: "Damit tragen die Deutschen zur Zerstörung der besonders artenreichen Regenwälder bei." Eine Forderung des Katalogs ist deshalb, die Einfuhr von Biomasse zu stoppen.

"Nur 0,5 Prozent des deutschen Territoriums sind noch ungenutzt", kritisierte Hubert Weiger, der Vorsitzende des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschlands (BUND). Agrarminister Horst Seehofer (CSU) wolle trotzdem die industrielle Landwirtschaft stärker als den Ökolandbau ausbauen, sein Verkehrskollege Wolfgang Tiefensee (SPD) weitere Flüsse begradigen. Zwei zentrale Forderung des Katalogs: diese Politik ändern. "In der Bundesrepublik wird weiter Torf abgebaut, obwohl die Moore das klimaschädliche Kohlendioxid speichern", so Weiger. Die Regierung müsse eingreifen.

Hans-Joachim Mader vom Naturschutzbund

(NABU) nahm die Bundesländer ins Visier: "Vor allem Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen torpedieren das europaweite Netz von Naturschutzgebieten, Natura 2000." Der Bund wolle den Ländern zwar Naturschutzflächen übertragen, aber keiner sei bereit, die Kosten etwa für Förster in den Gebieten bezahlen.

Jürgen Maaß, Sprecher von Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD), wollte sich nicht zum Streit äußern, wer welche Defizite zu verantworten habe. "Im November hat das Kabinett eine nationale Strategie zur biologischen Vielfalt verabschiedet. Damit hat Deutschland eine internationale Vorreiterrolle übernommen." Man werde sich darüber freuen, wenn die Umweltverbände bei der Verwirklichung dieses Planes helfen.

Die Biologin Christine von Weizsäcker von der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler lobt die Strategie der Bundesregierung: "Der Plan schreibt nicht nur den Naturschutz, sondern auch eine gerechte Verteilung der Gewinne aus der Nutzung der biologischen Vielfalt fest". Bisher, so von Weizsäcker, "ist noch zu wenig Zeit vergangen, um abzusehen, wie die Strategie umgesetzt wird".

<http://www.taz.de/1/archiv/dossiers/dossier-bedrohte-arten/artikel/1/hausaufgaben-fuer-deutschland/?src=TE&cHash=36cf235e61>

Tropenwälder an die Börse

[Christian Schwägerl, spiegel.de vom 22.05.2008]
Selten findet Kevin Conrad die Muße, sich in die Natur seiner Heimat Papua-Neuguinea zu vertiefen. Als Sprecher der "Rainforest Coalition", der 42 Tropenwaldnationen, ist er einer der wichtigsten Naturschützer des Planeten. Sein Job als Sonderbeauftragter des Präsidenten von Papua-Neuguinea für Klima- und Naturschutz mit Sitz in New York zwingt ihn meist in klimatisierte Verhandlungsräume oder in Flugzeugkabinen.

Deshalb freut er sich über den Paradiesvogel, den er an diesem Tag am Berliner Naturkundemuseum vorgelegt bekommt. Nach schwierigen Verhandlungen mit Vertretern aller Tropenländer in einem Moabiter Hotel macht Conrad dort ein paar Stunden Pause.

Die Wissenschaftler des Museums haben für ihn wertvolle Objekte herausgeholt, Paradiesvögel, die der Jahrhundertbiologe Ernst Mayr in den zwanziger Jahren in Papua-Neuguinea gesammelt hat. Conrad traut seinen Augen nicht: Da liegt eine Vogelart, die er seit seiner Kindheit im entle-

genen Hochland der Insel nicht mehr gesehen hat. "Die ist inzwischen sehr selten geworden", sagt er. Seine Antwort darauf, wie sich das wieder ändern könnte und wie der Regenwald nicht nur in Asien, sondern weltweit erhalten werden kann, ist unorthodox: "Wir müssen den Regenwald an die Börse bringen, das Ökosystem muss einen realen ökonomischen Wert bekommen." Conrad ist einer der Erfinder der Wald-Wertscheine, die auf der Uno-Artenschutzkonferenz in Bonn als innovative Finanzierungsidee zugunsten gefährdeter Lebensräume ebenso eine Rolle spielen wie bei den internationalen Klimaschutzverhandlungen nach der Konferenz von Bali im Dezember 2007. [...]

Lesen Sie den gesamten Artikel unter:

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,554295,00.html>

6. ERNEUERBARE ENERGIEN

Bundestagsrede von Bundesminister Sigmar Gabriel zur Verabschiedung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und des Erneuerbare-Energien- Wärmegesetzes (EEWärmeG)

[BMU, Rede von Sigmar Gabriel vom 6.06.2008]
Ein Auszug aus der Rede: Es gibt einen deutschen Exportschlager, der in keiner Handelsbilanz auftaucht. Es ist das EEG, das heute in vielen Ländern Nachahmer findet. In einem internationalen Vergleich kommt die Europäische Kommission zu dem Ergebnis, dass es mit Abstand das erfolgreichste Instrument zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ist. Das Gesetz hat viele Väter und Mütter. 1990 unter der Regierung Kohl als Stromeinspeisegesetz eingeführt und 2000 und 2004 während der rot-grünen Koalition als Förderinstrument breit ausgebaut, beschließen wir heute als große Koalition ein Fördergesetz, das unter den Überschriften Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Beschäftigung die Weichen für die Zukunft stellt.

Der über die Parteien hinweg bestehende breite gesellschaftliche Konsens über die Förderung der erneuerbaren Energien sollte uns helfen, über eine manchmal kleinteilige Diskussion zu Fördersätzen und Kosten hinweg wirklich die strategische Ausrichtung auf die zukünftigen Herausforderungen in den Blick zu nehmen.

Die ganze Rede ist einsehbar unter:

http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/rede_gabriel_verabschg_eeg_080605.pdf

Mehr Informationen zum EEG:
http://www.bmu.de/erneuerbare_energien/downloads/doc/41695.php

Entwurf des Erneuerbare-Energien- Wärmegesetzes – Stellungnahme des Kabinetts zu Änderungs- vorschlägen des Bundesrates

[BMU, PM vom 5.03.2008] Das Bundeskabinett hat Anfang März auf Vorschlag von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel eine Stellungnahme zu den Einwänden des Bundesrates zum Entwurf eines Gesetzes zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich (Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz) beschlossen.

In ihrer Gegenäußerung stimmte die Bundesregierung dabei den Änderungsvorschlägen des Bundesrates vom 15. Februar 2008 in der Sache zu einem großen Teil zu. Dies betrifft etwa eine Verfahrensvereinfachung bei den gesetzlichen Befreiungsmöglichkeiten. Weitere Vorschläge, etwa zu Kostenerleichterungen bei einem Einsatz von kleinen Wärmepumpen, werden von der Bundesregierung noch geprüft. Verschiedenen weiteren Vorschlägen des Bundesrates, die insbesondere zu Abschwächungen der Anforderungen an den Gesetzesvollzug geführt hätten, wurde hingegen nicht entsprochen.

Das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz ist Teil des Integrierten Energie- und Klimapakets (IEKP). Die Bundesregierung will im Interesse des Klima- und Ressourcenschutzes den Anteil Erneuerbarer Energien an der Wärmeversorgung in Deutschland bis zum Jahre 2020 von derzeit 6 Prozent auf 14 Prozent steigern und dadurch zugleich die Abhängigkeit Deutschlands von Energieimporten verringern.

Das Gesetz sieht vor, Eigentümer neuer Gebäude dazu zu verpflichten, den Energiebedarf ihres Gebäudes anteilig mit Erneuerbaren Energien zu decken. Dazu können Geothermie, Solarthermie, Umweltwärme und Biomasse genutzt werden. Ersatzweise können auch ähnlich Klima schonende Alternativen eingesetzt werden, etwa eine verstärkte Wärmedämmung sowie Wärme aus Kraft-Wärme-Kopplung oder Abwärme. Eigentümer von bestehenden Gebäuden werden mit Mitteln des Marktanzreizprogramms gefördert, wenn sie

ihr Heizsystem auf Erneuerbare Energien umstellen.

Der Beschluss des Bundesrates und die Gegenüberung der Bundesregierung werden nunmehr dem Deutschen Bundestag zur Berücksichtigung bei seinen weiteren Beratungen zugeleitet.

<http://www.erneuerbare-energien.de/inhalt/40976/>

Details zum EEWärmG:

http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/daten_fakten_eewaermeg_2008.pdf

Wasserkraftwerke in Rumänien sollen errichtet werden

[*ökonews.de vom 30.4.2008*] "Um den Entwicklungen am Energiemarkt entsprechend Rechnung zu tragen, bündeln wir unsere Expertise im Energiebereich in der PORR Energy GmbH", betonte PORR-Generaldirektor Wolfgang Hesoun am Dienstag bei der Bilanzpressekonferenz anlässlich der Neugründung der auf Energiefragen spezialisierten Gesellschaft. Mehrere Projekte sind bereits in der Akquisitionsphase, manche noch im Beobachtungsstadium, beispielsweise wird PORR Energy in Rumänien mehrere Wasserkraftwerke gemeinsam mit einem österreichischen Partner realisieren. Zusätzlich zu neuen Projekten sind in der PORR Energy bereits die PORR-Anteile an der Kärntner Restmüllverwertungs GmbH, der Kraftwerk Tegesbach Errichtungs- und Betriebsgesellschaft m.b.H., sowie der Cycleenergy Greenpower GmbH (vormals GREENPOWER Anlagenerrichtungs- und Betriebs- GmbH) eingebracht.

http://www.oekonews.at/index.php?mdoc_id=1030164

Australien dreht bei erneuerbaren Energien auf

[*VDI Nachrichten, 4.4.2008*] Australien ersetzt alle Glühbirnen durch Energiesparlampen, hieß es vor Wochen. Dies ist Folge einer neuen Energiepolitik, wie hier Nicola Watkinson, Senior Investment Commissioner der australischen Regierung, erläutert. Der Kontinent will Strom sparen, Emissionen senken und die erneuerbaren Energien voranbringen.

VDI nachrichten: Ende letzten Jahres gab es in Australien einen Regierungswechsel. Was macht die neu gewählte Labor-Regierung unter Premierminister Kevin Rudd im Vergleich zu ihrer Vorgängerregierung anders?

Watkinson: Mit der Ratifizierung des Kioto-Protokolls unmittelbar nach ihrem Amtsantritt hat die neue australische Regierung deutlich gemacht, dass sie im Bereich Energie- und Klimaschutz neue Wege beschreiten möchte. Australien nimmt in manchen Bereichen mittlerweile sogar eine weltweite Vorbildfunktion ein.

VDI nachrichten: Inwiefern?

Watkinson: Die neue Energiepolitik umfasst verschiedene konkrete Maßnahmen, um den Klimaschutz in Australien und weltweit voranzutreiben. So hat sich Australien im Rahmen der ersten Kioto-Bemessungsphase 2008 bis 2012 darauf verpflichtet, seine Emissionen auf 108 % des Volumens von 1990 zu begrenzen.

Bis 2050 wird Australien seine Emissionen sogar um 60 % verglichen mit dem Stand von 2000 reduzieren, was eine erhebliche Verringerung darstellt.

VDI nachrichten: Beschränken sich die Maßnahmen also auf die Begrenzung von Emissionen?

Watkinson: Nein, darüber hinaus werden auch Maßnahmen in angrenzenden Bereichen, wie der Stromersparnis, durchgeführt. So sollen bis 2020 mindestens 20 % des nationalen Stromverbrauchs, das sind etwa 60 000 GWh pro Jahr, aus erneuerbaren Energien gewonnen werden.

Zum jetzigen Zeitpunkt werden 15 000 GWh jährlich aus erneuerbaren Energien gewonnen. Um also das Ziel von 20 % bis 2020 zu erreichen, sollen weitere 45 000 GWh im Jahr hinzukommen. Zudem wird bis 2010 in Australien ein nationales System für den Emissionshandel eingeführt werden, das heißt zwei Jahre früher als ursprünglich geplant. Dies wird zu einem deutlichen Investitionsschub führen. Dadurch bietet Australien eine enorme Standortattraktivität für in- und ausländische Investoren in den Bereichen erneuerbare und alternative Energien.

VDI nachrichten: Wie verhält es sich mit der Finanzierung dieser ambitionierten Projekte?

Watkinson: Hierzu hat die australische Regierung eine Gesamtsumme von 1,39 Mrd. AUD (Australische Dollar), d. h. etwa 870 Mio. €, bereitgestellt. Die Gelder verteilen sich auf vier Fonds, die sich unterschiedlichen Schwerpunkten widmen. Da ist zunächst der Renewable Energy Fund in Höhe von 500 Mio. AUD zur Entwicklung, Vermarktung und Verbreitung von regenerativen Energien in Australien. Hierzu soll der Privatsektor für jeden von der Regierung eingezahlten Dollar

noch einmal zwei Dollar investieren, um so den Fond auf insgesamt sogar 1,5 Mrd. AUD (940 Mio. €) aufzustocken. Ferner wurde der National Clean Coal Fund eingerichtet, dessen Kapital der Weiterentwicklung und Anwendung von modernen Technologien für saubere Energie aus Kohle dienen soll, und sich auf 500 Mio. AUD beläuft. Zudem werden 150 Mio. AUD in den Energy Innovation Fund eingestellt, sowie weitere 240 Mio. AUD in das Programm "Clean Business Australia", eine Kooperation von Regierung, Unternehmen und Industrie, investiert.

VDI nachrichten: Wie wird sich diese Politik auf die australische Forschungslandschaft auswirken?

Watkinson: Die neue Regierung plant, die Entwicklung von Technologien für die nächste Generation Bio-Kraftstoff zu unterstützen, indem sie 14 Mio. AUD Fördermittel für Projekte zur Verfügung stellt, welche sich mit der Herstellung von Ethanol aus Zellulose beschäftigen. Australien bietet ausländischen Wissenschaftlern ideale Bedingungen zur Forschung in diesen zukunftsgerichteten Bereichen. So liegen derzeitige Forschungsprioritäten unter anderem auf dem Bereich der so genannten Geosequestrierung, d. h. der Abtrennung und Speicherung von CO₂-Abgasen unter der Erde.

VDI nachrichten: Wie hat man sich diese Speicherung in der Praxis vorzustellen?

Watkinson: Im südaustralischen Otway wird derzeit mit Unterstützung der australischen Regierung ein Pilotprojekt zur Erforschung der Geosequestrierung durchgeführt. Internationale Wissenschaftler aus allen Teilen der Welt arbeiten daran, diese Alternative zum "in die Luft blasen von Abgasen" weiterzuentwickeln. Konkret sieht diese Technik einen dreistufigen Prozess vor: Zu Beginn steht die Abtrennung des CO₂ von der Emissionsquelle, in der Regel ein mit fossilen Brennstoffen betriebenes Kraftwerk. Danach wird es über eine Pipeline zu einer Verdichtungsstation befördert. Hier wird es komprimiert und zur Einschleusungsstation weitertransportiert. Über einen Schacht wird das komprimierte CO₂ nun in ein stillgelegtes Gasfeld injiziert. Dort verbleibt es über Millionen Jahre, es kann nicht mehr entweichen.

VDI nachrichten: Und falls doch? Wie stellen Sie sicher, dass es nicht irgendwann dennoch entweicht?

Watkinson: Hierzu beinhaltet das Projekt die umfassendsten Kontrollmechanismen, die es bisher

jemals gab. Die Speicherstätte wird ständig, zu jedem Zeitpunkt, überwacht, und zwar unter- wie oberhalb der Erdoberfläche. Etwaige Unregelmäßigkeiten, wie ein Eindringen des Gases in angrenzende Erdschichten oder in Frischwasserreservoirs, können auf diese Weise sofort registriert werden. Die Gesamtmenge des Gases wird ebenfalls ständig über Messungen kontrolliert, so dass ein unbemerktes Entweichen des Gases ausgeschlossen ist.

VDI nachrichten: Was versprechen Sie sich von dem Projekt?

Watkinson: Die neuartige Technik führt zu erheblichen Emissionseinsparungen. Gleichzeitig ermöglicht sie, die bestehende Infrastruktur zu nutzen, also existierende Kraftwerke weiter zu betreiben, da die Abgase von z. B. Braunkohlekraftwerken ja nicht mehr in die Atmosphäre gelangen. Dies bringt enorme wirtschaftliche Vorteile. Das Forschungsprojekt ist nicht kommerziell, die Ergebnisse werden für jeden frei zugänglich publiziert. Eine anschließende kommerzielle Nutzung der Technik ist natürlich dennoch denkbar. So entsteht eine Win-Win-Situation für alle: Wirtschaft, Umwelt und vor allem für die Menschheit.

http://www.vdi-nachrichten.de/vdi-nachrichten/aktuelle_ausgabe/akt_ausg_detail.asp?cat=1&id=37880&source=paging&cp=3

EU-Gesetzgebung soll Erneuerbare Energie forcieren

[*oekonews.at vom 4.4.2008*] "Wind hat bisher mit einer Ende 2007 in Europa installierten Gesamtleistung von insgesamt 57 GW die vielversprechendsten Ergebnisse aller erneuerbaren Energieformen geliefert. Damit diese Entwicklung anhält, benötigen wir eine vorteilhafte EU-Rahmengesetzgebung", so EU-Energiekommissar Andris Piebalgs heute gegenüber Delegierten während der Eröffnung der Europäischen Windenergiekonferenz (European Wind Energy Conference, EWEC) in Brüssel. Der EU-Kommissar, Vorsitzender der EWEC 2008, betonte auch die Notwendigkeit, erneuerbare Energieformen über 2020 hinaus und weit bis in die Zukunft hinein im Auge zu behalten.

Eine zügige Verabschiedung und Implementierung der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energiequellen sei entscheidend, um eine sichere, nachhaltige und wettbewerbsfähige Zu-

kunft in Sachen Energie für Europa sicherzustellen, hieß es am 4.4.2008. Entscheidungsträger auf nationaler und europäischer Ebene betonten die Bedeutung eines stabilen und flexiblen Gesetzesrahmens. Sie legten Ihre Visionen für eine EU-Gesetzgebung dar, und wie diese zu einer neuen Entwicklungsstufe der Energieversorgung führen werde.

Die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energien sei vom Windenergiesektor grundsätzlich positiv aufgenommen worden, obwohl einige Verbesserungen vom Europaparlament und den Mitgliedsstaaten vorgenommen werden könnten. Ferner bleibe noch immer zweifelsfrei festzulegen, dass die Mitgliedsstaaten juristisch zur Steuerung ihrer nationalen Mechanismen berechtigt bleiben. Sprecher hielten während der Eröffnungssitzung der EWEC das insgesamt positive Bild aufrecht, als sie aus ihrer Sicht darlegten, wie eine solche Gesetzgebung dazu beitragen könne, dass die EU ihr verbindliches Ziel von einem Anteil der erneuerbaren Energie am Energiemix von 20 % bis zum Jahre 2020 erreichen kann.[...]

Den vollständigen Artikel finden Sie hier:

http://www.oekonews.at/index.php?mdoc_id=1029454

Weitere Informationen über die EWEC finden Sie unter <http://www.ewec2008.info/>

Bhutan: Auf dem Weg zum "Brutto-National-Glück" mit Energie-Know-How aus Österreich

[oekonews.at vom 22.3.2008] Bhutan ist das Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) und wird mit dem bevorstehenden Votum zu einer konstitutionellen Monarchie. Die OEZA unterstützt das Königreich schon seit 20 Jahren mit Know-how in den Bereichen Energie und Tourismus.

Der 24. März 2008 wird als denkwürdiger Tag in die Annalen Bhutans eingehen. Erstmals in der Geschichte des Königreichs im Himalaya ist die Bevölkerung aufgerufen, ihre Vertreter in das parlamentarische Unterhaus zu wählen. Zwei Parteien konnten sich dafür qualifizieren: die Bhutan Harmony Party und die People's Democratic Party.

Konsequenter Weg in die Moderne

Mit dem bevorstehenden Urnengang wird ein wichtiger Schritt im seit Jahrzehnten andauernden Prozess der Demokratisierung Bhutans gesetzt.

Und das kleine Land im Himalaya-Massiv geht auch in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung seinen Weg: Entsprechend der Philosophie des "Brutto-National-Glücks" legt man in Bhutan vor allem auf den Schutz der Natur und die Erhaltung der kulturellen Identität Wert. Bereits vor Jahrzehnten hat sich die Regierung vorgenommen, mittels Fünfjahresplänen die Lebensbedingungen der Bevölkerung gezielt zu verbessern. Und genau bei dieser Anstrengung wird Bhutan durch die Partnerschaft mit Österreich unterstützt. Momentan müssen 20 Prozent der Bevölkerung über vier Stunden Fußweg zurücklegen, um die nächste Straße zu erreichen. Aufgrund der gebirgigen Landschaft ist der Bau von Straßen, Brücken und Bewässerungsanlagen sowie die Elektrifizierung aber ein aufwändiges und kostenintensives Unterfangen. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) unterstützt Bhutan seit mehr als 20 Jahren mit profundem Know-how in den Bereichen erneuerbare Energie, Sanfter Tourismus und der Erhaltung von Kulturgütern.

Stromversorgung mit österreichischem Know-how

Das bislang umfassendste Projekt der OEZA ist der Ausbau des Wasserkraftwerks Basochhu. Das Werk deckt rund 40 Prozent des landesweiten Strombedarfs und ist das erste ausschließlich von Bhutanern betriebene und geführte Wasserkraftwerk. Darüber hinaus werden 1.500 Haushalte im Gebirge des Landes mit erneuerbarer Energie versorgt. Auf bisher eingesetztes, umweltschädliches Petroleum oder Kerosin können die BewohnerInnen in den Bergen nunmehr verzichten. Zusätzlich verbessern effiziente Öfen, entwickelt durch österreichische Ofenbauer, die Koch- und Heizsituation in den Haushalten.

Auch im Tourismus setzt Bhutan auf österreichische Erfahrungen und Know-how. Rund 60 Bhutaner wurden bereits in Salzburg im Bereich Tourismus ausgebildet, die Arbeit in diesem Sektor wächst: Besuchten 1985 2.000 Touristen das Land, waren es 2007 bereits 21.000 Touristen. Im aktuellen Fünfjahresplan peilt Bhutan eine Besucherzahl von 100.000 Touristen pro Jahr an. An der Infrastruktur dafür wird bereits gearbeitet: Seit 2005 entsteht mit österreichischer Unterstützung aus einem alten Hotel ein hochmodernes "Hotel und Tourismus Management und Training Institut" (H&TMTI). Bhutan trägt die Hauptkosten für den Bau, die OEZA liefert Geräte und Maschinen für die Küche, IT-Technologie und energiesparende Komponenten für Lüftung, Heizung, Heiß-

und Abwasser. Im Institut sollen bhutanische Lehrkräfte nach den neuesten Managementprinzipien professionell so ausgebildet werden, dass sie das Programm eigenständig weiterführen können.

Unterstützung in Zahlen

Die Öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs (ODA) an Bhutan betragen zwischen 1995 und 2006 insgesamt 54,83 Millionen Euro. Die Leistungen der OEZA in diesem Zeitraum belaufen sich auf rund 38,11 Millionen Euro.

http://www.oekonews.at/index.php?mdoc_id=1029127

Luxemburg hat Bedenken gegen EU-Beschluss über Biosprit

[*co2-handel.de vom 22.04.2008*] Die Regierung Luxemburgs hat angesichts der weltweiten Verteuerung von Nahrungsmitteln starke Bedenken gegen das Ziel der Europäischen Union, den Treibstoffverbrauch bis 2020 zu zehn Prozent durch Biosprit zu decken.

Das Großherzogtum rückte am Dienstag von dem Ziel ab, das die Staats- und Regierungschefs der EU erst im März 2007 beschlossen hatten. Umweltminister Lucien Lux bekräftigte, die gesamte Regierung Luxemburgs habe «starke Bedenken» gegen einen Konflikt zwischen Energiepflanzenanbau und Nahrungsmittelversorgung.

«Alle betroffenen Regierungsmitglieder werden sich in den nächsten Monaten nicht nur für Nachhaltigkeitskriterien bei der Herstellung von Biotreibstoffen einsetzen, sondern auch grundsätzlich die Opportunität der Zehn-Prozent-Beimischung von Biokraftstoffen diskutieren und in Frage stellen», heißt es in der Erklärung von Lux. Die «stoffliche Nutzung der Biomasse» sei im Vergleich zur «energetischen Verwendung» vorrangig.

Unter Hinweis auf die weltweite Verteuerung und Verknappung von Nahrungsmitteln erklärte Lux, aus der aktuellen Krise und den «besorgniserregenden Zukunftsszenarien» müssten nun «in kürzester Zeit die richtigen Schlüsse gezogen» werden. «Nur wenn man weiß, wie weit im einzelnen klimabedingte Ernteeinbrüche, Spekulationen, Veränderungen der Essgewohnheiten, staatliche Agrarsubventionen, die Machenschaften der Agroindustrie und die Konkurrenz zwischen Nahrungs- und Energieproduktion für die aktuelle Nahrungsknappheit verantwortlich sind, kann die Politik die Weichen richtig stellen.»

Die EU-Umweltminister hatten erst vor wenigen

Tagen bekräftigt, sie wollten am Biosprit-Ziel festhalten. Sollten sich jedoch negative soziale oder ökologische Folgen abzeichnen, werde man die EU-Beschlüsse überdenken. Ein Sprecher der EU-Kommission hatte erst am 21.4.2008 die Frage, ob die Behörde angesichts der Lage auf den Agrarmärkten ein Abrücken vom Biosprit-Ziel erwäge, mit einem einzigen Wort beantwortet: «Nein.»

Der luxemburgische Umweltminister erklärte, die Klimaschutzstrategie der EU solle verhindern, dass Millionen von Menschen in Zukunft um ihre Existenzgrundlagen bangen müssten.

«Es kann demnach nicht so sein, dass diejenigen, die am härtesten von den Folgen des Klimawandels betroffen sein werden, zusätzlich unter den perversen Konsequenzen kurzfristiger Klimaschutzmaßnahmen zu leiden haben.»

http://www.co2-handel.de/article185_8530.html

Biodiesel mit weniger Nebenwirkungen

[*Michael Bartsch, taz.de vom 18.04.2008*] Großer Bahnhof im sächsischen Freiberg: Nicht nur Kanzlerin Angela Merkel kam am Donnerstag zur Inbetriebnahme der weltweit ersten großtechnischen Anlage zur Erzeugung von synthetischem Biokraftstoff. Sachsens noch amtierender Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) schwänzte für das Ereignis sogar die Landtagsdebatte zur Sachsen LB. Und für die Partner der Betreiberfirma Choren Industries erschienen komplett die Vorstandsvorsitzenden von VW, Daimler und Shell.

Die Kanzlerin nutzte die Gelegenheit, für Klimaschutz zu werben. Technologische Fortschritte seien möglich, "wenn Politik, Wirtschaft und Wissenschaft Hand in Hand arbeiten", erklärte sie. Für den Hauptgesellschafter von Choren, den Ökostromanbieter Lichtblick, nannte Geschäftsführer Heiko von Tschischwitz die Anlage "das Projekt mit der größten Entwicklungsperspektive und einer globalen Bedeutung für den Klimaschutz".

In dem neuen Werk sollen künftig pro Jahr 18 Millionen Liter so genannter SunDiesel erzeugt werden. Im Gegensatz zu klassischem Biodiesel wird er nicht aus ölhaltigen Samen etwa vom Raps erzeugt, sondern aus Holz oder kompletten Pflanzen. Bei diesem "Biokraftstoff der zweiten Generation" ist die Klimabilanz günstiger, der Schadstoffausstoß niedriger und der Flächenbedarf geringer. Anders als bei aus Getreide oder Zucker hergestelltem Bioethanol gibt es zudem keine direkte Konkurrenz zur Verwendung als

Nahrungsmittel.

Die Herstellung von Kraftstoff aus fester Biomasse wird auch als BtL (Biomass to Liquid) bezeichnet. Das in Freiberg angewandte patentierte Carbo-V-Verfahren basiert auf Forschungen, die bereits zu DDR-Zeiten im Deutschen Brennstoffinstitut erfolgten. Ziel war damals die Kraftstoffherzeugung aus Kohle. Neben Choren entwickelte sich in Freiberg noch die Firma Future Energy, die ebenfalls Pflanzen zu Kraftstoff verarbeitet. Biomasse wird dabei zunächst in einem dreistufigen Verfahren vergast. Es entsteht ein Syntheserohgas mit den wesentlichen Bestandteilen Kohlenstoff und Wasserstoff. Dieses kann wiederum in einem Verfahren zu Kraftstoff verflüssigt werden, dessen Grundlagen bereits vor rund 80 Jahren in Deutschland entwickelt wurden.

Der in Freiberg erzeugte Biokraftstoff der zweiten Generation genügt allerdings modernsten Anforderungen. Die Kompatibilität von SunDiesel mit herkömmlichen Verbrennungsmotoren ist bei VW und Daimler getestet worden. Er ist schwefelfrei und soll die Kohlendioxidbelastung im Vergleich zum fossilen Diesel um bis zu 90 Prozent reduzieren. Die in Freiberg geplante Menge entspricht dem Jahresbedarf von etwa 15.000 Autos. Um den Bedarf an Biomasse von Choren zu decken, wurden im Raum Freiberg und in Mecklenburg-Vorpommern Agrarflächen mit schnell wachsenden Pflanzen unter Vertrag genommen. Bundesweit sind fünf industrielle Großanlagen geplant. Greenpeace kritisiert, dass der enorme Rohstoffbedarf der Anlagen ohne Import von Energiepflanzen nicht befriedigt werden könne.

<http://www.taz.de/1/zukunft/umwelt/artikel/1/biodiesel-mit-weniger-nebenwirkungen/?src=TE&cHash=6b5431f7dc>

7. EMISSIONSHANDEL

Südamerika könnte Milliarden verdienen

[*spiegel.de vom 08.04.2008*] Ein weltweiter Handel mit Luftverschmutzungsrechten könnte dabei helfen, den Amazonas zu retten. Für südamerikanische Länder wäre sein Erhalt ein Milliardengeschäft, wie eine aktuelle Studie zeigt. Allerdings sind dafür noch drei wichtige Hürden zu nehmen. Im Prinzip ist sich die Welt einig. In Zukunft sollen Entwicklungsländer auch dafür belohnt werden, wenn sie ihre wertvollen Regenwälder stehen

lassen - zum Wohle des Weltklimas. Das Geld dafür soll auf globaler Ebene umverteilt werden, über einen weltweiten Emissionshandel: Reiche Länder, die ihren eigenen CO₂-Ausstoß nicht mindern können oder wollen, zahlen an Staaten, die sich verpflichten, ihren Wald zu schützen. In den Abschlussdokumenten der Klimakonferenz von Bali gibt es eine Absichtserklärung, an genau so einem System zu arbeiten.

Wichtig ist die Frage, wofür es Belohnungen gibt: Bisher wird beim Emissionshandel nur das Pflanzen neuer Bäume positiv angerechnet, der Schutz bestehender Waldgebiete zählt hingegen nicht. Johannes Ebeling von der britischen Beratungsfirma Ecoscurities und Mai Yasue von der University of British Columbia im kanadischen Vancouver wollen das nun ändern. Sie haben dazu ein Konzept entwickelt, das sie in der Fachzeitschrift "Philosophical Transactions of the Royal Society B" vorstellen.

Vor allem für südamerikanische Länder stellt Ebeling eine attraktive Beispielrechnung auf: Abhängig vom Preis, der für den Ausstoß einer Tonne CO₂ angesetzt wird, könnten die Staaten durch einen globalen Emissionshandel Milliardengewinne erzielen. Würden im Amazonas-Regenwald nur zehn Prozent weniger Urwald als derzeit abgeholzt, könnte die Region durch den Handel mit Emissionszertifikaten rund fünf Milliarden Euro verdienen. Diese Zahl kommt zustande, wenn man mit einem Preis von 30 Euro pro Tonne CO₂-Ausstoß rechnet. Selbst ein extrem konservatives Rechenexempel mit einem Preis von 5 Euro pro Tonne CO₂ führt immer noch zu Einnahmen im Bereich von mehreren hundert Millionen Euro.

Das Geld, so sagt Ebeling, solle zum Schutz der existierenden Wälder eingesetzt werden. Der ist auch dringend nötig: Ein Fünftel des CO₂-Ausstoßes weltweit geht auf die Abholzung der Tropenwälder zurück. Damit ist die Regenwaldzerstörung der zweitgrößte Faktor für die Erderwärmung - nach der Verbrennung fossiler Rohstoffe.

Doch wie könnte eine Rettungsprämie tatsächlich berechnet und ausgezahlt werden? Dazu muss die Frage beantwortet werden, wie viel Wald verschwunden wäre, wenn die Abholzung in dem Gebiet wie bisher weitergegangen wäre. Wenn die Waldmengen nach ein paar Jahren über den zu erwarteten Werten liegen, dann werden die Staaten dafür belohnt.

Auch dafür, dass der Waldschutz möglichst nach-

haltig sein soll, haben Ebeling und Yasue eine Idee: "Man könnte einen Puffer von 20 bis 50 Prozent der Zertifikate zunächst zurückhalten und erst mit Verspätung auszahlen", sagt Johannes Ebeling im Gespräch mit Spiegel online. Nur wer sich langfristig für den Waldschutz engagiert, soll das volle Geld bekommen. Aber auch ein kurzfristiger Schutz von Waldgebieten sei bereits sehr hilfreich für das Klima.

Das Modell hat allerdings drei Knackpunkte: Erstens gibt es bis heute keinen globalen Handel für CO₂-Verschmutzungsrechte. Lediglich in bestimmten Gebieten, wie etwa der EU, sind die Zertifikate flächendeckend etabliert - und auch hier nicht ohne Startprobleme. International dürften die Verhandlungen noch sehr langwierig und kompliziert werden.

Zweitens ist der Waldschutz in Ländern wie Brasilien nicht allzu einfach in die Praxis umzusetzen: Sich ausbreitende Siedlungen und neue Anbauflächen für die Landwirtschaft setzen den Regenwäldern mehr und mehr zu. Der Biosprit-Boom, für den zusätzliche Ackerflächen geschaffen werden, verschlimmert die Lage noch weiter. Brasilianische Forscher schätzen, dass illegale Rodungen und Bebauungen den Regenwald am Amazonas bis zum Jahr 2030 um weitere 20 Prozent verkleinern dürften. Die Regierungen sind in den seltensten Fällen Herren der Lage. "Entwaldung zu vermeiden, ist alles andere als Nichtstun. Hier sind politischer Willen und Geld nötig", sagt Johannes Ebeling.

Und noch einen dritten, entscheidenden Punkt gibt es: Das Anreizsystem zum Waldschutz kann nur funktionieren, wenn sich die Industriestaaten zu größeren CO₂-Reduktionszielen verpflichten. Denn nur so werden die Klimazertifikate überhaupt zu einer gefragten Ware, mit deren Verkauf sich Geld für den Schutz des Regenwaldes Erlösen ließe.

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,545880,00.html>

Griechenland vom Emissionshandel ausgeschlossen

[Jost Maurin, taz.de vom 24.04.2008] Die Vereinten Nationen setzen das Kioto-Protokoll zur Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen tatsächlich durch - das ist die Botschaft hinter einer jetzt veröffentlichten Entscheidung von Rechtsexperten der Weltorganisation. Die Mitglieder im Ausschuss zur Umsetzung des Abkommens haben

Griechenland weitgehend ausgeschlossen vom internationalen Handel mit Rechten, Kohlendioxid und andere klimaschädliche Gase auszustoßen. Der Grund: Die Griechen können den Fachleuten zufolge die Emissionen in ihrem Land nicht zuverlässig berechnen. "Es hat an den richtigen Daten und der richtigen Infrastruktur gehapert, um die Zahlen zu liefern", sagt der Sprecher des UN-Klimasekretariats John Hay in Bonn. Die Regierung in Athen gibt zu, dass sie ihre Messmethoden verbessern muss.

Der Emissionshandel soll den Staaten helfen, ihre Wirtschaft beim Klimaschutz zu schonen: Statt ihre Unternehmen zu kostspieligen Umweltschutzmaßnahmen zu zwingen, dürfen sie sich Verschmutzungsrechte kaufen. Die Zertifikate kommen aus anderen Ländern, die weniger Emissionen produzieren, als ihnen das Kiotoprotokoll erlaubt. Diese Möglichkeit, sich freizukaufen, haben die UN nun Griechenland verboten.

Direkte praktische Folgen hat das nicht. Denn Griechenland nimmt noch gar nicht am Emissionshandel zwischen Staaten teil. Und beim Handel zwischen Unternehmen in der Europäischen Union könnten die Griechen weiter mitmischen, sagt EU-Kommissionssprecherin Barbara Helfferich der taz.

Aber die Brüsseler Behörde erhöht wegen des UN-Beschlusses den Druck auf die säumigen Griechen. "Wir prüfen, ob wir ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Griechenland einleiten müssen", erklärt Helfferich. Die Kommission vermutet, dass Griechenland auch gegen EU-Klimaabkommen verstoßen hat. Sollte die Regierung in Athen nicht nachgeben, müsste sie womöglich mit Millionen Euro büßen. Doch das kann dauern, und Griechenland wird wohl vorher die Forderungen der UN erfüllen.

Dennoch ist der Ausschluss aus dem Emissionshandel peinlich für die Griechen, die sich ohnehin den Ruf erworben haben, es mit internationalen Verpflichtungen nicht so genau zu nehmen: Ihre Aufnahme in die Euro-Zone 2002 hatten sie sich laut EU-Statistikamt mit gefälschten Zahlen zum Haushaltsdefizit erschlichen. Nun sind sie die ersten, die wegen Verstößen gegen das Kioto-Protokoll aus dem Emissionshandel ausgeschlossen werden. Gegen Kanada eröffnete der UN-Ausschuss bisher nur ein Verfahren, das ebenfalls mit dem Ausschluss enden könnte.

Doch auch dieses Mal kann sich Griechenland noch retten: Wenn es innerhalb von drei Monaten

einen Plan vorlegt, wie es das Problem lösen will, werden die UN-Experten neu entscheiden. Sie fordern von den Griechen vor allem, dass sie Personal für die Berechnung stellen, Fristen setzen und die nötigen Statistiken erheben.

Dazu müssen die Kioto-Länder den nahezu kompletten Ausstoß mehrerer Gase in allen ihren Wirtschaftssektoren erfassen. Die Formel zum Beispiel für den Methan-Ausstoß von Kühen ist eigentlich einfach: Zahl der Kühe mal die Emissionen eines Durchschnittstiers. Die nach Alter, Geschlecht und Ernährung differenzierten Durchschnittswerte liefert der Weltklimarat. Diese Formel wenden die Statistiker auch auf die anderen Quellen von Treibhausgasen an: etwa alle Brennstoffe wie Kohle, Erdöl oder Gas.

Deutschland liefert diesen "Inventarbericht" seiner Emissionen seit 2003. Beteiligt ist daran auch der Physiker Jakob Graichen vom Öko-Institut. Er begrüßt die UN-Entscheidung: "Das ist schon ein starkes Signal: Länder können sich nicht durchmogeln, wenn sie am Kioto-Prozess teilnehmen."

<http://www.taz.de/1/zukunft/umwelt/artikel/1/arge-r-aus-bruessel/?src=MT&cHash=cdc1b5093d>

Umweltbundesamt muss Versagen des Emissionshandels einräumen

[*pressrelations.de vom 02.04.2008*] "Die katastrophale Bilanz der ersten Handelsperiode wird schön gerechnet", kritisiert Eva Bulling-Schröter anlässlich der vom Umweltbundesamt vorgestellten Daten für den Emissionshandel 2005 bis 2007. "Wenn die am Emissionshandel beteiligten deutschen Firmen im Jahr 2007 mit rund 487 Millionen Tonnen CO₂ zwei Prozent mehr ausgestoßen haben als im Jahr zuvor, während in diesem Zeitraum der Gesamtausstoß Deutschlands um 2,7 Prozent sank, muss man konstatieren: Der Emissionshandel hat als wichtigstes Klimaschutzinstrument der Bundesregierung nicht gewirkt, sondern versagt." Die umweltpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

"Um dennoch irgendwie einen positiven Schlussstrich unter die erste Handelsperiode 2005 bis 2007 zu ziehen, scheut das Umweltbundesamt nicht davor zurück, Daten manipulativ zu verwenden. Dafür wird die so genannte Basisperiode - also der Zeitraum, welcher der Ausgabe von Emissionsberechtigungen zu Grunde lag und bislang stets als Vergleichszeitraum galt - klammheimlich um zwei Jahre verlängert. Während sowohl im Zuteilungsgesetz als auch im Nationalen

Allokationsplan als Basisperiode der Zeitraum 2000 bis 2002 definiert ist, macht das UBA daraus flugs 2000 bis 2004. Mit diesem Trick wird aus einer realen Steigerung der Emissionen in der ersten Handelsperiode ein statistischer minimaler Rückgang im Verhältnis zur Basisperiode konstruiert.

Der Grund für das Ansteigen der Emissionen sei simpel. Auf Druck der Energieversorger und des Bundeswirtschaftsministeriums sind unter Rotgrün an die Unternehmen in der ersten Handelsperiode deutlich mehr Emissionsberechtigungen ausgegeben, als zuvor überhaupt CO₂ ausgestoßen wurde. Das spricht dem Grundgedanken des Emissionshandels Hohn."

http://www.pressrelations.de/new/standard/result_main.cfm?pfach=1&n_firmanr_=109427§or=pm&detail=1&r=318342&sid=&aktion=jour_pm&quelle=0&profisuche=1

Emissionshandel treibt Klimaprojekte in Entwicklungsländern an

[*net-tribune.de vom 26.04.2008*] Der Handel mit CO₂-Emissionsrechten hat knapp 7.000 Klimaprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern angestoßen. 970 dieser so genannten CDM-Projekte seien bereits von der UN zertifiziert, weitere 5.700 warteten darauf oder seien geplant, sagte Grant Kirkman vom UN-Klimasekretariat (UNFCCC) in München.

Bisher hätten die Projekte 130 Millionen Tonnen Kohlendioxid eingespart, sagte Kirkman. So hoch ist die Summe der von der UN ausgegebenen Emissionsrechte aus CDM-Projekten. Bis 2012 soll sie auf 2,7 Milliarden Tonnen des Treibhausgases anwachsen. Das wäre knapp ein Zehntel des CO₂, das pro Jahr weltweit ausgestoßen wird.

CDM-Projekte verlagern Klimaschutzinvestitionen aus den Industriestaaten in Entwicklungs- und Schwellenländer. Oft lässt sich Kohlendioxid dort billiger einsparen. Als Belohnung erhalten die Unternehmen Emissionsrechte in Höhe ihrer Einsparung, die sie selbst einsetzen oder weiterverkaufen können. Derzeit liegen die Preise für das Recht, eine Tonne CO₂ auszustoßen, zwischen 10 und 17 Euro. Die Entwicklungsländer sollen davon durch Investitionen und Technologietransfer profitieren.

<http://www.net-tribune.de/article/260408-344.php>

Verband warnt vor hohen Stromkosten durch Emissionshandel

[*finanznachrichten.de vom 29.04.2008*] Durch EU-Pläne zur Versteigerung von CO₂- Emissionszertifikaten droht nach Einschätzung der industriellen Stromkunden ein massiver Anstieg der Energiepreise. Für die Jahre 2013 bis 2020 sei mit einer Zusatzbelastung von insgesamt über 100 Milliarden Euro zu rechnen, ohne dass es dadurch zusätzliche CO₂- Einsparungen geben werde, warnte der Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK) am Dienstag in Berlin.

Unternehmen benötigen die CO₂-Zertifikate für den Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂). Bislang werden diese Verschmutzungsrechte bis zu einer bestimmten Obergrenze noch kostenlos zugeteilt, aber ab 2013 sollen die Zertifikate nach dem Willen der EU-Kommission zu 100 Prozent versteigert werden.

Der VIK, der die Interessen von energieintensiven Branchen wie der Aluminium- und Chemieindustrie vertritt, lehnt dieses Vorhaben ab. Stattdessen sprach sich VIK-Geschäftsführer Alfred Richmann dafür aus, die Zertifikate bis zu einer jährlich sinkenden Obergrenze weiter kostenlos zu verteilen und nur für die darüber hinaus gehenden Emissionen Geld zu verlangen. Die Versteigerung aller Verschmutzungsrechte führe hingegen zu erheblichen Kosten bei den Energiekonzernen und damit zu höheren Strompreisen.

<http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2008-04/artikel-10698785.asp>

Österreichische Industrie unterschritt zulässige CO₂-Emissionen

[*diepresse.com vom 02.04.2008*] Die EU-Kommission hat am Mittwoch erste Zahlen zu den CO₂-Emissionen im vergangenen Jahr veröffentlicht. Demnach haben die 203 größten österreichischen Industrieanlagen, die am EU-Emissionshandel teilnehmen, 2007 weniger klimaschädliche Treibhausgase ausgestoßen als erlaubt. Laut Umweltministerium wurden insgesamt 31,7 Millionen Tonnen CO₂ emittiert, zugeteilt waren 32,7 Mio. Tonnen worden.

Aus Sicht des Umweltministeriums spricht die Überallokation von rund drei Prozent für die Entkoppelung zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Schadstoffausstoß. Zudem sei es ein Zeichen dafür, dass sich die Industrie bereits auf dem Weg in die nächste Phase des Emissionshandels befin-

de. Ab 2008 dürfen die Betriebe nur mehr rund 30 Mio. Tonnen CO₂ ausstoßen, müssen also weitere Einsparungsmaßnahmen setzen oder Verschmutzungsrechte zukaufen.

2006 hatten die vom Emissionshandelssystem erfassten österreichischen Unternehmen aus Industrie und Energiewirtschaft 32,38 Mio. Tonnen CO₂ ausgestoßen, theoretisch hätten sie 32,65 Mio. Tonnen CO₂ in die Atmosphäre abgeben können.

Daten über die gesamten Emissionen der EU-Industrie wird die Kommission frühestens am 15. Mai vorlegen. 2006 war der Ausstoß der in den Emissionshandel eingebundenen europäischen Industrie zwar gestiegen, allerdings weniger als es die zugeteilten Verschmutzungsrechte erlaubt hätten.

<http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/374183/index.do>

WWF: Stromversorger kassieren Milliarden

[*dailynet.de vom 07.04.08*] Die kostenlose Zuteilung der Zertifikate im Emissionshandel entwickelt sich für die europäischen Stromversorger zum Milliardengeschäft. Auch in der zweiten Phase des EU-Emissionshandels bis 2012 streichen die Energiekonzerne Zusatzgewinne ein, weil sie die Kosten für die Verschmutzungszertifikate an ihre Kunden weiterreichen, obwohl sie den Großteil der Emissionsrechte kostenlos erhalten. Eine heute veröffentlichte Studie des WWF zeigt: Allein in Deutschland erzielen die Stromversorger so zusätzliche Gewinne in Höhe von 14-34 Milliarden Euro in der zweiten Handelsperiode. "Es ist auf Dauer nicht hinnehmbar, dass die Verbraucher die Zeche für eine klimaschädliche Energieproduktion zahlen, während sich die verantwortlichen Energiekonzerne eine goldene Nase verdienen. Nur wenn möglichst schnell alle Emissionszertifikate versteigert werden, können die Klimaschutzziele der Europäischen Union erreicht werden", betont Juliette de Grandpré vom WWF Deutschland.

Die WWF-Studie, durchgeführt von Point Carbon - der weltweit führenden Informationsplattform zu Kohlenstoffmärkten - analysiert die Mitnahmeeffekte in Deutschland, Großbritannien, Italien, Polen und Spanien. Der Report zeigt, dass die Gesamterlöse der Stromversorger in den untersuchten Ländern bis 2012 bis zu 71 Milliarden Euro umfassen können. Das entspricht in etwa dem doppelten Bruttoinlandsprodukt von Slowenien.

Der Einsatz von Kohle zur Stromerzeugung führt jährlich zu mehr als einer Milliarde Tonne CO₂-Emissionen in Europa. Das sind rund 20 Prozent des derzeitigen europäischen Ausstoßes an Treibhausgasen. Der WWF fordert deshalb, dass ab 2013 alle Sektoren - vor allem aber der Stromsektor - die gesamten Zertifikate in Auktionen ersteigern müssen. Nur so könne das eigentliche Ziel des Emissionshandels, nämlich die Umstellung auf eine nachhaltige und sparsame Energieproduktion, erreicht werden. "Preissteigerungen sind durch die Auktion nicht zu erwarten", erklärt Juliette de Grandpré. "Die Studie zeigt, dass die Preise für die CO₂-Zertifikate bereits im Strompreis enthalten sind."

Der WWF fordert darüber hinaus, dass die Einnahmen aus der Auktion der Emissionszertifikate vollständig in Klimaschutzinstrumente in Europa und den Entwicklungsländern eingesetzt werden müssen. Nur so wird ein nachhaltiger Wandel zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft sichergestellt.

<http://www.dailynet.de/EnergieUmwelt/15012.php>

Eine englische Zusammenfassung der Studie finden Sie unter:

http://www.wwf.org.uk/filelibrary/pdf/eu_ets_summary_0408.pdf

EU: Emissionshandel für Transportsektor

[*verkehrsrundschau.de vom 25.3.2008*] Das Europäische Parlament (EP) hat sich für die Einführung einer Citymaut, obligatorische Straßenbenutzungsgebühren und des Emissionshandels für den Straßentransport ausgesprochen. Damit soll eine Trendwende zur Senkung des Schadstoffausstoßes erreicht werden, der trotz Verbesserungen in der Energie- und CO₂-Bilanz der Verkehrsträger weiter gestiegen sei, wurde auf dem EP-Märzplenum konstatiert.

Im Bericht zu einer nachhaltigen EU-Verkehrspolitik werden die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten aufgefordert, sich auf überlastete städtische Bereiche, Fernverkehrsstraßen und ökologisch sensible Gebiete wie Alpen und Ostseeküste zu konzentrieren. Nötig sei ein „umfassender Ansatz“, der den Bogen vom stärkeren Einsatz technologischer Innovationen über eine effektive Nutzung der Infrastrukturen bis zur Anwendung marktwirtschaftlicher Instrumente spanne. Dazu gehörten eine Kfz-Besteuerung nach Umweltver-

träglichkeit, fiskalische Anreize für „saubere Fahrzeuge“, bemaute Innenstädte und ein „Emissionshandelssystem, das den speziellen Merkmalen der Verkehrsträger Rechnung trägt“.

<http://www.verkehrsrundschau.de/sixcms/detail.php?id=638301>

In diesem Zusammenhang wird auch auf die vom UBA bereits in 2005 verfasste Studie hingewiesen, wie der Verkehrssektor insgesamt in den Emissionshandel durch ein so genanntes „Upstream-Modell“ einbezogen werden könnte: <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/2969.pdf>

Gewinne durch Gratis-CO₂-Zertifikate

[*taz.de vom 08.04.2008*] Durch kostenlos verteilte CO₂-Verschmutzungsrechte werden den europäischen Energiekonzernen in den nächsten vier Jahren zusätzliche Gewinne in Milliardenhöhe in den Schoß fallen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des Marktforschungsinstituts "Point Carbon", die der WWF in Auftrag gegeben hatte. Am meisten profitieren deutsche Unternehmen. Sie werden in der zweiten Phase des Emissionshandelssystems zwischen 2008 und 2012 mindestens 14 Milliarden Euro am Emissionshandel verdienen, im günstigsten Fall sogar 34 Milliarden. Point Carbon legte dabei einen Zertifikatspreis zwischen 21 und 32 Euro pro Tonne Kohlendioxid zugrunde.

In der Studie wird der Energiesektor in Spanien, Italien, Deutschland, Großbritannien und Polen untersucht. In Italien, wo die gesetzlichen Rahmenbedingungen noch nicht vollständig geklärt sind, ist die Prognose unklar. In den anderen drei Ländern wird das System ebenfalls zusätzliche Gewinne in die Kassen der Stromkonzerne spülen, jedoch deutlich weniger als in Deutschland. "Die Mitnahmeeffekte sind am höchsten in denjenigen Ländern, die die Verschmutzungskosten an die Verbraucher weitergeben können, in Ländern, wo Elektrizitätswerke mit hohem Verschmutzungsgrad das Preisniveau bestimmen, und dort, wo der höchste Prozentsatz an kostenlosen Verschmutzungsrechten verteilt wird", heißt es in der Studie.

Kein Wunder, dass die Gewinne in Deutschland am größten sind, denn dort treffen alle drei Voraussetzungen zu. In der ersten Phase des Emissionshandels 2003 bis 2007 wurden die Zertifikate an die deutschen Stromkonzerne verschenkt - trotzdem erhöhten die Unternehmen den Strompreis mit der Begründung, das neue System treibe

die Kosten in die Höhe. Ab 2008 sollen jährlich 9 Prozent der Verschmutzungsrechte versteigert werden. Nach Schätzungen des Umweltministeriums wird das die Stromerzeuger etwa 400 Millionen Euro pro Jahr kosten. Diese Einnahmen sollen in Klimaschutzprojekte in Deutschland und in Drittländern fließen.

Mehrere Politiker warnten die Konzerne davor, die Strompreise in der zweiten Phase des Emissionshandels erneut zu erhöhen. Die Kosten seien bereits "eingepreist", sagte SPD-Bundestagsfraktionsvize Ulrich Kelber. Die Unternehmen hätten bereits Milliardenbeiträge von den Verbrauchern eingestrichen. Würden die Preise nun weiter erhöht, wäre dies eindeutig "Missbrauch der Marktmacht" und könne zur Zerschlagung der Energiekonzerne führen. Kaum anzunehmen, dass sich die Konzerne durch die starken Worte beeindrucken lassen. Zu hoffen ist aber, dass die Politiker immerhin in ihren Zukunftsplänen standhaft bleiben. Ab 2013 nämlich sollen die Energieunternehmen für alle Verschmutzungsrechte bezahlen. Erst dann würde das System sauberen Strom finanziell begünstigen und den Anreiz schaffen, mehr Strom aus erneuerbaren Quellen zu produzieren.

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,545003,00.html>

EU-Emissionshandel bleibt wirkungslos

[*spiegel.de vom 02.04.2008*] Der CO₂-Ausstoß der europäischen Industrie ist im vergangenen Jahr leicht gesunken. Doch das hat nichts mit dem Zertifikatsystem der EU zu tun. In diesem Jahr sollen die Regeln für den Emissionshandel nun verschärft werden.

Bislang gilt der EU-Emissionshandel als zahnloser Tiger. Zwar hat die europäische Industrie im vergangenen Jahr weniger Treibhausgase produziert als in den zwölf Monaten davor, doch das liegt nicht an dem Zertifikatsystem. Nach vorläufigen Berechnungen der EU-Kommission blieb die Gesamtmenge nämlich unter der von Brüssel erlaubten Menge. Von diesem Jahr an gelten allerdings schärfere Quoten (mehr...), um das Instrument doch noch wirksam zu machen.

Beim Emissionshandel bekommen Industrie und Energieversorger Kohlendioxid-Verschmutzungsrechte zugeteilt, die europaweit gehandelt werden können. Fehlende Zertifikate müssen nachgekauft, überschüssige können verkauft werden. Doch offenbar sind zu viele Zertifi-

kate auf dem Markt; die Unternehmen können sich billig bedienen. Im vergangenen Jahr blieb Deutschland mit rund 480 Millionen Tonnen unter seiner möglichen CO₂-Quote von 497 Millionen Tonnen.

In einer Datenbank im Internet kann jedermann einsehen, welche CO₂-Menge rund 10.000 Unternehmen in der EU 2007 zugeteilt bekamen - und welche sie tatsächlich ausstießen. In Deutschland fallen derzeit knapp 57 Prozent des gesamten CO₂-Ausstoßes unter den Emissionshandel. Die rund 1850 teilnehmenden Unternehmen kamen nach Angaben der Deutschen Emissionshandelsstelle (DEHSt) im Umweltbundesamt 2007 auf einen CO₂-Ausstoß von rund 487 Millionen Tonnen oder zwei Prozent mehr als 2006. Dagegen sanken die gesamten CO₂-Emissionen in Deutschland um 2,7 Prozent.

Weil das Zertifikatsystem bisher noch nicht gut funktioniert, war für die Unternehmen der Ansporn zum Klimaschutz offenbar nur gering: Der Anteil von Stein- und Braunkohle an der Stromerzeugung legte zu. Die niedrigen Preise für die Emissionsberechtigungen boten laut DEHSt den Firmen 2007 nur wenig Anreiz, statt Kohle das wesentlich weniger klimaschädliche, aber teurere Erdgas zu nutzen.

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,545003,00.html>

Brüssel plant Ausnahmen beim Klimaschutz

[*spiegel.de vom 14. März 2008*] Exakt ein Jahr nach ihren ehrgeizigen Klimaschutz-Beschlüssen peilen Europas Staats- und Regierungschefs Ausnahmen für Industriezweige mit besonders hohem Energieverbrauch an. Auf Druck von Angela Merkel und mehreren ihrer Kollegen muss die EU-Kommission rasch entsprechende Regeln ausarbeiten. Dafür änderten die Teilnehmer des Brüsseler EU-Gipfels heute in letzter Minute ihr Schlussdokument. Hintergrund ist die Angst vieler EU-Länder, dass die europäische Industrie in Länder ohne strenge Klimapolitik flüchten könnte. Arbeitsplatzverluste in Europa und höhere CO₂-Emissionen weltweit wären die Folge.

Die besondere Lage energieintensiver Branchen mit internationaler Konkurrenz soll nun in der geplanten Richtlinie zum Emissionshandel berücksichtigt werden. "Das wird eine bindende Regelung sein", sagte Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Der Brüsseler Vorschlag zu dem

EU-Gesetz werde in den nächsten Monaten vorgelegt. Die Regeln für große Energieverbraucher wie die Stahl- oder Papierindustrie aber "werden nur dann zum Tragen kommen, wenn kein internationales Abkommen zustande kommt", sagte der Kommissionspräsident.

Noch am Donnerstag hatte Barroso erklärt, er wolle das Ergebnis internationaler Verhandlungen in dieser Frage abwarten. Eine Liste besonders energieintensiver Branchen könne die Kommission erst 2011 vorlegen. Kanzlerin Merkel verlangte hingegen in Brüssel, "nicht erst dann anfangen nachzudenken, wenn nicht alle mit uns gehen". Der Gipfel schrieb daraufhin eine "dringende Lösung" in der Richtlinie zum Emissionshandel fest. "Wir müssen uns mit allen Sorgen auseinandersetzen", sagte der EU-Ratsvorsitzende und slowenische Regierungschef Janez Jansa.

Eine detaillierte Liste von Klimaauflagen für die europäischen Autohersteller kommt Merkel zufolge erst im Juni auf den Tisch. "Wir haben inzwischen aber eine gemeinsame Plattform gefunden, auf der wir alle Anstrengungen unternehmen, uns zu einigen", sagte die Kanzlerin. Eine Regelung ohne Nachteile für die deutsche Autoindustrie sei möglich. "Ich bin da ganz optimistisch. Aber wir fühlen uns nicht unter Zeitdruck." Die EU-Kommission plant Strafen für Hersteller, deren Fahrzeuge viel schädliches Kohlendioxid ausstoßen.

Frankreich und Großbritannien brachten beim EU-Gipfel eine verminderte Mehrwertsteuer für saubere Produkte ins Gespräch. Das könnte unter anderem bei Autos angewendet werden, sagte der französische Präsident Nicolas Sarkozy. Er habe mit dem britischen Premierminister Gordon Brown dafür geworben. Einige EU-Staaten hätten sich dagegen ausgesprochen. Die EU-Kommission sei beauftragt worden, Vorschläge zu machen. "Die Debatte ist eröffnet", sagte Sarkozy.

Die Gipfelteilnehmer erklärten in der letzten Version ihres Schlussdokuments, das ehrgeizige Energie- und Klimapakete der Kommission sei ein "guter" Ausgangspunkt und Grundlage für eine Einigung. In früheren Fassungen hatten sie die Vorlage der Kommission noch als "hervorragend" bezeichnet.

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,541578,00.html>

Merkel will schneller klare Klimaziele für Industrie

[*spiegel.de vom 13. März 2008*] Die Kanzlerin drängt beim EU-Gipfel in Brüssel: Beim Klimaschutz soll die heimische Industrie mit hohem Energieverbrauch schnell Planungssicherheit bekommen. Angela Merkel wolle dies schon für 2009 erreichen - und damit zwei Jahre früher als von der EU-Kommission. Das sagten EU-Diplomaten am Donnerstag vor dem EU-Gipfel in Brüssel. Bundeskanzlerin Angela Merkel werde sich dafür stark machen und könne auf Unterstützung mehrerer Partner zählen.

Die Kommission will erst 2011 klare Vorgaben beispielsweise für die energieintensive Chemie- und Stahlindustrie machen. Die Regierungen in Berlin und in anderen Hauptstädten pochen jedoch darauf, dass die Unternehmen bald nötige milliardenschwere Investitionen planen müssten. Das Energie- und Klimapakete der Kommission ist eines der zentralen Themen bei dem zweitägigen Gipfel.

Konkrete Vorgaben für die 27 Mitgliedsländer sollen noch nicht beschlossen werden. Allerdings ist geplant, sich auf eine Einigung über die Lastenverteilung noch in diesem Jahr zu verpflichten. Nach dem Willen der Kommission sollen alle Unternehmen mit hohem Energieverbrauch zur Kasse gebeten werden, wenn sie ihren Ausstoß von klimaschädlichem Treibhausgas nicht zügig und deutlich verringern. Die Behörde hatte im Januar entsprechende Vorschläge für den so genannten Emissionshandel gemacht.

Diese sehen vor, den Unternehmen nur eine begrenzte Menge "Verschmutzungsrechte" zuzugestehen, um sie zu einer "sauberen" und klimafreundlichen Produktion zu zwingen. Schaffen die Betriebe es nicht, die Vorgaben einzuhalten, müssen sie solche Rechte zukaufen. Geht es nach der Kommission, muss die Industrie von 2013 an zwei Drittel aller Zertifikate ersteigern, von 2020 an ist gar keine "kostenfreie" Luftverschmutzung mehr erlaubt.

Umweltschützer kritisierten vor dem Gipfel die Klimaschutz-Ziele der EU als zu lasch. "Die Treibhausgas-Emissionen (bis 2020) um 20 Prozent zu senken, reicht nicht aus, um der Klimakrise entgegenzutreten", sagte Stephan Singer vom Umweltverband WWF. Die Staats- und Regierungschefs müssten sich verpflichten, den Ausstoß der Treibhausgase viel stärker zu verringern. "Europa muss hier Führung zeigen." Die Regierungen

sollten ein Ziel von 30 Prozent weniger Ausstoß festschreiben.

Ähnlich äußerte sich die Umweltschutzorganisation Greenpeace. "Wir steuern auf eine Klimakrise zu, wenn die EU-Führer nicht ihre Ärmel hochkrepeln und die Herausforderung annehmen, Europas Emissionen bis 2020 um 30 Prozent zu reduzieren", warnte Greenpeace-Mitarbeiter Mahi Sideriou.

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,541272,00.html>

8. KLIMASCHUTZ

Erste Verhandlungsrunde nach Bali vereinbart Arbeitsprogramm für 2008: Klimaverhandlungen in Bangkok abgeschlossen

[*umweltruf.de vom 5.4.2008*] Mit einem konkreten Arbeitsprogramm sind die Klimaverhandlungen in Bangkok am 4.4.2008 abgeschlossen worden. Nach schwierigen Debatten, welchen Themen bei den Verhandlungen Priorität eingeräumt werden soll, bestand Einigkeit über das weitere Vorgehen für die kommenden Verhandlungen in diesem Jahr. Es bestand Einigkeit, dass Emissionshandel, Joint Implementation (JI) und der CDM (Clean Development Mechanism) auch in Zukunft eine entscheidende Bedeutung bei der Minderung des Treibhausgas-Ausstoßes spielen werden. Vom 31. März bis zum 4. April 2008 fand in der thailändischen Hauptstadt die erste Verhandlungsrunde der Bali-Roadmap statt.

Bundesumweltminister Gabriel: „Bangkok war die erste Station auf unserer Reise nach Kopenhagen. Viele Staaten haben interessante Vorschläge für die konkrete Ausgestaltung des künftigen Klimaschutzabkommens gemacht, zum Beispiel zur Finanzierung. Noch sind die Vorschläge nicht alle miteinander kompatibel und müssen weiter aneinander angenähert werden. Aber wir sind auf einem guten Weg.“

In drei weiteren Verhandlungsrunden im Jahr 2008 werden die einzelnen Vorschläge zur Treibhausgasminderung, zur Anpassung an den Klimawandel, zu Technologiekoooperation und zur Finanzierung des Klimaschutzes vertieft erörtert. Auf der Klimakonferenz in Posen (Pozna, Polen) im Dezember 2008 soll entschieden werden, wie die Elemente zusammengeführt werden sollen.

Die Verhandlungen sollen bis zur Klimakonferenz in Kopenhagen Ende 2009 abgeschlossen werden.

Gabriel: „Für Deutschland und für die EU ist es entscheidend, den globalen Temperaturanstieg auf maximal 2 Grad Celsius gegenüber vorindustrieller Zeit zu begrenzen. Nur so lassen sich die Folgen des heute bereits stattfindenden Klimawandels auf ein beherrschbares Maß beherrschen. Die EU ist bereit, ihre Emissionen im Rahmen eines künftigen Klimaschutzabkommens bis 2020 um 30 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Mit dem im vergangenen Dezember vom Kabinett vereinbarten Klima- und Energieprogramm ist Deutschland in der Lage, seine Emissionen bis 2020 um 36 Prozent zu reduzieren.“

Hintergrund: Auf der Klimakonferenz auf Bali im Dezember 2007 wurde die Bali Roadmap verabschiedet. In ihr vereinbarte die Staatengemeinschaft einen Fahrplan für umfassende Verhandlungen eines Klimaregimes für die Zeit nach 2012, dem Ende der ersten Verpflichtungsperiode des Kioto-Protokolls. Die Verhandlungen sollen auf der Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember abgeschlossen werden. Die Verhandlungen finden in zwei parallel arbeitenden so genannten Ad-hoc-Arbeitsgruppen statt. Die Arbeitsgruppe unter dem Kioto-Protokoll hat die Festlegungen der künftigen Verpflichtungen von Kioto-Industrielländern zum Gegenstand. In der Ad-hoc-Arbeitsgruppe unter der Konvention verhandeln die Staaten über die Emissionsminderungsbeiträge der Nicht-Kioto-Industriestaaten, insbesondere der USA sowie über die Beiträge der Entwicklungsländer zu dem künftigen Klimaschutzregime. Weitere Verhandlungsthemen sind die Anpassung an den Klimawandel, Technologien zur Minderung und zur Anpassung sowie die Investitionen und die Finanzierung, die für dieses Regime erforderlich sein werden.

<http://www.umweltruf.de/news/111/news0.php3?nummer=11664>

Sarkozy dringt auf Klimaschutz: Katastrophe muss vermieden werden

[*dpa vom 18.04.2008*] Der französische Präsident Nicolas Sarkozy hat am Freitag die großen Industriestaaten aufgerufen, beim Klimaschutz «alle noch so legitimen defensiven Positionen aufzugeben», um «eine Katastrophe» zu vermeiden.

Nicolas Sarkozy«Es muss jetzt gehandelt werden», sagte Sarkozy auf dem Klimaschutzforum der großen Wirtschaftsmächte (MEM) in Paris.

Die an der Konferenz teilnehmenden 16 Staaten sind für 80 Prozent des weltweiten Ausstoßes von Treibhausgasen verantwortlich. US-Präsident George W. Bush hatte am Mittwoch die Interessen der US-Wirtschaft gegenüber schnell wachsenden Wirtschaften wie China betont und erklärt, der CO₂-Ausstoß in den USA werde bis 2025 weiter steigen.

«Wir haben nur Erfolg, wenn wir uns gemeinsam für Zusammenarbeit und die Suche nach gerechten Lösungen engagieren», sagte Sarkozy. Das gelte auch für die «schwere Ernährungskrise». Sie habe bereits 37 Staaten erfasst und verlange «Sofortmaßnahmen» und eine «ehrgeizige Strategie der Hilfe für die Landwirtschaft». Sarkozy schlug eine «weltweite Partnerschaft für Ernährung und Landwirtschaft» vor und versprach, die französische Lebensmittelhilfe 2008 auf 60 Millionen Euro verdoppeln.

Die Hilfen sollten zudem besser zwischen Staaten, privaten und supranationalen Institutionen abgestimmt werden. An dem Klimaschutzforum nehmen die G8-Staaten, die fünf größten Schwellenländer sowie Südkorea, Australien und Indonesien teil. Die Pariser Konferenz ist das dritte Treffen des von Washington initiierten Forums.

Es soll ein Nachfolgeabkommen für das 2012 auslaufende Kioto-Protokoll vorbereiten, das von Bush als «mangelhaft» abgelehnt wird. Dabei wird erwogen, Grenzen für den Ausstoß von Treibhausgasen für einzelne Branchen statt für Staaten zu definieren. Paris nennt den «Branchenansatz nützlich, um die Anstrengungen der Staaten zu ergänzen». Sarkozy drang darauf, vor Ende 2009 zu einer Kioto-Nachfolgevereinbarung zu kommen.

http://emission-business.com/article185_8501.html

Schweiz: Treibhausgasemissionen in 2006 etwas tiefer als 2005

[Bundesamt für Umwelt -Schweiz- vom 15.04.2008] Die schweizerischen Treibhausgasemissionen sind 2006 gegenüber dem Jahr 2005 um 0.6 Mio. Tonnen auf insgesamt 53.2 Mio. Tonnen zurückgegangen. Sie liegen aber noch immer um 0.4 Mio. Tonnen höher als 1990. Dies geht aus dem aktuellen Treibhausgasinventar der Schweiz hervor, das am 15. April 2008 an die UNO übermittelt wurde.

Wie der Vergleich der Treibhausgasemissionen zwischen den Jahren 2006 und 2005 zeigt, sind

vor allem die Emissionen aus Brennstoffen zurückgegangen. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen auf die vergleichsweise milden Temperaturen der Wintermonate im Jahr 2006 zurückzuführen. Dagegen haben die Treibstoffemissionen im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr leicht zugenommen, wozu insbesondere der Güterverkehr auf der Strasse beigetragen hat. Ebenfalls zugenommen haben die Emissionen aus der Abfallverbrennung, dies aufgrund gesteigerter Abfallimporte und der guten Konjunkturlage in der Schweiz, die auch im Inland zu mehr Abfall geführt hat.

Treibhausgasinventar als Gradmesser für Kioto-Protokoll

Das Treibhausgasinventar ist das wichtigste Element, um zu überprüfen, ob die Schweiz ihre Vorgaben zur Reduktion der Treibhausgasemissionen gemäß Kioto-Protokoll erreichen kann. Zwischen 2008 und 2012 gilt es, den Ausstoß der wichtigsten Treibhausgase gegenüber 1990 um 8% zu senken. Neben der Emissionsentwicklung sind für die Zielerreichung der Zukauf von ausländischen Emissionszertifikaten und die Senkenleistung des Schweizer Waldes zu berücksichtigen. Auf Grund der getroffenen Reduktionsmaßnahmen wird für die Periode bis 2012 eine leichte Abnahme der effektiven Treibhausgasemissionen erwartet. Unter Einbezug der Waldsenkenleistung und der zugekauften Emissionszertifikate wird die Schweiz das Kioto-Ziel erreichen können. (siehe auch Medienmitteilung vom 8.11.2006: «Die Schweiz ist für die erste "Kioto"-Phase bereit»).

Die Treibhausgasemissionen steigen weiter

Nicht direkt relevant sind die vorliegenden Zahlen für die Einhaltung des CO₂-Gesetzes, welches in der Periode 2008 - 2012 eine Reduktion der CO₂-Emissionen aus der Nutzung fossiler Energien um 10% im Vergleich mit 1990 verlangt.

Die diesbezügliche CO₂-Statistik für das Jahr 2007 wird bis Ende Juni vorliegen. Auf Basis dieser Statistik wird gemäß den Vorgaben der CO₂-Verordnung entschieden, ob weitere Maßnahmen zur zusätzlichen Reduktion der CO₂-Emissionen wie beispielsweise eine Erhöhung der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen notwendig sind.

Die Zunahme der in der Schweiz verbrannten Abfallmenge hat auch eine Zunahme der dabei entstehenden Treibhausgasemissionen zur Folge. Ein nicht unbedeutender Teil dieses Abfalls wird aus dem grenznahen Ausland importiert. Diese grenzüberschreitende Abfallentsorgung wirft Fragen nach der Anrechnung der dabei entstehenden Emis-

sionen auf. Das Kioto-Protokoll kennt hier klare Regelungen der Abgrenzung zwischen einzelnen staatlichen Systemen: Die bei der Abfallverbrennung entstehenden Treibhausgasemissionen müssen im Inventar desjenigen Landes ausgewiesen werden, in dem der Abfall verbrannt wird.

Werden aus dem Ausland importierte Abfälle verbrannt, schlagen also in der Emissionsbilanz unseres Landes Treibhausgase zu Buche, die eigentlich durch Konsum im Ausland angefallen sind. Das Herkunftsland des Abfalls hingegen weist in seiner Bilanz entsprechend weniger Treibhausgasemissionen auf, als es eigentlich verursacht hat. Durch die Abfallverbrennung wird in der Schweiz Energie erzeugt, wodurch andere fossile Energiequellen substituiert werden können. Werden mehr ausländische Abfälle importiert und verbrannt, sinkt dadurch der inländische Bedarf an fossilen Energien, womit die Schweiz wiederum eigene Emissionen vermeiden kann.

Während der Schweiz hinsichtlich ihrer Treibhausgas-Bilanz durch die Anrechnung der Emissionen aus ausländischem Abfall oder durch den Tanktourismus (in der Schweiz getankter Treibstoff wird im Ausland verbraucht) leichte Nachteile erwachsen, birgt die Kioto-Systemgrenze auch gewichtige Vorteile für unser Land, die in der Summe klar überwiegen: Die Schweiz profitiert, da sie viele Produkte importiert, deren Emissionen im Herstellungsland verbucht werden müssen. Die grauen Emissionen der Schweiz sind entsprechend hoch. Diese müssen gemäß Kioto-Protokoll jedoch nicht im schweizerischen Inventar ausgewiesen werden.

http://emission-business.com/article248_8466.html

RWE plant CO₂-Pipeline durch Deutschland

[Rolf-Herbert Peters, stern.de vom 08.05.2008]
Der Essener Energiekonzern RWE will eine mehrere Hundert Kilometer lange und 50 Zentimeter dicke Pipeline durch Deutschland verlegen. Über sie soll das Klimagift Kohlendioxid (CO₂) aus dem rheinischen Braunkohlegebiet bei Köln nach Schleswig-Holstein gelangen und dort dauerhaft und sicher in der Erde gespeichert werden. Das Gas, das bei der Kohleverstromung freigesetzt wird, wird nach RWE-Angaben aus einem neuen Kohlekraftwerk stammen, das 2014 im Rheinland ans Netz gehen soll.

Die Versuchsanlage werde 450 bis 500 Megawatt Strom erzeugen, sagte Johannes Lambertz, Chef der Kraftwerkstochter RWE Power, stern.de. Später, so heißt es in RWE-Kreisen, soll es auf etwa 1000 Megawatt ausgebaut werden - etwa soviel wie ein Atomkraftwerk liefert. Lambertz rechnet mit einer Baugenehmigung für die Pipeline innerhalb der kommenden zwölf bis 24 Monate. Die Bauzeit betrage rund ein halbes Jahr.

Der RWE-Manager muss Tempo machen. Die Kraftwerke des Konzerns zählen zu den weltgrößten Klimakillern. Bei keinem anderen Energieträger wird mehr CO₂ freigesetzt als bei der Braunkohle. Mit dem CCS (Carbon Capture and Storage) genannten Verfahren soll dieses Übel beseitigt werden. Zunächst wird das Klimagas chemisch abgeschieden, dann verflüssigt und schließlich zu geeigneten Endlagerstätten, etwa geleerten Erdöl- oder Erdgasfeldern transportiert und verpresst.

CO₂-Lager vielleicht auf Sylt

In Deutschland findet man solche potentiellen Lager vor allem im Norden und im Alpenvorland. Zusammengenommen könnten sie nach jüngsten Schätzungen das CO₂ von 60 bis 100 Jahren heimischer Kohleverstromung aufnehmen. Bislang ist die Technik aber noch nicht ausreichend erprobt. Kaum ein Experte rechnet mit einem industriellen Einsatz vor dem Jahr 2020. RWE zeigt sich jedoch davon überzeugt, bereits 2014 das "erste CO₂-freie Kohlekraftwerk" ans Netz bringen zu können. "Wir bleiben bei dem ambitionierten Termin", sagt Manager Lambertz.

Wo genau das CO₂ gespeichert werden soll, steht noch nicht fest. Optionen gibt es in Nordfriesland einschließlich der Inseln wie Sylt, an der Nordseeküste sowie im südlichen Kreis Ostholstein bis Lübeck. Im Herbst will RWE mit endgültigen seismographischen Untersuchungen beginnen. Ob der Zeitplan eingehalten werden kann, ist fraglich. Schon jetzt regt sich in den vom Fremdenverkehr lebenden Regionen massiver Protest. Auch bei der Pipeline muss RWE mit heftigem Widerstand rechnen. Bei einer Leckage, unken Kritiker, drohten den Anwohnern ernsthafte Gefahren bis hin zum Erstickungstod.

<http://www.stern.de/wirtschaft/unternehmen/unternehmen/Klimaschutz-RWE-CO2-Pipeline-Deutschland/619779.html>

EU-Gipfel : Pläne voller Energie

[Dagmar Dehmer und Alexander Glodzinski, tagesspiegel.de vom 13.03.2008] Sollte den Staats-

und Regierungschefs der Europäischen Union der Ernst der Lage entfallen sein, werden sie vom EU-Außenbeauftragten Javier Solana daran erinnert. Mit einer Studie (siehe Kasten) weist Solana auf die Risiken für Europas Sicherheit durch den Klimawandel hin. So eingestimmt, hofft der slowenische EU- Ratspräsident Janez Jansa seine Kollegen beim Frühjahrsgipfel des Rates auf ein noch anspruchsvolleres Klimapaket verpflichten zu können, als es die EU-Kommission vorgeschlagen hat.

Jansa will, dass die EU sich von vorneherein darauf einstellt, ihren Ausstoß an Treibhausgasen bis 2020 um 30 Prozent im Vergleich zu 1990 zu vermindern; die Kommission hatte ein Konzept vorgelegt, mit dem ein Minus von 20 Prozent zu erreicht werden soll. Das ist ganz im Sinne von Achim Steiner, dem Chef des UN-Umweltprogramms (UNEP). Für die UN-Klimaverhandlungen, die Ende 2009 in Kopenhagen zu einem Nachfolgeabkommen für das Kioto-Protokoll führen sollen, wäre das ein starkes Signal. Steiner sieht die Gefahr, dass die Klimadebatte abflaut. „Ohne den öffentlichen Druck auf die Regierungen besteht die Gefahr, das Momentum zu verlieren“, sagte er dem Tagesspiegel.

Ganz konfliktfrei dürfte die Debatte nicht ablaufen. Schließlich hat eine Vielzahl der 27 Mitgliedsstaaten Bedenken vorgebracht. Deutschland müsste nach dem Plan der EU-Kommission seine Treibhausgasemissionen um 14 Prozent im Vergleich zu 2005 senken. Im Vergleich zum bisherigen Basisjahr 1990 wären das dann rund 30 Prozent. Sollte es Slowenien gelingen, den Rat auf das anspruchsvollere 30-Prozent-Ziel einzuschwören, käme auf Deutschland bis 2020 eine Mindereuerung um 42 Prozent zu. Mit ihrem Klimapaket steuert die Bundesregierung ein Minus von 40 Prozent an.

Erreicht werden sollen diese Ziele über eine um 20 Prozent verbesserte Energieeffizienz und eine Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 Prozent bis 2020. Deutschland muss seinen Anteil erneuerbarer Energien auf 18 Prozent etwa verdoppeln.

Die EU-Kommission will einen Großteil des Kohlendioxids (CO₂) über den Emissionshandel einsparen. Von 2013 an will Brüssel allen großen Konzernen in der EU ein gemeinsames Emissionsbudget erteilen. Jede Anlage muss Emissionsrechte ersteigern, um weiterproduzieren zu dürfen. Kommt eine Firma mit ihrem Budget nicht aus,

muss sie Emissionsrechte zukaufen. Kanzlerin Angela Merkel fordert dabei Ausnahmen für energieintensive Branchen wie die Stahl-, Zement- oder Chemieindustrie. Doch darauf will sich EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso frühestens 2011 einlassen, sagte er dem „Handelsblatt“. Er beteuerte aber, die EU-Kommission werde nicht so „verrückt“ sein, Industrien und Arbeitsplätze zu gefährden.

Der Emissionshandel dürfte der Hebel für das 30-Prozent-Ziel sein. Die Kommission schlägt vor, den Firmen dann zu erlauben, einen größeren Anteil ihrer CO₂-Einsparungen über Investitionen in den Saubere-Entwicklungs-Mechanismus zu erbringen. Dabei kauft eine Firma CO₂Rechte durch Investitionen in Energieeffizienz oder erneuerbare Energien in Entwicklungsländern. Das kann die Modernisierung eines Kohlekraftwerks in China oder die Nutzung von Deponiegas einer Müllkippe in Brasilien sein.

<http://www.tagesspiegel.de/zeitung/Fragen-des-Tages:art693,2493479>

Europa auf dem Weg zur Klimaweltmacht

[Hans-Jochen Luhmann, *Neue Zürcher Zeitung* vom 8.4.2008] Die EU hat aus dem Scheitern ihres klima- und industriepolitischen Ansatzes im Verhältnis zu den USA nach 1991/92 und nach 1995/96 gelernt. Ihrer Klimapolitik der zweiten Runde – mit dem Paket vom 23. Januar 2008 im Detail vorgelegt – sind beide Weltmacht-Attribute eigen. Das nehmen die Hegemonial-Konkurrenten USA und China seit rund zwei Jahren wahr: Europa meint die Konkurrenz um Hegemonie ernst. [...]

Lesen Sie mehr:

http://www.nzz.ch/nachrichten/schweiz/europa_auf_dem_weg_zur_klima-weltmacht_1.703838.html

Obama: Nachhaltigkeit und erneuerbare Energie

[glocalist.com vom 6.6.08] Einer der angrifffigsten Chefkomentatoren der USA, Keith Olbermann, konnte sichtlich bewegt nur noch fragen bei der Verkündung des Wahlergebnisses für Obama: "War das die Mondlandung?" Ja, darin sind sich die wesentlichen Kommentatoren der USA einig, es war die Mondlandung: Der erste Afroamerikaner, der realistisch Chance hat in das Weiße Haus zu ziehen. Es sei ein Signal, das weit über die

USA hinausweist und der Welt das Thema Wandel vorgibt, denn Wandel und Aufbruch der verkrusteten Strukturen in Wirtschaft, Politik und NGOs hin zu Nachhaltigkeit, Freiheit und Gleichheit sind dringend notwendig. [...]

Alleine schon in seiner Siegesansprache sieht er in der Schaffung und Förderung der erneuerbaren Energie als den Jobmotor der Zukunft an und fordert von den Unternehmen eine saubere Umwelt ein wie Ausstieg aus der ölgetriebenen Wirtschaft. Schließlich fordert er, dass Unternehmen ihre Gewinne in eine "clean energy future" investieren sollen. Weiters will Obama von staatlicher Seite her 150 Milliarden Dollar in die erneuerbare Energie investieren und bis 2035 soll 35% des Energiebedarfs aus erneuerbaren Energieträger gewonnen werden. Weiters will er durchsetzen, dass der CO₂ Ausstoß um 80% bis 2050 reduziert wird und dies meint etwas, da die USA einer der größten CO₂-Emittenten der Welt darstellt. Und schließlich soll ein Programm aufgelegt werden, um die Energieeffizienz um 50% zu steigern. Und in Richtung Industrie sollen "mandatory caps on greenhouse emissions for power plants, industry and oil refineries" eingeführt werden. Weiters will Obama das Kioto-Protokoll unterfertigen wie aus seinem politischen Beraterumfeld immer wieder lesen kann.

In der Frage Nachhaltigkeit steht für Obama im Mittelpunkt die Schaffung von Chancen für die Jugend und verknüpft es mit der Frage nach Eigenverantwortung aber auch soziale Verantwortung, wo er sein großes Thema Hoffnung und Wandel ausspielt. Und - für den europäischen Nachhaltigkeitsdiskurs eine eher ungewöhnliche Verknüpfung - gilt es die Korruption innerhalb der US-amerikanischen Entwicklungspolitik zu bekämpfen, da sie eine Bedrohung der Nachhaltigkeit darstelle (Rede: American Moment). Sinngemäß fasst Obama Nachhaltigkeit als Zukunftskonzept, wonach man nicht nur die Chancen für künftige Generationen bewahren, was dem europäischen Diskurs entspricht, sondern man eine bessere und gerechtere Welt für nachfolgende Generationen übergeben sollte: Das ist ein neuer Drehmoment in der Nachhaltigkeitskonzeption, worin sich der zukunftsorientierte Ansatz Obamas nach Wandel am deutlichsten dokumentiert: Nicht nur bewahren, besser machen als Eigenverantwortung.[...]

Den gesamten Artikel finden Sie hier:

http://www.glocalist.com/index.php?id=20&tx_ttnews%5Btt_news%5D=3514&tx_ttnews%5Bcat%5D=4&cHash=d806ceaa4c

9. VERKEHR

Warum Benzin viel zu billig ist

[Thomas Hillenbrand, *spiegel.de* vom 16. Mai 2008] Fünf Mark pro Liter: Vor zehn Jahren scheiterten die Grünen mit der Forderung, die Benzinkosten massiv zu erhöhen. Was 1998 wie Wahnsinn klang, könnte mittelfristig Realität werden. Um Autoindustrie und Konsumenten aufzurütteln, wäre aber ein noch höherer Preis notwendig.

Die Boulevardpresse tobte, "Automann" Gerhard Schröder war schwer vergrätzt: Als die Grünen 1998 auf ihrem Parteitag eine Erhöhung des Benzinpreises auf 5 Mark beschlossen, kostete sie das beinahe die Bundestagswahl.

Der Vorschlag, den Spritpreis durch Steuererhöhungen mehr als zu verdreifachen, landete flugs im Papierkorb. Doch auch ohne Zutun der Politik hat sich der Benzinpreis seitdem verdoppelt. Wenn der Ölpreis weiter ansteigt und der Dollar erstarbt, sind die seinerzeit von der Ökopartei anvisierten 2,56 Euro (fünf Mark) eine durchaus realistische Perspektive.

"Die Einschätzung von 1998, wie hoch der Benzinpreis unter Berücksichtigung aller Klima- und Umweltkosten hätte sein müssen, war damals bestimmt nicht übertrieben", sagt Winfried Hermann, der verkehrspolitische Sprecher der Grünen. Im Rückblick zeigt sich aber, dass die Verdopplung des Spritpreises in den vergangenen zehn Jahren keineswegs ausgereicht hat, das Verhalten deutscher Konsumenten und Autohersteller nennenswert zu beeinflussen.

Im Gegenteil: Erstere orientieren sich mehrheitlich weiterhin an Zylinderzahl und Fahrzeuggröße. Sportwagen und Geländemonster sind die einzigen Pkw-Kategorien, die sich in Deutschland richtig gut verkaufen. Auch bei den Herstellern Mercedes oder Audi ist das Interesse an alternativen Antrieben ohne Spritbedarf ziemlich gering. Dabei müsste sich zügig etwas ändern, wenn dem Klimawandel Einhalt geboten werden soll. [...]

Den gesamten Artikel finden Sie unter:

http://www.spiegel.de/auto/aktuell/0,1518,553489_00.html

EU-Rat und Parlament im Streit über Emissionsrechte für Flugverkehr

[*emission-business.com vom 24.04.2008*] Der Flugverkehr muss seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten - so lautet derzeit der kleinste gemeinsame Nenner zwischen EU-Kommission, Parlamentariern und dem EU-Ministerrat.

In seiner ersten Stellungnahme zum Kommissions-Vorschlag einer Einbeziehung der Flugunternehmen in den Emissionshandel forderte das EU-Parlament eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um 10 Prozent gemessen am Niveau von 2004 - 2006 und trat für eine Versteigerung aller Rechte ab 2011 ein.

Der Rat hingegen fürchtet dadurch Wettbewerbsnachteile für die europäische Flugindustrie und will die „Verschmutzungsrechte“ auf Basis der Zahlen von 2004 - 2006 gratis verteilen. Erst nach 2012 sollte dann der Emissionshandel ins Rollen kommen, eine Reduzierung der CO₂-Emissionsmengen soll erst ab 2015 angestrebt werden.

Bei jährlichen Zuwächsen des Flugverkehrs um mindestens 7 Prozent eilt die Zeit, meinen die Parlamentarier, und pochen auf ehrgeizigere Klimaschutz-Maßnahmen, zu denen alle in der EU landenden und startenden Fluglinien beitragen müssen. An einen Kompromiss ist derzeit nicht zu denken. Je länger der EU-Vorschlag jedoch „auf Eis“ liegt, umso später wird der Flugverkehr im Vergleich seinen Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen leisten.

http://emission-business.com/article185_8557.html

Güterbahnen gewinnen trotz Streik er-neut Marktanteile

[*Pressemitteilung Nr. 10/2008 der Allianz pro Schiene e.V.*] Erfreut hat die Allianz pro Schiene auf die heute vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen zum Güterverkehr reagiert. „Trotz der durch den Lokführerstreik verursachten Bremspuren haben die Güterbahnen in 2007 das vierte Jahr in Folge Marktanteile gewonnen“, sagte Allianz pro Schiene-Geschäftsführer Dirk Flege am Mittwoch in Berlin. „Während der Lkw seit 2003 leichte Marktanteilsverluste hinnehmen musste, hat der Schienengüterverkehr im selben

Zeitraum fast zwei Prozent Marktanteil hinzugewonnen“, so Flege.

Als Ursachen für die Renaissance des Schienengüterverkehrs nannte der Allianz pro Schiene-Geschäftsführer die gestiegene Wettbewerbsfähigkeit des Verkehrsträgers Schiene sowie zunehmende Engpässe im Straßengüterverkehr. Flege: „Häufig ist der Bahntransport günstiger als der Lkw, andere Unternehmen haben die Nase voll von Staus und unpünktlichen Lkw, wiederum andere entscheiden sich auch aus Umweltgründen für die Schiene“.

Nach Einschätzung der Allianz pro Schiene wird die Wettbewerbsfähigkeit der Güterbahnen weiter zunehmen. „Mit jeder Dieselpreiserhöhung wird der im Vergleich zum Lkw dreimal energieeffizientere Schienengüterverkehr an Bedeutung gewinnen. Dies ist klimapolitisch auch allerhöchste Eisenbahn. Schließlich stoßen Güterbahnen pro transportierter Tonne und Kilometer nur ein Viertel soviel Kohlendioxid aus wie der Lkw“, so Flege.

Die Marktanteile (Berechnungsgrundlage: Tonnenkilometer) im Güterverkehr verteilten sich Ende 2007 wie folgt auf die einzelnen Landverkehrsträger: Lkw 70,43 Prozent, Güterbahn 17,32 Prozent, Binnenschiff 9,8 Prozent, Rohrfernleitungen 2,4 Prozent. Eine Grafik mit der Entwicklung der Güterbahn-Marktanteile seit 2003 finden Sie unter www.allianz-pro-schiene.de

<http://www.allianz-pro-schiene.de/deutsch/Allianz-pro-Schiene-zu-neuen-Zahlen-des-Statistischen-Bundesamtes.html>

EU-Kommissar: Flüge durch Emissionshandel bis zu neun Euro teurer

[*web.de vom 04.04.2008*] Es sei "nur noch eine Frage des Datums", wann die Fluggesellschaften in den Emissionshandel einbezogen würden, sagte EU-Umweltkommissar Stavros Dimas den in Düsseldorf erscheinenden vdi-Nachrichten von Freitag. Dann seien höhere Ticketpreise zwischen 1,80 und neun Euro für Hin- und Rückflüge innerhalb Europas wahrscheinlich.

Die Umsätze und Gewinne der Fluggesellschaften würden durch den Emissionszuschlag jedoch nur minimal geschmälert, betonte der Umweltkommissar.

Der Emissionshandel der EU soll dazu beitragen, den Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen wie Kohlendioxid zu reduzieren. Bisher sind

darin nur die großen Industrie- und Energieunternehmen in den Mitgliedsstaaten einbezogen. Bis 2012 sollen jedoch weitere Wirtschaftsbereiche dazukommen, um die Ziele des so genannten Kyoto-Protokolls umzusetzen.

<http://magazine.web.de/de/themen/reise/aktuell/verkehr/5671818.html>

10. ENERGIE- UND UMWELTPOLITIK

Merkel vereinbart mehr Energie-Zusammenarbeit mit Norwegen

[*co2handel.de vom 13.04.2008*] Bundeskanzlerin Angela Merkel hat mit dem norwegischen Regierungschef Jens Stoltenberg eine intensivere Zusammenarbeit in der Energie- und Klimapolitik vereinbart.

Besonders die von den Skandinaviern betriebenen Projekte zur unterirdischen Lagerung von CO₂-Emissionen könnten für Deutschland hilfreich sein, sagte Merkel nach einer Begegnung mit Norwegens sozialdemokratischem Ministerpräsidenten Jens Stoltenberg am Samstag in Oslo. Unter anderem soll im Sommer auf Expertenebene geprüft werden, ob und wie die neuen norwegischen Technologien auch unter dem deutschen Teil der Nordsee eingesetzt werden könnten.

Beide Regierungen wollen sich gemeinsam für eine Nachfolgeregelung zum Kyoto-Protokoll einsetzen. Merkel erneuerte in Oslo ihren Widerstand gegen einen Olympia-Boycott in Peking. «Dass das nichts bringt, haben wir schon 1980 in Moskau gesehen», sagte sie. Die Kanzlerin besuchte bei ihrer eintägigen Visite in Oslo auch das Munch-Museum und nahm als Ehrengast an der Eröffnung der neuen Osloer Nationaloper teil.

http://www.co2-handel.de/article184_8443.html

"Wir bekommen ein soziales Problem"

[*Interview: Nick Reimer, taz.de vom 23.05.2008*] Die grüne Bundestagsabgeordnete Bärbel Höhn fordert einen internationalen Gipfel gegen den Ölpreis

taz: Vor zehn Jahren haben die Grünen einen Benzinpreis von 5 Mark gefordert. Jetzt fordern sie einen internationalen Krisengipfel gegen den hohen Ölpreis. Wieso?

Bärbel Höhn: Wir erlebten in den letzten vier Mo-

naten einen Ölpreisanstieg von über 35 Prozent. Auch in der nächsten Zeit wird der Preis stark steigen. Das bedeutet: Wir bekommen zunehmend ein soziales Problem. Deshalb der Gipfel: Erstens müssen wir koordiniert auf einen Weg einschwenken, der uns weg vom Öl bringt. Zweitens müssen wir an den ungerechtfertigten Anteil des Ölpreises ran - den der Spekulanten.

Die Ökosteuer abschaffen, fordert die FDP - also jenen "ungerechtfertigten Anteil" am Benzinpreis, den die Grünen einführten. Das wiederum wollen Sie aber nicht?

Die FDP hat einen viel größeren Steueranteil am Benzinpreis zu verantworten als wir. Vor allem: Unser Steueranteil ist klug durchdacht. Während nämlich der FDP-Steueranteil im stets verschuldeten Staatshaushalt verschwunden ist, macht die Ökosteuer Arbeit billiger. Und sie hat eine hohe Lenkungswirkung: Das Umweltbundesamt hat ermittelt, dass der Benzinverbrauch in Folge der Ökosteuer um mehr als 5 Prozent zurückgegangen ist - das ist praktizierter Klimaschutz.

In der Tat lobt das Umweltbundesamt: Die Ökosteuer habe zwischen 1999 und 2005 insgesamt 250.000 neue Jobs bewirkt. Werden die Grünen, sollten sie zu den Gewinnern der nächsten Bundestagswahl zählen, eine neue Ökosteuer-Stufe durchsetzen?

Ich gehe nicht davon aus, dass wir eine weitere Runde einläuten würden.

Weil heute falsch ist, was damals richtig war?

Nein, Energie teurer und Arbeit billiger zu machen war in der Tat gute Politik. Aber heute ist Energie schon teurer. Und die Experten sagen: Peak Oil ist überschritten - ab jetzt gibt es mehr Nachfrage nach Rohöl als Angebot. Das bedeutet: Die Energiepreise steigen von ganz allein. Deshalb auch die Forderung nach dem Krisengipfel im Rahmen der G-8-Staaten. 5 Mark je Liter Benzin - hätten die Leute vor zehn Jahren schon auf die Grünen gehört, gäbe es heute schon effizientere Autos und weniger Ölheizungen.

<http://www.taz.de/nc/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-arti-?ressort=sw&dig=2008%2F05%2F23%2Fa0041&src=GI&cHash=9838b751b3>

Streichung der Eigenheimzulage wirkt - weniger Neubauten

[*fliegen-sparen.de vom 11.03.2008*] Flaute beim Wohnungsbau: Wegen der Abschaffung der Ei-

genheimzulage haben im vergangenen Jahr deutlich weniger Deutsche den Bau eines Hauses in Angriff genommen - die Zahl der Genehmigungen sank um mehr als ein Viertel. Vor allem Ein- und Zweifamilienhäuser werden seltener errichtet.

Die Zahl der Baugenehmigungen sank 2007 im Vergleich zum Vorjahr um 26,3 Prozent, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden heute mitteilte. Demnach genehmigten die Behörden den Bau von 182.300 Wohnungen, das waren 65.200 weniger als im Vorjahr. Am stärksten ging die Zahl der Genehmigungen für Ein- und Zweifamilienhäuser zurück, sie sank um mehr als ein Drittel. Der Rückgang bei den Mehrfamilienhäusern fiel mit rund zwölf Prozent weniger drastisch aus. Grund für den starken Rückgang sei insbesondere die Abschaffung der Eigenheimzulage, erklärte das Statistische Bundesamt. Die Zulage bekamen Bauherren, die ihren Bauantrag vor dem 1. Januar 2006 eingereicht hatten. Da für die Gewährung der Zulage das Antragsdatum entscheidend ist und bis zum Bau selbst nochmals Zeit vergeht, wirkt sich das Ende der Subvention erst mit Verzögerung auf die Auftragslage aus. Anfang 2006 hatte es noch einen Bauboom gegeben.

Die Regierung will die Abschaffung der Eigenheimzulage mit einer anderen Form der Förderung von Wohneigentum abmildern: Union und SPD einigten sich Ende Februar auf das so genannte Wohn-Riester. Künftig sollen Riester-Sparer ihr eingezahltes Geld auch für den Kauf eines Hauses oder einer Wohnung oder zur Abzahlung eines Darlehens für den Bau oder Kauf einer Immobilie nutzen können.

http://www.fliegen-spa-ren.de/cms/news/meldungen/2008_03_11_75722933_meldung.php

Schweden: Vattenfall soll weniger qualmen

[Reinhard Wolff, taz.de vom 21.04.2008] Vattenfall ist nicht nur das größte Unternehmen im Eigentum des schwedischen Staates, sondern auch das profitabelste. Und das fragwürdigste. Schweden will eine klimapolitische Führungsrolle spielen. Zugleich aber betreibt Vattenfall mit seiner Braunkohleverstromung einige der größten Kohlendioxid-Schleudern Europas. Und der Konzern besteht auf dem Bau des Hamburger Steinkohlekraftwerks Moorburg, mit dem seine CO₂-Bilanz um jährlich weitere 8,5 Millionen Tonnen wachsen würde.

Wie passt das zusammen?, fragen jetzt Schwedens Grüne. In einer parlamentarischen Anfrage will ihr energiepolitischer Sprecher Per Bolund von der Regierung wissen, wie Vattenfall durch sein Agieren auf dem europäischen Energiemarkt "Schwedens Ruf in der Energiefrage zerstört". 2006 habe Vattenfall durch seine Stromproduktion in Polen und Deutschland 90 Millionen Tonnen Kohlendioxid freigesetzt. Im gleichen Jahr beliefen sich die gesamten CO₂-Emissionen Schwedens auf "nur" 65 Millionen Tonnen. Ein schwedisches Staatsunternehmen ist damit für 40 Prozent mehr an Klimagasen verantwortlich als das ganze Land.

Die Entwicklung, so Bolund, gehe auch noch in die falsche Richtung: In nur einem Jahr sei nämlich der Anteil der fossilen Energieträger an Vattenfalls gesamter Stromproduktion um 11 Prozent gestiegen. Und trotz der Klimadebatte investiere Vattenfall in erweiterten Braunkohleabbau und neue Fossilkraftwerke. Mit dem schwedischen Staat am Steuer.

Die damalige sozialdemokratische Regierung hatte dem Staatskonzern vor drei Jahren eine neue Unternehmensdirektive verpasst, nach der Vattenfall das "leitende Unternehmen bei der Umstellung auf eine ökologisch und ökonomisch tragfähige Energieversorgung" werden sollte. Dem Konzern war aufgegeben worden, "an vorderster Front zu liegen, was verminderte Umweltbelastungen, effektive Prozesse und erneuerbare Energie angeht". Jedenfalls bei seinen Auslandsaktivitäten lässt sich der Konzern von dieser Direktive wenig stören. Die hat nämlich ein Hintertürchen: "Im Rahmen von Rentabilitätsgesichtspunkten" müsse sich das Ganze bewegen. Und aller Klimaschutz-beteuerungen zum Trotz scheint Stockholm offenbar in erster Linie daran interessiert zu sein, dass der Staatskonzern mit seinen Gewinnen Cash in die Staatskasse bringt. Umgerechnet rund 2,5 Milliarden Euro waren es im vergangenen Jahr.

Solange die Regierung nicht bereit sei, auch die außerschwedischen Aktivitäten von Vattenfall unter ökologischen Gesichtspunkten zu steuern, kann sie ihre Appelle nach internationalen klimapolitischen Kraftanstrengungen vergessen, meinen die Grünen, deren jetziger parlamentarischer Vorstoß zeitgerecht zur Vattenfall-Jahreshauptversammlung am 29. April kommt. Da könne der Staat als alleiniger Aktionär nämlich gleich seiner Verantwortung als Eigentümer gerecht werden.

Die Forderungen: Die Regierung solle von Vatzenfall einen Plan zur vollständigen Abwicklung aller Fossilstromaktivitäten verlangen. Und dem Konzern deutliche Ziele für eine jährliche Reduktion der CO₂-Emissionen seiner Kraftwerke in Deutschland und Polen auferlegen.

<http://www.taz.de/1/zukunft/umwelt/artikel/1/vattenfall-soll-weniger-qualmen/?src=TE&cHash=c6341a3071>

CO₂-Kreditkarte für Verbraucher statt Ordnungsrecht

[Susanne Bergius, *sonnenseite.com* vom 26.5.2008] „CO₂ Card 2008“ ist eine Art Kreditkarte, über die jeder Verbraucher jährlich eine bestimmte Menge an Emissionsrechten erhält, mit der er wirtschaften muss.

Noch ist das nicht Realität, aber das von der unabhängigen Aachener Stiftung Kathy Beys vorgestellte Konzept ist diskussionswürdig und sollte von Wissenschaftlern und Politik zügig und ernsthaft geprüft werden.

Jeder Mensch, egal wo er lebt, soll langfristig das gleiche Recht auf Kohlendioxidemissionen haben – auf höchstens zwei Tonnen, weil nur so ein gefährlicher Klimawandel vermeidbar ist. Diese Vision hat Bundeskanzlerin Angela Merkel. Hierzulande müssten die Emissionen pro Person von zehn Tonnen um 80 Prozent sinken. Weder dies noch das von der Bundesregierung angepeilte Ziel einer Reduktion der CO₂-Emissionen um 40 Prozent bis 2020 sei mit den derzeit beschlossenen Maßnahmen erreichbar, kritisieren Fachleute.

Verbraucher und Kleingewerbe müssen viel mehr als bisher zur Emissionsminderung beitragen, sind sie doch für rund 55 Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich. Darüber herrscht weitgehend Einigkeit, aber über die Wege wird gestritten. Flickschusterei nennt die Aachener Stiftung das bisherige politische Vorgehen. Nötig seien Instrumente, die eine Emissionssenkung ins finanzielle Interesse von Verbrauchern und all jenen rücken, die nicht am obligatorischen Emissionshandel teilnehmen. Ein solches marktwirtschaftliches Konzept hat die Stiftung erarbeitet.

Mit der „CO₂-Card“ würde an der Tankstelle und beim Bezahlen der Strom-, Öl- oder Gasrechnung automatisch der im Energieträger enthaltene CO₂-Anteil vom persönlichen CO₂-Konto abgebucht. Vorschriften und Verbote für den Verkehrs-, Strom- und Heizbereich könnten der Vergangenheit angehören. Der Einkauf von sonstigen Pro-

dukten, Lebensmitteln und Dienstleistungen wird nicht mit der Karte bezahlt, denn Produzenten und Anbieter müssten selbst die für sie notwendige Menge an CO₂-Einheiten am Markt einkaufen.

Die privaten Emissionsrechte sind handelbar, so das Konzept. „Wer den Kreditrahmen nicht ausschöpft, kann Rechte zurückgeben und erhält den Wert seinem Bankkonto gutgeschrieben“, erläutert der wissenschaftliche Leiter Klaus Dosch. Wer im Herbst auf den Kontoauszügen merkt, dass die Rechte nicht bis zum Jahresende reichen, erteilt seiner Bank die Order, neue auf dem wöchentlichen Tender zuzukaufen. Der Preis wird vom Bankkonto abgebogen. Und wer klimaneutralen Ökostrom bezieht, mit Holzpellets heizt oder Erdwärme nutzt, verbraucht keine oder kaum CO₂-Rechte. [...]

Den vollständigen Artikel finden Sie unter:

http://www.sonnenseite.com/index.php?pageID=7&article:oid=a9517&template=article_detail.html&flash=true

Glos will von EU Kompensation für Atomausstieg

[*reuters.com* vom 2.4.2008] Bundeswirtschaftsminister Michael Glos verlangt einem Zeitungsbericht zufolge einen Ausgleich für CO₂-Mehremissionen, die aus dem beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie herrühren.

In einem Schreiben an den in dieser Frage federführenden Umweltminister Sigmar Gabriel dringe Glos darauf, sich in den Verhandlungen mit der EU-Kommission für die Kompensation starkzumachen, berichtete das "Handelsblatt" vorab aus seiner Mittwochausgabe.

Glos verweise dabei auf das Beispiel Schweden, schrieb das Blatt und zitierte aus dem ihm vorliegenden Brief von Glos an Gabriel: "Die Mehremissionen des beschlossenen Kernenergieausstiegs müssen von der EU im Gesamtbudget des Emissionshandels berücksichtigt werden." Schweden habe Ende der 90er Jahre in vergleichbarer Situation auf EU-Ebene für sich eine Sonderbehandlung durchgesetzt. Damit gebe es einen Präzedenzfall, von dem Deutschland aus Sicht des Wirtschaftsministers nun profitieren könne, berichtete das "Handelsblatt".

Die EU will den Ausstoß des klimaschädlichen Treibhausgases CO₂ bis 2020 um 20 Prozent gegenüber 1990 senken. Der Handel mit Verschmutzungsrechten ist dabei das wichtigste In-

strument, um die Umweltbelastung durch die Industrie zu verringern und den Klimawandel zu bremsen.

In Brüssel wird derzeit beraten, wie hoch die Verpflichtungen der einzelnen EU-Mitglieder sein müssen, damit das Gesamtziel erreicht wird. "Da die Kommission auch jetzt die unterschiedlichen Situationen in den Mitgliedsländern durch differenzierte Ansätze berücksichtigt, ist es nicht mehr als recht und billig, dem deutschen Sonderweg des Kernenergieausstiegs durch eine Aufstockung" des Emissionshandelsbudgets Rechnung zu tragen, schrieb Glos dem Bericht zufolge.

<http://de.reuters.com/article/idDEWEI21844620080402>

11. LINKS, PUBLIKATIONEN UND STUDIEN

Neues FÖS-Diskussionspapier: Thesen und Bausteine zur Weiterentwicklung der Ökologischen Finanzreform, Bettina Meyer, Mai 2008

Dieses Diskussionspapier basiert auf einer Aktualisierung des Kurzfristkonzepts 2006 und des Memorandums 2004 des Fördervereins Ökologische Steuerreform (FÖS; www.foes.de). Es enthält auf S. 1-9 eine Zusammenfassung einschließlich einer tabellarischen Übersicht über die Handlungsoptionen einer ökologischen Finanzreform. Das auf S. 10-15 folgende Inhaltsverzeichnis ermöglicht eine Übersicht über die Thesen und Bausteine und ein abschnittsweises Lesen der Langfassung ab S. 16.

http://www.foes.de/de/downloads/diskussionspapiere/GBGDisPap2008-05_Thesen_Bausteine_%D6FR.pdf

Erste "grüne" Suchmaschine der Welt gestartet

[Markus Steiner, sonnenseite.com vom 27.04.08]
Für 1.000 Suchanfragen werden zwei Bäume gepflanzt.

Mit Ecocho.com ging soeben, die laut eigenen Angaben "erste grüne Suchmaschine der Welt" an den Start. Das Portal setzt auf die bewährte Technik von Google und Yahoo und soll folglich ähn-

lich zuverlässige Ergebnisse liefern.

Als besonderer Nebeneffekt können Nutzer durch die Verwendung der Suchmaschine aber zusätzlich auch etwas für die Umwelt tun. So wird der Großteil der erwirtschafteten Einnahmen von den Betreibern in den Kauf von Emissionszertifikaten der offiziellen australischen CO₂-Ausgleichsbehörde Greenhouse Gas Abatement Scheme (GGAS) investiert. Diese pflanzt im Zuge eines speziellen CO₂-Ausgleichsprogramms Bäume, die zur Reduktion der Treibhausgase beitragen. [...]

Hier finden Sie den Artikel in voller Länge:

http://www.sonnenseite.com/index.php?pageID=ti pp&article:oid=a9891&template=article_detail.html&flash=true

Ralf Schüle: Grenzenlos handeln? Emissionsmärkte in der Klima- und Energiepolitik

Der Testlauf ist vorbei, jetzt wird es ernst: Der deutsche Emissionshandel ist als Teil des europäischen Systems etabliert. Nun muss er beweisen, ob er den großen Verursachern von CO₂-Emissionen wirtschaftliche Anreize bieten kann, um ihren Ausstoß deutlich zu verringern.

Was aber lehrt der Testlauf? Werden die gewünschten Effekte erzielt, der Kraftwerkspark klimafreundlich modernisiert, Einsparungen von Energie und Reduktionen von Emissionen eingeleitet? Fügt sich der Emissionshandel in andere Instrumente der Klimapolitik ein und kann er wichtige Impulse für die Weiterentwicklung eines internationalen Klimaschutzregimes geben?

Ralf Schüle ist mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem Wuppertal Institut sowie weiteren Autoren diesen Fragen nachgegangen. Sie analysieren die Erfahrungen der ersten EU-Handelsperiode und geben Hinweise auf die zukünftige Gestaltung des Emissionshandelssystems.

Darin ist auch ein Artikel vom stellvertretenden FÖS-Vorsitzenden Kai Schlegelmilch und von Maike Bunse vom Wuppertal Institut zu den Unterschieden und Gemeinsamkeiten des Emissionshandels und der Ökologischen Steuerreform enthalten - und zwar nicht als Theorievergleiche, sondern so wie sie in der Realität ausgestaltet wurden.

Ralf Schüle (Hrsg.), 180 Seiten, oekom verlag München, 2008 ISBN-13: 978-3-86581-095-3,

Preis: 19.90 €. Das Buch wurde am 16.06.2008 in Berlin vom Umweltsenator Bremens, PD Dr. Reinhard Loske, vorgestellt

BMU Broschüre Megatrends und Unternehmensstrategie

Heute hat das BMU eine neue Broschüre veröffentlicht: "Megatrends der Nachhaltigkeit: Unternehmensstrategie neu denken". Die Kernaussage zielt auf die strategische Bedeutung von CSR: Unternehmen sollten die Megatrends in ihrer Strategie berücksichtigen, dadurch nicht nur Risiken reduzieren, sondern insbesondere auch neue Chancen nutzen und so gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen.

Zu Projektbeginn konnte man nur wenig Praxisbeispiele unter den börsennotierten Unternehmen finden. Heute haben erste multinationale Konzerne die Chancen erkannt und entsprechende Strategien eingeschlagen.

Das Projekt wurde gemeinsam mit Future e.V. und Borderstep durchgeführt.

Broschüre:

<http://www.4sustainability.org/seiten/csr-publikationen.htm>

CSR

Workshops:

<http://www.4sustainability.org/seiten/csr-multistakeholder-Trends.htm>

12. TERMINE

Gründungskonferenz von GREEN BUDGET EUROPE am 25. September 2008 in Brüssel

Unsere Erfahrungen als FÖS in Deutschland und die enorme Resonanz und Anerkennung, die uns bei der GCET 2007 zuteil wurde, haben uns dazu ermutigt, mit den Vorbereitungen zur Bildung einer europäischen Plattform, die sich für die Ökologische Finanzreform und den Einsatz von marktwirtschaftlichen Instrumenten einsetzt, zu beginnen. Diese neue Organisation wird – zumindest in den ersten Jahren – als FÖS-internes Projekt beschaffen sein und soll als Kompetenzzentrum und Diskussionsplattform dienen, wobei v. a. Insider wie die europäische Kommission, nationale Regierungen, NGOs, Industrieverbände und Experten angesprochen werden sollen.

Wir hoffen Mitglieder aus allen europäischen Ländern (aber nicht ausschließlich aus EU-Ländern!) für dieses Forum rekrutieren zu können und verschiedene Sponsoren dafür zu gewinnen. Wenn Sie sich für eine wie auch immer geartete Mitwirkung an diesem Projekt interessieren – sei es durch Ihre Expertise oder durch einen Beitrag zur finanziellen Förderung, welche sowohl für die Einführung des Projektes, als auch für die Organisation der Konferenz im Herbst 2008 dringend benötigt wird – bitten wir Sie mit uns Kontakt aufzunehmen (<mailto:foes@foes.de>). Es wird hierbei ein kooperatives Verhältnis zum European Environmental Bureau (EEB) angestrebt. Die Lobbyarbeit bei den europäischen Institutionen bezüglich der Implementierung von MBI soll mithilfe der neuen Plattform verstärkt fortgeführt werden. Für dieses Projekt marktwirtschaftlicher Umweltinstrumente auf europäischer Ebene bitten wir Sie um ihre Mithilfe. Auch kleinere Beiträge helfen unserer Arbeit enorm: <http://www.spendenportal.de/main/org.php?id=803331006756>

Informationen zur Konferenz finden Sie unter: http://www.foes.de/en/GBE_Launching_Conference.html

Klima schützen - Kohle stoppen! Demonstrationen am 13. September 2008

Klimaschutz ist mit dem Bau neuer Kohlekraftwerke nicht möglich! Im Vergleich zu anderen fossilen Brennstoffen stößt Kohle bei der Verbrennung das meiste CO₂ aus. Darüber hinaus zementieren neue Kohlekraftwerke mit einer Laufzeit von 40-50 Jahren hohe Emissionen auf Jahrzehnte. Vor diesem Hintergrund ruft die Klima-Allianz – in der auch das FÖS gemeinsam mit knapp 100 anderen Organisationen Mitglied ist – zu zwei parallel stattfindenden Demonstrationen am 13. September an den Kohlekraftwerken Staudinger bei Hanau in Hessen und Jänschwalde bei Cottbus in Brandenburg auf.

<http://www.die-klima-allianz.de/aktionen>

Corporate Responsibility Research Conference 2008 "Challenging the Mainstream"

7-9 September 2008

The conference has evolved to reflect the current corporate environment and seeks research papers from a wide field of corporate responsibility.

Research in corporate responsibility and sustainability today looks back on a tradition spanning several decades. Especially in recent years the interest in corporate responsibility and sustainability has accelerated at an unprecedented pace. In some sectors or regions corporate responsibility has now reached the mainstream.

<http://www.crrconference.org>

Conference on the International Dimensions of Climate Policies

The NCCR Climate invites scientists to the "International Dimensions of Climate Policies" conference that will take place on 21. – 23.1.2009 in Bern, Switzerland

http://www.nccr-climate.unibe.ch/conferences/climate_policies/

13. JOBANGEBOTE

Professorship in Microeconomics

The Faculty of Economics and Social Sciences of the University of Bern invites applications for a full-time Professorship (open rank) in Microeconomics with special emphasis on environmental and climate economics.

Depending on the qualification of the candidates, it can be filled at the associate or assistant professor (tenure track) level. Candidates should possess outstanding academic qualifications and should have research interest in micro-economics in general and in environmental and climate economics in particular. Close cooperation with the Oeschger Centre of Climate Change Research (OCCR) is expected. Duties involve teaching and research at the Department of Economics as well as in the Graduate School of Climate Sciences both at the graduate and executive level. The language of instruction is English.

A doctoral degree in Economics is essential for this position. A strong research profile, manifested in publications in leading international journals is required as well as the ability to acquire external funds.

The University of Bern is an equal opportunity employer. Women are therefore strongly encouraged to apply. Further information can be found on the department's website <http://www.vwi.unibe.ch/>. Applications contain-

ing a detailed CV, as well as information on publications, teaching experience, and grants should be sent electronically to Prof. Robert E. Leu (mailto: director1@vwi.unibe.ch)

Closing date: 15 August 2008

Politik- oder Sozialwissenschaftler/in (Voll- oder Teilzeit)

Die Bundesregierung unterstützt die Einrichtung einer internationalen zwischenstaatlichen Organisation zur Förderung Erneuerbarer Energien. IRENA soll weltweit die Verbreitung Erneuerbarer Energien beschleunigen und unterstützen.

Im Vorfeld der Gründungskonferenz müssen eine Vielzahl politischer Prozesse aufeinander abgestimmt und koordiniert werden. Adelphi Consult ist mit dieser Aufgabe betraut worden.

Die Stelle ist befristet bis Ende 2008. Eine Weiterbeschäftigung kommt ggf. in Betracht.

Die ausführliche Stellenausschreibung finden Sie unter Jobangebote auf:

<http://www.adelphi-consult.com/>

FÖS sucht PraktikantIn

Beim Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) ist für die Sommermonate eine Praktikumsstelle frei. Bevorzugt gesucht werden Studierende der Fachrichtungen Wirtschafts-, Politik- und Umweltwissenschaften. Schwerpunkt wird die Vorbereitung der Gründungskonferenz des neuen europäischen Dachverbands „Green Budget Europe“ sein. Weitere mögliche Aufgaben werden sein: die Mitarbeit bei der Erstellung unseres deutschen und englischen Newsletters, die Pflege der Access-Datenbank, das Verfassen von Briefen, die Aktualisierung der englischen und deutschen Homepage, die Mitarbeit bei Organisation und Durchführung von Lobby-Gesprächen und Vorträgen, die Mitarbeit bei der Buchhaltung sowie die Recherche spezifischer Informationsmaterialien. Erfahrung in der Anwendung einschlägiger Computer-Programme, Formulierungssicherheit im Deutschen und gute englische Sprachkenntnisse in Wort und Schrift sind wichtige Kriterien für die Auswahl unserer PraktikantInnen.

Zwar können wir keine Bezahlung anbieten, allerdings sind die Kenntnisse, welche bei uns gewonnen bzw. ausgebaut werden können, die Grundlage für alle Jobs im Bereich der öffentlichen Ver-

waltung bzw. im NGO-Bereich. In Ausnahmefällen ist es möglich, dass Praktikanten für die Mitarbeit an einem konkreten Projekt eine bescheidene Aufwandsentschädigung erhalten.

Bei der Suche von Unterkünften in München können wir durch die Weitergabe von Informationen über Wohnungs- bzw. WG-Börsen behilflich sein.

Bewerbungen samt Lebenslauf richten Sie bitte an:

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e. V.

Landsberger Str. 191

80687 München

oder: <mailto:foes@foes.de>